

PROTOKOLL

über die 16. ordentliche Sitzung des Gemeinderates der Stadt Steyr

**am Donnerstag, 17. November 2005, im Rathaus, 1. Stock hinten,
Gemeinderatssitzungssaal.**

Beginn der Sitzung: 14.00 Uhr

Anwesend:

BÜRGERMEISTER: Ing. David Forstenlechner

VIZEBÜRGERMEISTER/IN: Friederike Mach, Gerhard Bremm, Ing. Dietmar Spanring

STADTRÄTE/IN: Wilhelm Hauser, Gunter Mayrhofer, Walter Oppl, Ingrid Weixlberger

GEMEINDERÄTE: DI Christian Altmann, Kurt Apfelthaler, Karl Baumgartner, Rudolf Blasi, Dr. Braunsberger-Lechner Birgitta, Roman Eichhübl, Ernst Esterle, Ute Fanta, Helga Feller-Höller, Mag. Martin Fiala, Mag. Michaela Frech, Monika Freimund, Walter Gabath, Ing. Wolfgang Hack, Gerald Hackl, Ing. Franz-Michael Hingerl, Mag. Stephan Keiler LL.M., Mag. Gerhard Klausberger, Rudolf Kohl, Andreas Kupfer, Engelbert Lengauer, Rosa Rahstorfer, Dr. Michael Schodermayr, Rudolf Schröder, Mag. Erwin Schuster, Silvia Thurner, Eva-Maria Wührleitner, Mag. Helmut Zöttl

VOM AMT: MD OSR Dr. Kurt Schmidl, MD-Stv. Präs. Dir. Dr. Gerhard Alphasamer, SR Mag. Helmut Lemmerer, Dr. Michael Chvatal

ENTSCHULDIGT: GR Hans Payrleithner

PROTOKOLLFÜHRER: Christian Aichmayr, Gabriele Obermair

TAGESORDNUNG:

- 1) ERÖFFNUNG DER SITZUNG, FESTSTELLUNG DER ORDNUNGSGEMÄSSEN EINBERUFUNG, DER BESCHLUSSFÄHIGKEIT UND BEKANNTGABE DER PROTOKOLLPRÜFER
- 2) BEANTWORTUNG VON ALLFÄLLIGEN ANFRAGEN
- 3) MITTEILUNGEN DES BÜRGERMEISTERS
- 4) AKTUELLE STUNDE
- 5) KENNTNISNAHME VON BESCHLÜSSEN DES STADTSENATES GEM. § 54 ABS. 3 STS
- 6) VERHANDLUNGSGEGENSTÄNDE

Kenntnisnahme von Beschlüssen des Stadtsenates gem. Pkt. 5 der Tagesordnung: Keine vorhanden!

BERICHTERSTATTER BÜRGERMEISTER ING. FORSTENLECHNER DAVID:

- 1) Fin-110/05 Nachtragsvoranschlag 2005.
- 2) Präs-609/05 Beitrag für besondere Aufwendungen (Trauungen).
- 3) Präs-105/98 Geschäftsordnung des Gemeinderates der Stadt Steyr und seiner Ausschüsse (GOG).
- 4) FW-6/05 Ankauf einer Drehleiter mit Korb „DLK“ auf Fahrgestell Steyr 15 S 28 TGM für die

Freiwillige Feuerwehr Steyr.

5) GHJ1-7/05 Umbau bzw. Aufrüstung der bestehenden Telefonanlage auf ein neueres, moderneres Telefonkommunikationssystem.

6) Ges-33/02 Gründung der OÖ. Landesholding GmbH; Einbringung der Beteiligten FH OÖ. Management GmbH, OÖ. Technologie- und Marketinggesellschaft mbH.

7) Präs-743/05 Antrag der Freiheitlichen GR-Fraktion betreffend Versorgung stadteigener Objekte mit Alternativenergie; Versorgung der städt. Busse mit Wasserstoff-Technologie und Aufbau einer Infrastruktur zur Wasserstoffbetankung von Fahrzeugen.

BERICHTERSTATTER VIZEBÜRGERMEISTER GERHARD BREMM:

8) GHJ2-58/05 Neueindeckung Museum ennskaiseitig.

9) GHJ2-72/05 Turmdacheindeckung erneuern – Gärtnerei Schlosspark.

10) Sport-8/05 Sportehrenzeichenverleihung 2005.

BERICHTERSTATTER VIZEBÜRGERMEISTER ING. DIETMAR SPANRING:

11) Präs-545/05 Änderung der Gehaltszulagen- und Nebengebührenverordnung 2002.

12) Pers-763/99 Abschluss eines Pensionskassenvertrages für Beamte und Vertragsbedienstete der Stadt Steyr mit der APK-Pensionskasse Aktiengesellschaft 1031 Wien; Anpassung der Betriebsvereinbarung.

BERICHTERSTATTER STADTRAT WILHELM HAUSER:

13) Stw-63/05 Städt. Wasserversorgung – Wassergebühren; Änderung zum 1. 1. 2006.

14) Stw-64/05 Städt. Verkehrsbetrieb; Preisanpassung per 1. 1. 2006.

15) BauH-3/00 Sanierung des Stadtbades Steyr, Freibad; Herbst 2005; Bauteil 1; Auftragsvergaben; Version 2.

16) Stw-78/05 Beschwerde bei den Höchstgerichten zur Netzkostenverordnung 2005.

17) Stw-45/05 Bilanz und G & V Stadtwerke Steyr 2004.

BERICHTERSTATTER STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:

18) K-1/05 Verleihung des Ehrenzeichens „Steyrer Panther 2004“ ; Auszeichnung der Stadt Steyr für besondere Verdienste in der Denkmalpflege.

BERICHTERSTATTER STADTRAT WALTER OPPL:

19) VerkR-1462/01 Gesamtverkehrskonzept Steyr 2005 – Evaluierung und Überarbeitung des Verkehrskonzeptes 1993; Beschlussfassung der von der TU Graz ausgearbeiteten Module 2, 3, 4, 5 und 7.

BERICHTERSTATTERIN STADTRÄTIN INGRID WEIXLBERGER:

20) Pol-411/05 Erlassung einer ortspolizeilichen Verordnung betreffend das Verbot des Campierens und Nüchterns am Schiffmeisterparkplatz.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Meine sehr geehrten Damen und Herren, hoher Gemeinderat, meine sehr verehrten Gäste, liebe Vertreter der Presse, ich darf die heutige GR-Sitzung eröffnen und feststellen, dass ordnungsgemäß einberufen wurde und die Beschlussfähigkeit gegeben ist. Protokollprüfer sind heute GR Stephan Keiler und GR Roman Eichhübl. Entschuldigt ist GR Payrleithner. GR Hack wird etwas später kommen.

Ich komme zu Punkt 2), Beantwortung von allfälligen Anfragen.

GEMEINDERÄTIN DR. BIRGITTA BRAUNSBERGER-LECHNER:

Zur Geschäftsordnung! Dringlichkeitsanträge die vom Gemeinderat die Dringlichkeit nicht zuerkannt bekamen, müssen auf die Tagesordnung der nächsten GR-Sitzung kommen. Der Dringlichkeitsantrag der von uns und den Freiheitlichen letztes Mal eingebracht worden ist, Reithofferareal, ist nicht auf der Tagesordnung.

Diskussion verschiedener Mandatare

MAGISTRATSDIREKTOR OSR DR. KURT SCHMIDL:

Da haben wir von der Gemeindeaufsicht des Amtes der OÖ Landesregierung eine andere Rechtsauskunft, nämlich, dass dieser Antrag, der in der letzten GR-Sitzung zurückgewiesen wurde, nicht mehr auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung kommt.

STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:

Wäre das möglich, dass wir das schriftlich bekommen?

MAGISTRATSDIREKTOR OSR DR. KURT SCHMIDL:

Selbstverständlich.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Gut, dann kommen wir zu Punkt 2) der Tagesordnung.

Mit Schreiben vom 3. 11. 2005 richtete Herr GR Dir. Lengauer von der ÖVP-Gemeinderatsfraktion folgende Anfrage an mich:

„Ich stelle eine Anfrage nach der Geschäftsordnung des Gemeinderates der Stadt Steyr und ersuche, diese Anfrage bei der nächsten Gemeinderatssitzung zu beantworten:

Sehr geehrter Herr Bürgermeister!

Ich bitte höflichst um die Beantwortung dieser Fragen in der Gemeinderatssitzung vom 17. 11. 2005.

Die Vorkommnisse am 1. November bei der Gedenkfeier für alle Opfer der Kriege und des Terrors waren für unsere Stadt nicht sehr ehrenvoll.

Über Absage oder Stattfinden dieser Gedenkfeier hat es sehr verschiedene Aussagen und Zeitungsartikel gegeben.

Ich ersuche daher höflich um Aufklärung und Beantwortung folgender Fragen:

- 1) Wer hat nun wirklich die Gedenkfeier abgesagt und was waren die wirklichen Gründe?
- 2) Wie konnte es zu dem Zeitungsartikel kommen, in dem die Nichtteilnahme der Gemeinderatsmandatare angekündigt wurde? Die sozialistische Fraktion ist dann auch tatsächlich nicht anwesend gewesen.
- 3) Warum hat es über all diese Vorgänge keine Mitteilung an die Fraktionen gegeben?
- 4) Warum wurde im Jahr der verschiedenen Gedenkfeiern nicht doch eine einvernehmliche Lösung für das Totengedenken gesucht.

Ich bitte höflichst um die Beantwortung dieser Fragen in der Gemeinderatssitzung vom 17. 11. 2005.“

Hiezu kann ich Folgendes berichten:

Abgesagt wurde die Veranstaltung vom Kriegsofferverband, der ja auch Veranstalter war. Vertreter der Stadt Steyr haben die Veranstaltung nicht absagen können, sie waren nur geladene Gäste. Ein Rundschau-Redakteur hat Gemeinderats-Mandatare kontaktiert und informiert, dass die Kameradschaft IV an dieser Feier teilnehmen wird. Das war der Grund, warum die SP-Fraktion nicht zur Gedenkfeier gegangen ist. Ich glaube, dass es besonders im Gedenkjahr wichtig ist, zu zeigen, dass man nationalsozialistisches Gedankengut entscheidend ablehnt und nichts damit zu tun haben will.

Bereits am 27. Oktober ist ein Artikel in der Rundschau erschienen mit dem Titel „Veteranen ehren am Friedhof die Waffen-SS“. In diesem Artikel wird darauf hingewiesen, dass die Kameradschaft IV an der Gedenkfeier teilnehmen wird. Man kann also davon ausgehen, dass interessierten Steyrerinnen und Steyrern bekannt war, wer am 1. November auf dem Steyrer Friedhof anwesend ist. Die SP-Fraktion hat für sich entschieden, nicht an der Gedenkfeier teilzunehmen. Die Entscheidung, ob Teilnahme oder nicht, muss jede Fraktion für sich selbst treffen.

Laut Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes ist die Kameradschaft IV eine rechtsextreme Veteranenorganisation ehemaliger Angehöriger der Waffen-SS. Die Waffen-SS ist vom Nürnberger Gerichtshof als Teil der SS zu einer verbrecherischen Organisation erklärt worden. Die Kameradschaft IV versucht, die Waffen-SS als vierten Wehrmachtsteil und damit als unbedenklich hinzustellen. Mit dieser Organisation gibt es für die Sozialdemokratische Fraktion der Stadt Steyr keine einvernehmliche Lösung. Die Kameradschaft IV sollte bei einer offiziellen Gedenkfeier mit Politikern der Zweiten Republik nichts zu tun haben.

GEMEINDERAT ENGELBERT LENGAUER:

Eine Frage: „Warum ist in dem Zeitungsartikel die Frau Vizebürgermeisterin zitiert worden, dass sie die Absage getroffen hätte?“

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Ich kann nicht Einfluss auf das nehmen, was in der Zeitung steht.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Weil der Bezirkssekretär des Kriegsofferverbandes Macher heißt, und weil man das mit meinem Namen verwechselt hat. Ich bin die Mach und der Bezirkssekretär heißt Macher. Darum ist die Verwechslung zustande gekommen.

GR Ing. Wolfgang Hack kommt um 14.15 Uhr in die Sitzung.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

So, wir kommen nun zu Punkt 3), Mitteilungen des Bürgermeisters.

Literaturpreis: Entscheidung am 25. November

112 junge Autorinnen und Autoren haben beim heurigen Literatur-Wettbewerb der Stadt Steyr mitgemacht, darunter auch mehrere heimische Literaten. Die Gewinner werden am 25. November um 19 Uhr in der Schlossgalerie von einer hochkarätigen Jury gekürt. Der Eintritt zu dieser Veranstaltung ist frei. Die Jurorinnen und Juroren sind: Robert Schindel (Schriftsteller in Wien, gebürtig aus Bad Hall), Petra-Maria Dallinger (Leiterin des Stifter-Hauses in Linz), Gustav Ernst (Herausgeber der Literaturzeitschrift Kolik, Wien), Martin G. Wanko (Dramatiker, Graz) und der gebürtige Steyrer Peter Landerl, der jetzt als Schriftsteller in Wien lebt.

Das Thema des Literatur-Wettbewerbs 2005 ist „Erinnern - Vergessen“. Ausgeschrieben hat den Preis, der mit 7200 Euro dotiert ist, die Stadt Steyr gemeinsam mit der Wiener Städtischen Versicherung, der Sparkasse Oberösterreich und der Buchhandlung Ennsthaler.

Lehrlingsoffensive – Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit

Aufgrund der vom Bund eingeleiteten Jugendbeschäftigungsinitiative und den zusätzlichen Förderungsaktionen für den Jugendarbeitsmarkt habe ich mir erlaubt, an die in Steyr ansässigen Leitbetriebe zu appellieren, ihre Ausbildungsbereitschaft erneut unter Beweis zu stellen und zusätzliche Lehrplätze zu schaffen.

Die ersten Antwortschreiben sind schon eingelangt. Es wird durchaus bekundet, dass zusätzliche

Lehrlinge aufgenommen werden.

Friedensprojekt in Steyr für Kinderspital in Bethlehem

Ein großes Friedensprojekt für das Kinderspital in Bethlehem fand von 11. bis 13. November in Steyr statt. Zu diesem Friedensfest sind hochrangige Vertreter aller Steyrer Partnerstädte gekommen. Organisatoren waren die Soroptimisten International – eine der weltweit größten Service-Organisationen berufstätiger Frauen – und die Stadt Steyr.

Auftakt der Großveranstaltung am Freitag, 11. November, war ein Charity-Dinner für Gäste aus Politik und Wirtschaft, bei dem Bilder von Künstlern aus Steyr, Linz, San Benedetto und Köln versteigert wurden.

Am Samstag, 12. November, fand vormittags im Steyrer Rathaus eine Friedenskonferenz statt und am Abend ein Konzert mit Timna Brauer und Elias Meiri.

Abschluss bildete am Sonntag, 13. November, ein Festgottesdienst mit einem Konzert, an dem Chöre aus den Partnerstädten San Benedetto, Plauen, Eisenerz und Steyr teilnahmen.

Bethlehems Bürgermeister Dr. Victor Batarseh konnte für das Kinderspital der Erlös all dieser Veranstaltungen, das waren ca. € 40.000,--, übergeben werden.

ÖBB; Bestellung erweiterter Taktverkehre auf der Ennstalbahn für das Fahrplanjahr 2006

Herr Landeshauptmann-Stellvertreter DI. Erich Haider teilte mir mit, dass die OÖ. Landesregierung aufgrund seines Antrages am 14. 11. 2005 für die Verbesserung des Taktes auf der Ennstalbahn in der Zeit von 11. Dezember 2005 bis 9. Dezember 2006 einen Betrag bis zu € 1.931.594,-- zur Verfügung stellt.

Dies vor allem deshalb, weil schon seit Jahren sich die Region Steyr nicht nur über mangelnde ÖV-Verbindungen in die Landeshauptstadt, sondern auch über das sehr schlechte ÖV-Angebot, vor allem auch aus der Region in die Stadt Steyr, beklagt. Im Zuge der vom Grazer Raumplanungsbüro DI Rettensteiner geleiteten Erstellung des Regionalverkehrskonzeptes für den Großraum Steyr wurde daher vor allem auf die bedarfsgerechte Stärkung der Hauptachse Ennstalbahn sowie der zulaufenden Buslinien Bedacht genommen. Als Vorgriff auf das Regionalkonzept für den Großraum Steyr soll mit dem Fahrplanwechsel Dezember 2005 der neue Takt auf der Ennstalbahn umgesetzt werden. Für die Region ergeben sich durch die Vertaktung der Bahnlinie Kleinreifling - Steyr - St. Valentin - Linz im Wesentlichen folgende Vorteile:

Stundeneilzugtakt St. Valentin - Steyr - Garsten mit kurzen IC-Anschlüssen in St. Valentin, somit erstmals stündliche Verbindungen von Linz nach Steyr mit einer Fahrzeit von nur 33 Minuten.

Die Eilzüge werden im Zweistundentakt bis Kleinreifling geführt, wobei in Kastenreith kurze bahnsteiggleiche Umsteigemöglichkeiten zu den Regionalzügen nach Weyer, Gaflenz und Amstetten mit IC-Anschluss in Amstetten Richtung Wien bestehen. Somit ist erstmals auch eine deutliche Angebotsverbesserung für die südöstliche Region gegeben.

Stundenregionalzugtakt Linz - St. Valentin - Steyr - Garsten, welcher alle zwei Stunden bis Ternberg, in der Hauptverkehrszeit bis Kleinreifling verlängert wird.

Verbesserung der Abendverbindungen zwischen Linz und Steyr.

Mit den dargestellten Vorteilen des Taktes können einerseits nicht nur die meisten der langjährigen Forderungen der Region erfüllt werden, es ist damit auch gelungen, den im „Strategischen Verkehrskonzept“ des Landes festgelegten Grundtakt auf dieser Strecke auch ohne Streckenausbau zwischen St. Valentin und Steyr zu erreichen.

Wirtschafts- und Arbeitsmarktlage

Die Arbeitslosenquote im Oktober 2005 betrug 5,9 % und ist im Vergleich zum Vormonat gleichgeblieben. Gegenüber dem Vergleichsmonat im Vorjahr erhöhte sie sich um 0,8 %.

Die Gesamtsumme der vorgemerkten Arbeitslosen betrug im Oktober 2005 2.478 Personen. Diese verringerte sich gegenüber dem Vormonat um 1,5 % (d.s. 39 Personen) und gegenüber dem Vorjahr erhöhte sie sich um 18,1 % (d.s. 379 Personen).

Im Oktober 2005 sind 491 offene Stellen gemeldet, das sind im Vergleich zum Vormonat um 13 Stellen weniger und gegenüber dem Vorjahr um 30 Stellen mehr.

Ich komme zu Punkt 4), „Aktuelle Stunde“.

Herr GR Lengauer von der ÖVP-Gemeinderatsfraktion ersucht um Abhaltung einer „Aktuellen Stunde“ zum Thema „Einstellung Theaterbus 2006“.

Ich ersuche dich, Herr Gemeinderat, das Thema näher auszuführen.

GEMEINDERAT ENGELBERT LENGAUER:

Sehr geehrte Herrn Bürgermeister, sehr geehrte Frau Bürgermeisterin, sehr geehrte Damen und Herren des Gemeinderates, sehr geehrte Gäste. Ursache für diese „Aktuelle Stunde“ war der Theaterabend vom 13. Oktober. Kurz zur Einleitung, damit wir ein bisschen eine Übersicht haben. Wir haben in der Stadt Steyr 464 Theaterabonnenten. Also an und für sich eine sehr erkleckliche Zahl. Der Großteil dieser Theaterbesucher hat sich sehr gefreut über den Beginn der Neubestuhlung. Es hat aber dann dort schon Vergrämungen gegeben. Die neuen Stühle sind breiter und damit haben sich die Sitze verschoben, die Reihen haben sich verschoben und all die langjährigen Theaterbesucher haben dort dann ihre Plätze nicht gefunden, waren darüber ein bisschen verärgert. Sie hätten sich eigentlich erwartet, dass man ihnen mitteilt, dass jetzt ihre Stühle wo anders sind. Besonders betroffen hat es jene, die in der letzten Reihe waren und in der letzten Reihe auf den Stufen gesessen sind und zumindest aus ihrer Sicht besser gesehen haben. Aber gut, das nur eine kleine Einführung. Manche haben sich auch über die rote Farbe der Stühle geärgert.

Gelächter

GEMEINDERAT ENGELBERT LENGAUER:

Was ich natürlich meine, dass man sich auch über rot ärgern kann, das ist eine andere Frage.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Wir werden sie nächstes Mal schwarz machen.

GEMEINDERAT GERALD HACKL:

Rot ist die Farbe der Liebe.

GEMEINDERAT ENGELBERT LENGAUER:

Am 13. Dezember kommen die Theaterbesucher ins Theater, finden da überall Tafeln aufgeschrieben, ab 2006 fährt kein Theaterbus mehr. An dem Tag war aber gerade der Theaterbus wirklich voll, es sind die Leute gestanden. Jetzt war die Aufregung natürlich wirklich groß. Ich habe dann nachgefragt was eigentlich die Ursache oder wer diese Tafeln aufgebracht hätte. Es war nicht herauszubringen, wer die Tafeln da angebracht hat. Ich denke, für die Theaterbesucher ist es schon eine recht wichtige Sache, dass sie nach dem Theater heimfahren können. Noch dazu ist ihnen auch, als sie ihr Abonnement gekauft haben, wieder gesagt worden der Theaterbus fährt selbstverständlich. Die Aufregung war groß, bei uns haben die Telefone geläutet. Gut. Am 10. November beim Nussknacker, der übrigens wunderbar bei den Leuten angekommen ist, waren nun wieder neue Tafeln da. Da ist nun gestanden: „Theaterbus fährt wieder“. Ich weiß nicht, warum das passiert ist. Entweder hat es sich durchgesprochen, dass es eine Anfrage gibt oder man hat sich besonnen, dass das doch nicht so eine gute Sache ist, jedenfalls hat man die Theaterbesucher wieder durcheinander gebracht. Interessant war, das dürfte ein Zufall gewesen sein, dass das passiert ist, dass an diesem Abend die Garderobe frei war. Jetzt haben manche Theaterbesucher gemeint, das war jetzt eine Genugtuung, weil man uns da so verärgert hat, die anderen sagen, das wäre eine Privatfehde zwischen Mag. Zineder und Herrn Röber gewesen. Also, da hat sich auch alles Mögliche getan.

Nun zum Ernst der Sache. Ich denke es ist nicht gut, wenn wir unsere Theaterbesucher, die also regelmäßig zum Theater kommen, die eigentlich der Grünstock sind, dass unser Theater funktioniert, dass man diese Besucher auf diese Art und Weise verunsichert, wo überhaupt noch kein Gespräch irgendwo, zumindest nicht allgemein, stattgefunden hat. Ich bitte solche Verärgerungen und ungute

Dinge nicht mehr zuzulassen. Es geht wirklich um die Kultur, um den Theaterbesuch und wirklich um die Leute und die Damen und Herren, die das Theater besuchen. Noch dazu sind von den 464 Abonnements 65 % ältere Damen und Herren, die wirklich den Theaterbus möchten. Ich bitte also ...

GEMEINDERAT ROMAN EICHHÜBL:
Fährt der Bus jetzt wieder oder nicht?

GEMEINDERAT ENGELBERT LENGAUER:
Es ist jetzt so, dass auf dem Taferl gestanden ist „2006 fährt der Theaterbus“. Zumindest in dieser Saison. Was wirklich ist, wissen wir nicht. Vielleicht stand es in den Sparmaßnahmen der Verkehrsbetriebe drinnen, das weiß ich nicht, das haben wir ja nicht bekommen. Ich denke, diese Dinge sollte man noch einmal überlegen und wirklich den Theaterbus fahren zu lassen. Danke schön.

Beifallskundgebung verschiedener Mandatare

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Danke schön. Jede Fraktion hat eine Wortmeldung plus die zuständigen Referenten. SPÖ bitte.

VIZEBÜRGERMEISTER GERHARD BREMM:
Meine sehr verehrten Damen und Herren, werte Presse, liebe Kolleginnen und Kollegen. Vielleicht zur Erweiterung, was der GR Lengauer eingebracht hat in seiner „Aktuellen Stunde“, zur Neubestuhlung, weil Sie es als Zusatz in Ihrem Antrag gebracht haben. Es ist richtig, dass die Stuhlanbringung nicht ganz optimal ist. Wir haben schon eine Begehung gemacht. Es wird erst im März möglich sein, weil bis März sind schon Karten für öffentliche Veranstaltungen verkauft, und die sind ja mit Plätzen festgelegt. Im März werden dann die Stühle so angebracht, wie die alten Stühle waren, also, dass immer dazwischen der Platz angebracht ist. Da wird es eine Korrektur geben. Wir haben da eine Firma beauftragt und die haben die Stühle so montiert. Da kann man nur dazu sagen, nur dort wo nichts gearbeitet wird, passieren keine Fehler. Es wird auch kein zusätzlicher Aufwand für die Stadt sein, keine Kosten für die Stadt, sondern es wird das so geschehen.
Wegen der roten Farbe. Rot ist natürlich eine freundliche Farbe, eine warme Farbe. Sie passt auch dort in das Haus hinein. Es ist natürlich eine subjektive Betrachtung. Für mich ist rot sowieso schön.

Aber zum Eigentlichen, zum Theaterbus. Also, ich möchte hier schon in Erinnerung rufen, dass wir uns seit geraumer Zeit mit den Finanzen beschäftigen, dass wir die Finanzen diskutieren und im Zuge der Diskussion, wo halt alles aufgelistet worden ist, wo können Einsparungen getroffen werden und welche Dinge können nicht eingespart werden, da wird man halt auch Prioritäten setzen müssen, ohne dem wird es nicht gehen, sind wir auf diesen Theaterbus gestoßen. Das hat ja nur dieser kleine Kreis, der Kollege Hauser wird es dann noch darstellen, der das Abo hat, gewusst, dass es den Bus gibt. Ich muss ehrlich gestehen, ich habe das nicht gewusst. Viele meiner Kollegen aus meiner Fraktion haben das auch nicht gewusst.

GEMEINDERAT KURT APFELTHALER:
Ihr geht ja auch nicht ins Theater.

VIZEBÜRGERMEISTER GERHARD BREMM:
Nein, aber wir gehen zu Fuß.

Gelächter

VIZEBÜRGERMEISTER GERHARD BREMM:
In Steyr gehe ich zu Fuß und nach Linz fährt der Theaterbus eh nicht. Ich habe mich auch noch nie auf Regimentskosten ins Theater fahren lassen. Das habe ich noch nie gemacht.

Spaß beiseite. Es ist da eher ein kleiner Kreis, der das in Anspruch nimmt. Ich glaube, wenn sich jemand ein Theater leistet, dann ist es sicherlich auch zumutbar, dass er die Kosten trägt, dass er dort hinfährt. Es kann ein Theaterbus kein Zuschussbus sein. Wenn man über das Sparen redet, dann muss man gerade dort in erster Linie darüber nachdenken. Es gibt eh viele Dinge, wo nicht gespart werden kann. Der öffentliche Verkehr muss subventioniert werden und dass eine kleine Schicht hier auch mit gewaltigen Kosten, der Kollege Hauser wird es uns dann berichten, ich will es ihm nicht vorweg nehmen. Aus diesem Grund ist der Vorschlag auch da, diesen Theaterbus einzustellen.

Das mit den Taferln anbringen und Taferln wieder weg und das wieder ändern, wenn er eingestellt wird, wird aufgeklärt werden. Es ist vielleicht nicht ganz glücklich gewesen. Es ist auch nicht so direkt angeschafft gewesen, weil nämlich diese Themen ja auch erst diskutiert werden müssen und auch einer Beschlussfassung zugeführt werden müssen. Aber es ist schon die Absicht, dass dieser Theaterbus am Ende dieser Saison nicht mehr fahren soll und ein Beitrag sein soll um halt das Budget zu konsolidieren und als Budgeteinsparung dienen soll.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Danke schön. ÖVP.

STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich will sicher nicht über Farben streiten, weil immerhin haben wir ja im Stadtsaal auch orange und grün drinnen und ich glaube der Hintergrund der Bühne ist schwarz d. h., es ist eh alles vertreten. Ich glaube, das wäre auch nicht das Richtige, wenn man das auf so etwas runter bricht. Der Hintergrund ist schon ein bisschen ernster. Bleiben wir aber ruhig auch ein bisschen bei der Bestuhlung, weil es mein Vorredner angesprochen hat. Der Herr Kommerzialrat Röber, der sicher nicht im Verdacht steht, dass er mir nahe steht oder uns nahe steht, ist mit dieser Bestuhlung äußerst unzufrieden. Ich glaube, er war auch bei dir und hat dir das Ganze geschildert. Er ist der Meinung, dass man eine bessere Qualität zum halben Preis bekommt und ist bereit, das auch zu belegen.

VIZEBÜRGERMEISTER GERHARD BREMM:

Einen Zwischenruf: Er hat zu mir gesagt, er hat die gleiche Qualität zum halben Preis. Das hat er zu mir auch gesagt.

STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:

D. h., wir sparen nicht, sondern wir schleudern das Geld ganz offensichtlich mit beiden Händen beim Fenster hinaus. Wenn es dann noch dazu so gemacht wird, dass nachgearbeitet werden muss, dass es nicht passt, dass die Leute nicht zufrieden sind, dann würde ich sagen, hier ist gespart worden bei der Qualität aber nicht beim Preis.

Gehen wir zum ursprünglichen Thema zurück. Das wo wir uns vor allem gestoßen haben ist eines. Da kommt eine Idee. Es gibt weder einen Beschluss noch sonst irgendetwas und dann gibt es jemanden, der im vorausseilenden Gehorsam dort hinaus marschiert und einfach glaubt, er muss das sofort exekutieren. Das ist symptomatisch. Wir werden heute noch zwei Geschichten haben, wo genau dieses selbe Muster passiert. Ich glaube, da müssen wir, als politische Vertreter, wirklich einhaken und sagen, so kann das nicht sein. Vorher muss das besprochen werden, vorher muss ein Beschluss gefasst werden und dann kann man eventuell das wirklich exekutieren. Wobei es für mich schon ein bisschen komisch ist, dass ich gerade dort einspare, wo die Busse voll sind.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Das stimmt ja gar nicht!

STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:

Da z. B., bei diesen beiden Vorstellungen die heute angesprochen wurden, sind die Busse voll gewesen.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Zufällig, hat er gesagt.

STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:

Zufällig, um Gottes Willen. Wir wissen genau, dass es bisher ja gar nicht möglich war, eine genaue Zählung zu machen und die ist auch nicht passiert. Die Leute bitte schön haben das auch bezahlt. Jeder der eine Jahreskarte hat, war im Bewusstsein, dass er damit auch zum Theater fahren kann. Wenn wir schon einsparen, dann gebt euch einmal das Buch, das wir heute alle bekommen haben über die Stadtwerke. Ich darf anschließend daraus zitieren. Da sind genügend Punkte drinnen, wo eingespart werden kann. Aber spart nicht wieder bei den Leistungen die angenommen werden.

Beifallskundgebung verschiedener Mandatare

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Danke. Herr Apfelthaler bitte.

GEMEINDERAT KURT APFELTHALER:

Wertes Präsidium, meine Damen und Herren im Gemeinderat, also der Debatte könnte man ja die Überschrift geben „Vom Autobus zum Ödipus“. Ich kenn mich jetzt überhaupt nicht mehr aus. Der Herr StR Mayrhofer sagt, dieser Bus wird angenommen. Seitens der Fachabteilung heißt es, da fahren nur wenige Leute. Ich weiß nur nicht, was die Debatte jetzt, in einer „Aktuellen Stunde“ soll, weil ich denke mir das wäre im Grunde genommen die Aufgabe des Kulturausschusses genauer darüber zu befinden. Weil wenn es sich um diese Einsparungen handeln würde, haben wir ja drinnen stehen, glaube ich, in den Einsparungen. Da steht er ja drinnen als ...

GEMEINDERAT ENGELBERT LENGAUER:
Nein, das steht nicht drinnen.

STADTRAT WILHELM HAUSER:
Das steht in den Stadtwerken.

GEMEINDERAT KURT APFELTHALER:

Ja, ja, das kommt mir ja schwer bekannt vor. Dann sollten wir ja darüber diskutieren, was den an den Argumenten wirklich dran ist. Weil nur mit Taferl aufstellen, dort oben, wird es glaube ich auch nicht getan sein. Also, ich würde vorschlagen: Sollte herauskommen, dass wirklich wenig Leute fahren, dann sollen sich einmal die Stadtwerke Gedanken machen wie man das besser auslastet. Weil ich denke mir umwelttechnisch ist es sicher von Vorteil, wenn ich dort nicht mit dem eigenen Auto hinfahre. Die zweite Geschichte ist, es ist nicht so von der Hand zu weisen, dass nicht alle das annehmen. Das ist mir schon klar. Ich bin aber froh, wenn es angeblich heißt, der Bus sei voll. Also, im Grunde genommen könnten wir das wo anders diskutieren. Der Herr Dir. Lengauer hat sozusagen jetzt Alarm geschrien, und ich denke mir, jetzt schauen wir uns das einmal an.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Danke schön. FPÖ.

GEMEINDERAT ROMAN EICHHÜBL:

Frau Vizebürgermeisterin, werte Herrn Bürgermeister, meine Damen und Herren des Gemeinderates, geschätzte Vertreter der öffentlichen Medien, werte Gäste. Der Kollege Lengauer hat ja eigentlich in seinem aktuellen Beitrag zwei Themenkreise angesprochen. Zum einen die Bestuhlung und da fällt mir jetzt nur eines ein, ich werde mich jetzt nicht über die Farbe ärgern, denn ich bin seit 26 Jahren im Gemeinderat und bin es eigentlich gewohnt, dass da eine gewisse Verhältnismäßigkeit, nämlich eine Übermacht der roten Farbe festzustellen ist, daher wird mich das nicht besonders aufregen und nicht besonders ärgern.

Daher möchte ich mich eher dem zweiten Beitrag zuwenden, der die Einstellung des sogenannten Theaterbusses betrifft. Also, ich bin eigentlich schon auch überrascht, dass man da so zwischendurch und aus heiterem Himmel heraus Leute vor den Kopf stößt. Ich halte das für ein „Starkes Stück Steyr“, das muss ich wirklich sagen. Offensichtlich kommt das wieder aus dem Stadtwerkebereich, wo man ja auch schon inzwischen einige Überraschungen gewohnt sein sollte. Wir werden heute tatsächlich noch die Gelegenheit haben, über einige Überraschungen, anlässlich des vorliegenden Geschäftsberichtes für 2004, zu diskutieren. Daher hätte mich wirklich sehr interessiert, der Kollege Hauser hat ja offensichtlich dann die Möglichkeit, dass er Stellung nehmen kann, wer denn das wirklich veranlasst hat. Denn es gibt eine Liste von möglichen Einsparungen die auch dem Finanz- und Rechtsausschuss vorgelegt wurden und wo auf mehrmalige Nachfrage hin der Herr Bürgermeister bekannt gegeben hat, dass diese Bereiche, die angeführt sind, noch Gesprächsthema in den einzelnen Ausschüssen werden. Ich kann mich nicht erinnern, dass wir im Verwaltungsausschuss, und ich bin grundsätzlich bei allen Ausschusssitzungen dabei gewesen, darüber geredet hat. Da hat sich offensichtlich jemand oder einige wenige, darüber Gedanken gemacht und hat eine Schlechterstellung für Leute gebracht, die an und für sich aufgrund ihrer Jahreskarte ein Anrecht darauf haben. Ich bin gespannt, meine sehr geehrten Damen und Herren, wer tatsächlich das veranlasst hat. Ich hoffe zumindest, nachdem der Kollege Lengauer gesagt hat, dass ja eine Ankündigung bereits wieder ausgehängt wurde, der Bus fährt wieder, dass er auch tatsächlich wieder fährt. Ich danke Ihnen.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Danke schön. Bürgerforum.

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:

Ich hätte es eigentlich sinnvoller gefunden, wenn der Kollege Stadtrat vor allen Mandataren sich zu Wort gemeldet hätte.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Nein, der wartet noch auf dich.

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:

Geschätztes Präsidium, werte Kolleginnen und Kollegen, es wundert einem ja nicht, weil ich habe schon ein bisschen den Eindruck, da herinnen säumt man die Dinge gerne von hinten auf. Man realisiert zuerst etwas und dann stimmt man darüber ab. Also, wenn ich das so verfolge was der Kollege Bremm gesagt hat, dann wird es schon irgendwo eine Abstimmung geben bezüglich des Theaterbusses. Ja Moment einmal! Zuerst hängt man eine Tafel auf, Bus fährt nicht, und dann macht man eine Abstimmung? Also das ist wirklich das Pferd von hinten aufzäumen. Irgendwie fühle ich mich, nachdem wir beim Thema Kino auch schon ein bisschen waren, als Stadtsaal, ein bisschen erinnert an den Film „Denn sie wissen nicht was sie tun“. Nur da gefällt mir der James Dean in der Rolle besser als so mancher Gemeinderatsmandatar. Wenn ich nämlich da herinnen höre, dass man zum Teil gar nicht wusste, dass es diesen Theaterbus gibt, ihn trotzdem aber abschafft, zugleich nicht einmal weiß, dass der sehr wohl Einnahmen bringt. Der Kollege Bremm sagt, auf Regimentsunkosten fahren die Theatersucher. Die fahren nicht auf Regimentsunkosten, die lösen einen Fahrschein, die müssen dafür zahlen. Aber da müsste man sich halt informieren. Da wäre es sinnvoll, dass man solche Dinge im zuständigen Ausschuss behandelt. Wenn du, Kurt, sagst, eigentlich ist die „Aktuelle Stunde“ da das falsche Thema, das sollte man im Ausschuss behandeln, dann bin ich voll bei dir. Nur die Frage ist wo man den behandeln soll. Im Stadtwerkeausschuss? Ich weiß nicht, ob da darüber abgestimmt worden ist. Im Kulturausschuss? Da haben wir sogar eigentlich eine Art Redeverbot, unter Anführungszeichen, oder Informationsverbot, weil eines soll auch einmal festgehalten werden. Es gab diese Einsparungsliste, sie gibt sie noch immer, die vom Bürgermeister an die Fraktionen ergangen ist. Eine wesentliche Frage meinerseits und auch anderer Kollegen war, was passiert weiter mit dieser Einsparungsliste. Damals hat es geheißen, in den zuständigen Gremien, und das gibt es auch in der Presse nachzulesen, konnte man eben erfahren, wird das alles diskutiert. Ja, es ist nicht diskutiert worden im Kulturausschuss, ob man den Theaterbus abschafft oder nicht. So von Gott Gnaden ist das halt irgendwie passiert. Ich halte es für einen Affront dem Bürger gegenüber, dem Theaterbesucher gegenüber, der sich gepflanzt fühlen muss, wenn er zuerst ein Abo löst, ihm gesagt wird es fährt ein Theaterbus und dann findet er ein Schild vorab 2006 fährt er nicht mehr, ein paar Wochen später findet er ein Schild, dass der Bus wieder fährt und jetzt wird mir erklärt in den zuständigen Gremien wird das entschieden. Also kommt vielleicht wieder eine neue Tafel hin wo draufsteht, dass der Bus doch wieder nicht fährt. Das ist für mich wirklich, Kollege Bremm, um in ihrer Wortwahl zu bleiben bei anderen Aussendungen, ein Kasperltheater und das Gegenteil vom Bürgerservice, das Gegenteil von professioneller Arbeit, weil ich würde mir schon erwarten, dass man bevor man etwas einstellt, und sie wissen alle da herinnen, meine Damen und Herren, wenn einmal etwas eingestellt worden ist, das wieder zu revitalisieren, das ist irrsinnig mühsam, schwierig und man zerhaut sich sehr viel und macht auch sehr viel kaputt. D. h., zuerst sich zu informieren, zu schauen wie ist die Lage und dann was einzustellen, das wäre der richtige Weg und nicht zu sagen, das haben wir ja nicht gewusst, dass es den Theaterbus gibt, sie fahren ja eh auf Regimentsunkosten usw. Aber es zeigt eines sehr deutlich, und ich bin dem Kollegen Lengauer sehr dankbar für die Einbringung der „Aktuellen Stunde“, und das werden wir heute bei einem weiteren Tagesordnungspunkt noch haben, es genügt anscheinend der SP-Fraktion nicht die absolute Mehrheit zu haben, fast die 2/3 Mehrheit zu haben, am liebsten wäre ja eine 100%ige Mehrheit, die Opposition draußen ...

STADTRAT WALTER OPPL:

Der Wähler hat das gemacht, liebe Frau Kollegin.

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:

Nein, sie möchten jetzt auch noch, dass der Rest draußen ist und man alles selbst entscheiden kann. De facto setzen sie einzelne Schritte in diese Richtung und der Theaterbus ist ein Beispiel dafür, dass irgendjemand im Haus, wo es sich ja nicht einmal eruieren lässt, wer hat die Tafel dort aufgestellt, irgendjemand macht das, in der Hoffnung, dass die Mandatare das eh nicht überreißen. Das bitte, meine Damen und Herren, kann es wirklich nicht sein.

Beifallskundgebung verschiedener Mandatare

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Willi bitte.

STADTRAT WILHELM HAUSER:

Geschätzter Herr Bürgermeister, geschätztes Präsidium, meine geschätzten Kolleginnen und Kollegen aus dem Stadtsenat und Gemeinderat, geschätzte Gäste, geschätzte Presse. Ich denke mir, vielleicht kann ich ein bisschen etwas zur Versachlichung dieser Geschichte beitragen, denn jetzt sind ein bisschen die Emotionen übergeschwappt und man interpretiert gleich Dinge hinein, die so nicht sind. Fakt ist, dass im Jahr 2004 166 Personen das ganze Jahr hindurch den Theaterbus benützt haben. 166 Personen. Es geht nur darum, bitte sehr, dass der Theaterbus jener ist, der nach der Theatervorstellung dort steht und die Leute auskreiselt in Steyr wie ein Taxi. Das ist der Theaterbus. Der Kollege Eichhübl und ich sind wahrscheinlich einige der wenigen die wissen wie das funktioniert, weil die Stadtwerke das nämlich machen. Das war immer so. Denn zum Theater fahren die Leute mit der Linie aus den einzelnen Stadtteilen natürlich hin.

Der zweite Fakt ist, es waren 18 Fahrten im Jahr 2004 und es hat ganze Einnahmen in dem Sinn gegeben, weil das ist ja eine Sonderfahrt bitte sehr und Sonderfahrten die mit Monatskarte und Jahreskarte und was weiß ich sonst alles gefahren werden, sind de facto für diese Leute kostenlos. D. h., wir haben ...

STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:

Aber das heißt, sie bezahlen es mit ihrer Karte mit.

Diskussion verschiedener Mandatare

STADTRAT WILHELM HAUSER:

Es ist eine bestellte Sonderfahrt. De facto haben ganze 17 Euro, dass ich jetzt nichts Falsches sage, 10 waren die Bareinnahmen von 166 Benützern bei 18 Fahrten im Jahr 2004. Es geht daher um Überstunden die hier zu leisten sind, weil es eine Sonderfahrt außerhalb der Linie ist. Aber, um dem ganzen Ding jetzt sozusagen gerecht zu werden, geschätzte Kolleginnen und Kollegen, eines können sie mir glauben, weder ich als stadträtlicher Referent noch der Herr Dir. Zeilinger, noch ein Autobuschauffeur ist in das Theater gegangen und hat dort Tafeln aufgestellt. Denn so wie es vereinbart war, hat es geheißen, das kommt zuerst in den Ausschuss und das wird auch nächstes Jahr passieren. Das kommt in den Ausschuss und wird im Verwaltungsausschuss beraten, denn eines ist auch klar, wenn ich zuerst ein Abo verkaufe, wo das angeboten wird, war für uns klar, dass bis zum Ende dieses Abo-Jahres keine Veränderung passieren kann. D. h., erst mit dem neuen Abo-Jahr könnte es dazu kommen. Aus diesen Gründen wird das auch zuerst im Verwaltungsausschuss diskutiert werden. Das 2., was dazu gesagt gehört ist, wie es dann zu den Tafeln gekommen ist oder dass er doch wieder fährt, kann nur das gewesen sein, dass Anrufe, Telefonate, E-Mails oder sonst was gekommen sind, die unter anderem auch bei der Kulturabteilung eingelaufen sind und dann zu mir weitergeschickt wurden. Ich habe überhaupt nichts davon gewusst, dass dort gestanden ist, und auch nicht die Stadtwerke, dass der Theaterbus eingestellt wird.

Zwischenruf: Wer war es denn dann?

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Passiert bei euch nichts?

STADTRAT WILHELM HAUSER:

Daher kann es nur jemand sein, der im Theater irgendwas tut und das sind sicher nicht die Stadtwerke. Das möchte ich einmal doppelt unterstreichen. Es ist aber auf der anderen Seite so, dass man nicht hergehen kann und ständig sagen kann wir werden, und so wie sie es selbst gesagt haben, dass wir ja nachher vielleicht noch Gelegenheit haben werden wo man sonst überall noch einsparen kann, dass man sich sozusagen immer jenes Ding nimmt das vorgeschlagen wird irgendwo Kosten einzusparen, das streichen wir weg. In den Zeitungen habe ich darüber schon sehr viel gelesen, was man alles nicht einsparen darf. Und dann kommt man auf der anderen Seite und sagt, dort sparen wir ein. Es gibt diese Vorschläge, über diese ist zu beraten, über diese wird in den einzelnen Ausschüssen auch diskutiert werden. Mir persönlich tut es Leid, dass jetzt dieser Unmut entstanden ist, der völlig irrational und völlig unnötig ist. Von den Stadtwerken hat das de facto niemand getan. Die Stadtwerke haben auch zur Kulturabteilung gesagt, wenn die Kulturabteilung diese Fahrt bestellt, und in der Zukunft auch bezahlt, wird diese Fahrt durchgeführt werden. Wenn die Politik sagen sollte, gleichgültig ob das sozusagen zum Defizit im öffentlichen Verkehr, dem innerstädtischen öffentlichen

Verkehr beiträgt oder nicht und die Politik sagt wir führen den weiter, dann wird er auch weiter geführt. Aber es muss möglich sein, das man einen Vorschlag einbringt, wo Möglichkeiten der Kosteneinsparung sind und dass man über die diskutiert. Dass das jetzt vorab passiert ist, ist für mich persönlich sehr bedauerlich, weil da die Stadtwerke in ein Licht gerückt werden das nicht richtig ist. Es ist weder der Herr Dir. Zeilinger, noch der Herr Anibas, der der Verkehrsbetriebsleiter ist, noch ein Chauffeur und schon gar nicht ich hinaufgegangen ins Theater und haben Tafeln aufgestellt. Ich hoffe, dass ich dazu etwas zur Aufklärung beigetragen habe.

Beifallskundgebung verschiedener Mandatare

STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:

Die Putzfrauen werden die Tafeln aufgestellt haben.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Herr Mayrhofer, die Sache ist jetzt ziemlich klar erklärt worden. Es ist natürlich nicht nachvollziehbar, wer der Übereifrige war. Es tut mich auch Leid, dass so etwas passieren hat müssen. Aber wie es der Kollege Bremm schon gesagt hat, dort wo nichts gearbeitet wird, werden auch keine Fehler gemacht. Dass halt auch Fehler passieren und dass einer übereifrig ist, ich hätte euch da um Verständnis gebeten und das muss man ihm auch irgendwann einmal nachsehen.

Ich komme nun zu Punkt 5) und bitte um Kenntnisnahme der Beschlüsse des Stadtsenates und möchte gleich zu Punkt 6), zu den Verhandlungsgegenständen, überleiten. Ich bitte meine Kollegin den Vorsitz zu übernehmen.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Danke. Ich übernehme den Vorsitz und ersuche den Bürgermeister um seine Berichte.

BE: BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Bei meinem ersten Antrag geht es um den Nachtragsvoranschlag für das Jahr 2005. Der Beschluss des Gemeinderates vom 9. Dezember 2004, womit der Voranschlag 2005 genehmigt wurde, wird im Sinne des beiliegenden Nachtragsvoranschlages für das Jahr 2005 wie folgt abgeändert. Im ordentlichen Haushalt gibt es eine Veränderung der Gesamteinnahmen von 76.217.100,-- auf 88.828.900,--. Beim außerordentlichen Haushalt geht es um eine Veränderung der Gesamteinnahmen von 11.503.300,-- auf 19.485.900,--. Die genauen Gründe und genauen Daten sind im Antrag aufgelistet. Ich bitte diesem Antrag die Zustimmung zu erteilen.

1. Fin-110/05 Nachtragsvoranschlag 2005.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Der Beschluss des Gemeinderates der Stadt Steyr vom 9. Dezember 2004, Fin-100/04, womit der Voranschlag 2005 genehmigt wurde, wird im Sinne des beiliegenden Nachtragsvoranschlages für das Jahr 2005 wie folgt abgeändert.

1. Der ordentliche Haushalt

die Gesamteinnahmen von Euro 86.217.100,-- auf Euro 88.828.900,--
die Gesamtausgaben von Euro 86.217.100,-- auf Euro 88.828.900,--
somit ausgeglichen Euro 0,--

2. Der außerordentliche Haushalt

Die Gesamteinnahmen von Euro 11.503.300,-- auf Euro 19.485.900,--
die Gesamtausgaben von Euro 11.503.300,-- auf Euro 19.485.900,--
somit ausgeglichen Euro 0,--

Die übrigen Bestimmungen des Gemeinderatsbeschlusses vom 9. Dezember 2004 betreffend den Voranschlag für das Jahr 2005 bleiben unverändert.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Danke. Zu Wort gemeldet hat sich der Kollege Altmann.

GEMEINDERAT DI CHRISTIAN ALTMANN:

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, wertres Präsidium, geschätzte Kolleginnen und Kollegen des Steyrer Gemeinderates. Es ist ja schon ein sehr recht interessantes Papier was uns da vorliegt mit dem Nachtragsvoranschlag 2005. Gestatten Sie mir drei ganz kurze Anmerkungen zu diesem Papier. Punkt 1): Versetzen wir uns einmal zurück. Vor einem Jahr, ungefähr um diese Zeit, haben wir den Voranschlag für das damalige Jahr 2005 diskutiert und es ist vonseiten der SP-Fraktion sehr vehement gekommen, das Budget läuft aus dem Ruder, wir werden kaputtgespart von Bund und Land und wenn man jetzt auf diesen Nachtragsvoranschlag 2005 draufschaut, wird man nämlich eines sehen, es sind die Ertragsanteile um 5,4 % gestiegen, nämlich um 1,54 Mio. Euro, es sind die Bedarfszuweisungen des Bundes gestiegen um 21,27 %, also um 0,57 Mio. Euro und auch die Bücherei hat eine Bedarfszuweisung seitens des Landes bekommen. Also, ich möchte noch einmal klarstellen, wir haben das letztes Jahr auch schon einmal gesagt, dass hier mit falschen Argumenten seitens der SP-Fraktion argumentiert wird, nämlich, dass Bund und Land die Stadt kaputt sparen. Jetzt hat man gesehen, mit dem Nachtragsvoranschlag, dass dem nicht so ist.

Punkt 2 ist die Rücklagsituation und die Darlehenssituation auf die ich kurz eingehen möchte. Die Rücklagen haben sich mit Stand Anfang 2005 von 8.750.000,-- Euro reduziert auf Ende 2005 auf 7.192.000,-- Euro. Also um mehr als 1,6 Mio. Euro sind die Rücklagen aufgebraucht worden in diesem Jahr. Gleichzeitig sind die Darlehen gestiegen von 47,7 Mio. Euro auf 58,39 Mio. Euro. D. h., die Darlehenssumme ist um deutlich mehr als 10 Mio. Euro angestiegen.

Ein dritter Punkt noch dazu: Wie jedes Jahr ist anzumerken, dass der Nachtragsvoranschlag wiederum um ungefähr 3 Mio. Euro gegenüber dem Voranschlag nicht stimmt. Da auch die Frage an den Herrn Finanzdirektor Lemmerer. Kaufmännische Vorsicht in ehren, aber wenn der Nachtragsvoranschlag jedes Jahr um 3 Mio. Euro besser ausfällt, dann muss man sich einmal vorstellen, dass vielleicht die Erarbeitung oder Erstellung dieses Nachtragsvoranschlages bzw. des Voranschlages überdacht werden sollte. Herzlichen Dank.

Beifallskundgebung verschiedener Mandatare

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Nächster zu Wort gemeldet ist Herr GR Eichhübl.

GEMEINDERAT ROMAN EICHHÜBL:

Sehr geschätztes Präsidium, meine Damen und Herren des Gemeinderates, mein Vorredner, der Kollege Altmann, hat mir ja bereits einiges vorweg genommen. Ich möchte aber dennoch auch aus Sicht der Freiheitlichen GR-Fraktion zu diesem vorliegenden Nachtragsvoranschlag und zu dem, was der Herr Bürgermeister dazu gesagt hat, etwas näher hineinsteigen in die Thematik und diese Situation ebenfalls beleuchten.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ein Nachtragsvoranschlag ist ja bekanntlich dann erforderlich, wenn es Abweichungen gegenüber dem vom ursprünglichen Budgetrahmen, den der Gemeinderat beschlossen hat, erkennbar ist und wie gesagt Veränderungen auftreten. Veränderungen in einem gewissen Maße, in einer gewissen Größenordnung sind durchaus legitim und auch üblich. Deswegen ist es auch so, dass neben diesem Nachtragsvoranschlag, den wir heute behandeln, noch ein Rechnungsabschluss vorgesehen ist, der dann im Frühjahr des nächsten Jahres dem Gemeinderat vorgelegt wird und der die genaue budgetäre Situation des Budgetjahres 2005 noch dokumentieren wird. Allerdings ist bereits beim Nachtragsvoranschlag sehr deutlich erkennbar, wohin die Reise geht. Denn maßgebliche Zahlen werden sich nicht mehr verändern und vor allem ist zu erkennen, welchen Handlungsspielraum wir in der Stadt noch haben. Welchen Handlungsspielraum wir haben das nächste Budget zu gestalten und welchen Handlungsspielraum wir haben, die weiteren Budgets der nächsten Jahre zu gestalten. Daher, meine sehr geehrten Damen und Herren, ist ein Nachtragsvoranschlag nicht nur ein Zahlenwerk, wie man schon dort und da gehört hat, wenn ich mich zu Wort gemeldet habe, dessen Richtigkeit vom Gemeinderat zu bestätigen ist, sondern es ist ein Wegweiser hin zu den künftigen finanziellen Rahmenbedingungen. Daher möchte ich, wie ich vorhin bereits erwähnt habe, einige Bereiche, in denen es Veränderungen gibt, besonders beleuchten und darauf hinweisen.

Im ordentlichen Haushalt sind bei der Kommunalsteuer Mehreinnahmen von 850.000,-- Euro feststellbar. Auch die Ertragsanteile, da wurde bereits darauf hingewiesen, und die Bedarfszuweisungen des Bundes sind höher ausgefallen als man erwartet hat. Auch geringfügig vonseiten des Landes. In Summe hat dies ausgemacht 2,28 Mio. Euro. Aber dennoch muss man, um

der Wahrheit die Ehre zu geben, auch heute feststellen, dass es nach wie vor so ist, dass wir wesentlich höhere Beiträge an das Land leisten als wir dann tatsächlich refundiert bekommen.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Genau, so ist es.

GEMEINDERAT ROMAN EICHHÜBL:

Diesen vorhin genannten Mehreinnahmen stehen allerdings auch sehr wesentliche Mehrausgaben gegenüber, die sich vor allen Dingen im sozialen Bereich zu Buche schlagen und 3,47 Mio. insgesamt, was die Mehrausgaben betrifft, ausmachen. Im Endeffekt ist daher die Situation so, und das bedeutet daher, dass die bereits bezifferten Mehreinnahmen aber auch durch Minderausgaben in der Höhe von 1.560.000,- Euro den Abgang im ordentlichen Haushalt um 1,48 Mio. Euro vermindern, aber, es ist auf der anderen Seite dennoch notwendig, dass man eine Rücklagenentnahme in Höhe von 2,1 Mio. nach wie vor noch zu Buche stehen hat, um den ordentlichen Haushalt abdecken zu können. Und das heißt schon etwas, den ordentlichen Haushalt abdecken zu können, weil eben auf der anderen Seite, ich habe es bereits erwähnt, entsprechende Mehrausgaben getätigt werden mussten, zum Teil, was den sozialen Bereich betrifft.

Aber noch dramatischer schaut das beim außerordentlichen Haushalt aus. Dieser wurde hauptsächlich deswegen angehoben, weil aufgeschobene Projekte in den letzten Jahren realisiert wurden bzw. nicht beschlossene Vorhaben umgesetzt wurden.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Ja, beschlossene Vorhaben.

GEMEINDERAT ROMAN EICHHÜBL:

Beschlossen sind sie schon worden, das ist richtig, aber man hat sie ursprünglich nicht vorgehabt um korrekt zu sein Herr Bürgermeister, das ist richtig, aber wo man eben andere Dinge beschlossen hat als man ursprünglich im Budgetrahmen vorgesehen hat um das noch einmal zu verdeutlichen. Jedenfalls wurde dieser außerordentliche Haushalt von 11,5 Mio. auf 19,5 Mio. angehoben. Und dieser außerordentliche Haushalt, meine sehr geehrten Damen und Herren, konnte nur noch durch eine Neuverschuldung in Höhe von 14,3 Mio. ausgeglichen werden. Diese Entwicklung ist ja deswegen so dramatisch, weil ja eigentlich gerade der außerordentliche Haushalt der Spielraum für eine Gemeinde, für eine Kommune sein müsste um gewisse Aufgaben gegenüber der Bevölkerung erfüllen zu können. Im ordentlichen Haushalt, das sind ja jene Ausgaben die jährlich wieder kommen und daher wohl abänderbar sind, aber vor allen Dingen immer wieder festgeschrieben werden und auch von außenstehenden Faktoren teilweise abhängig sind. Dieser Handlungsspielraum wird immer geringer. Das zeigt sehr deutlich dieser heute vorliegende Nachtragsvoranschlag. Die Rücklagen, ich betone es nochmals, mein Vorredner hat das bereits gesagt, sinken in diesem Jahr von 8.750.500 Mio. Euro auf 7.192.700 Euro. Der Schuldenstand hingegen steigt trotz, und das unterstreiche ich auch, ständiger Tarif- und Gebührenanhebungen weiter an und wird schlussendlich 58,4 Mio. Euro am Ende des Jahres 2005 ausmachen und hat am Beginn des Jahres 47,8 Mio. Euro ausgemacht. Diese Entwicklung, meine sehr geehrten Damen und Herren, ist sehr dramatisch. Es liegen ja bereits die Unterlagen für das Budget 2006 vor und da, soweit ich mich entsinnen kann, steht bereits festgeschrieben, wenn dieser Voranschlag so beschlossen wird, sind im ordentlichen Haushalt 4 Mio. Euro an Abgängen abzudecken. Also es zeigt sehr deutlich die massiv schlechter werdende Entwicklung dieser Stadt. Das bedeutet, und ich betone das noch einmal, dass wir nicht nur das Budgetjahr 2006 in entsprechend schwieriger Form gestalten werden können, sondern auch die kommenden Budgetjahre werden immer schwieriger werden.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Danke. Nächster zu Wort gemeldet ist Kollege Apfelthaler. Ich erteile es ihm.

GEMEINDERAT KURT APFELTHALER:

Wertes Präsidium, meine Damen und Herren, der Herr Bürgermeister hat schon bei seinen Berichten von diversen Charity-Veranstaltungen in Steyr gesprochen. Wahrscheinlich werden wir in Anbetracht dieses Nachtragsvoranschlages eine große Charity-Veranstaltung beim Rechnungsabschluss dann machen müssen, weil wenn man sich anschaut wie sich das entwickelt, der Kollege Eichhübl hat es eh schon sehr detailliert angesprochen, ich erspare mir jetzt die Details. Was mir halt nur auffällt, das ist das, dass es drei Personen eigentlich gibt, in diesem Nachtragsbudget, die sich besonders über Gelder freuen dürfen. Das ist die Sozialabteilung, die Frau Vizebürgermeisterin Mach, wo es zu ziemlichen Steigerungen gekommen ist. Dafür kann sie nichts, auf der anderen Seite muss man sich

wirklich fragen, ob nicht manche Entwicklungen nicht schon absehbar wären. Der Kollege Vizebürgermeister Bremm hat brav verbaut in den Schulbauten, was mich innerlich für ihn freut. Und der Herr Kollege StR Mayrhofer, da fällt es mir besonders auf. Das ist jetzt aber keine Wertung. Ich sage Respekt. Aber bei ihnen beiden denke ich mir die sind ja von der gleichen Fraktion. Also, da wird es nicht so schwer gewesen sein den Herrn Finanzreferenten zu überzeugen. Was den Kollegen Mayrhofer anbelangt sage ich, na ja, ich würde mich auch freuen, wenn ich im Budget mehr Gelder drinnen hätte. Aber dann stellt sich für mich die Frage, wozu mache ich überhaupt ein Budget. Wozu mache ich überhaupt ein Budget am Jahresanfang und sage was weiß ich, diese und jene Vorhaben will ich machen. Dann kommt es aber knüppeldick daher. Im außerordentlichen Haushalt fast 80 oder 90 % mehr. Wie wird das weiter gehen? Das frage ich mich. Welchen Sinn hat es dann überhaupt ein Budget zu machen? Ich weiß schon, dass es schwierig ist und ich weiß ja auch, dass man investieren muss und dass wir Übertragungen haben ect., ect. Der Kollege StR Mayrhofer hat ja eh immer wieder betont, wir rumpeln auf unseren Straßen dahin. Auf einmal lesen wir, wir machen es trotzdem. Jetzt frage ich mich, wozu wir zu Weihnachten ein Budget machen, wenn es in bestimmten Bereichen dann letztendlich Erhöhungen um fast 90 % gibt. Also, ich bin es eh niemandem neidig. Ich sage, wie sich das Budget weiter entwickelt das wird sicher irgendwann einmal den Bach gehen und dann wird es auf einmal heißen, brrr, wir haben kein Geld mehr. Das sagen sie eh schon über Jahre und Jahrzehnte. Anscheinend ist doch wieder Geld da, wir nehmen es halt auf. Jetzt an dich, Herr Bürgermeister, du bist ja der Finanzreferent. Wie geht es denn dir überhaupt dabei? Du sitzt da wie Buddha. Lächelst letzten Endes. Aber bei solchen Überschreitungen muss es mir normal die Krausbirne aufzeigen. Da muss ich doch irgendwann einmal nein sagen. Wir haben ein Budget beschlossen, der gesamte Gemeinderat hat darüber geurteilt. Dann kommt irgendwer, bei der eigenen Fraktion tust du dir halt leichter, aber ich sage jetzt bei den Straßen z. B. haben wir mehr investiert. Der Herr Kollege Mayrhofer freut sich, Respekt muss ich sagen, dass er das Geld bekommen hat, aber ...

STADTRAT GUNTER MAYRHOFFER:

Mehr investiert? Da haben Sie schlecht gelesen.

GEMEINDERAT KURT APFELTHALER:

Nein, nein, aber es waren ja Teile die auf Null gestellt waren und die sind dann trotzdem gemacht worden. Das ist jetzt keine Wertung, da waren Sie gerade nicht da, Respekt, dass Sie das Geld bekommen haben.

STADTRAT GUNTER MAYRHOFFER:

Darf ich Ihnen was sagen? Das ist eh nicht das Geld der Stadt. Das was da verbaut wird, das sind ausschließlich die Mittel von Land und Bund.

GEMEINDERAT KURT APFELTHALER:

Nein, nein, also so ist es ja nicht. Ich beschäftige mich schon über Jahrzehnte mit Budgets. Im Grunde genommen, ich meine die Sachen sind gemacht worden, ursprünglich im Budget hat es nein geheißen, dann sind sie gemacht worden. Ich weiß nicht, wo das hinführen soll Herr Bürgermeister. Ich weiß es nicht. Klar, ich meine wir haben dem Budget nicht zugestimmt, aber so arg, also diese Überschreitungen im prozentuellen Anteil, und dahinter versteckt sich ja die Symbolik, wie im außerordentlichen Budget haben wir es noch nie gehabt, ganz ehrlich gesagt. Also bitte, jetzt nicht böse sein, aber ich verstehe ja Herr Bürgermeister, dass du in deiner Freizeit auf Tauchstation gehst. Ich würde es ehrlich gesagt auch tun. Weil wenn ich mir das Budget anschau, denke ich mir ist die Oberfläche doch nicht so angenehm.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Danke. Als Nächster zu Wort gemeldet hat sich Herr Vzbgm. Gerhard Bremm. Ich erteile es ihm.

VIZEBÜRGERMEISTER GERHARD BREMM:

Meine sehr verehrten Kolleginnen, liebe Kollegen. Der Nachtragsvoranschlag, das wissen wir, ist einmal eine Zwischenbilanz vom Voranschlag, wo doch ein Teil des Geschäftsjahres zu Ende geht und kurze Zeit vor dem Rechnungsabschluss, den wir dann im Jänner im Gemeinderat zu diskutieren haben. Wenn hier angeführt wird, vom Kollegen Altmann, dass wir da eine sehr ungenaue Budgetierung haben, Sie wissen sehr genau Herr Kollege Altmann, Sie haben sich mit diesen Themen ja gerade in Ihrer Ausbildung intensiv damit beschäftigt, dass wir mit der Budgetierung zum jetzigen Nachtragsvoranschlag relativ genau budgetiert haben. Wir haben da nur geringfügig, und das muss man natürlich im Gesamten betrachten. Man kann sich natürlich ein paar einzelne Punkte herausnehmen und so darstellen. Ich komme eh noch darauf zurück zu meinem wundersamen

Budgetvermehrungen in meinem Ressorts, dass man das dann relativiert. Aber wir reden von einem Budget, wenn wir im ordentlichen Haushalt reden, von rund 70 Mio. und da liegen wir jetzt um 2, 2 ½ Mio. besser als wir das vor einem Jahr budgetiert haben.

GEMEINDERAT DI CHRISTIAN ALTMANN:
Aber das ist ja seit Jahren immer schon so.

VIZEBÜRGERMEISTER GERHARD BREMM:

Das ist in der heutigen Zeit im Geschäftsleben eine minimale Abweichung. Da könnten sich viele Betriebe freuen, wenn sie so genau budgetieren könnten und so treffsicher wären wie wir das sind. Es ist natürlich in Betrieben nicht ganz so leicht, weil man da auch anderen Dingen unterliegt. Eines muss man schon auch dazu sagen warum sich die Situation gerade bei den Einnahmen doch verbessert hat, da muss man schon das dazu sagen, das waren halt die hartnäckigen Verhandlungen die im vergangenen Jahr vom Städtebund geführt wurden und vom Gemeindebund über den Finanzausgleich und dass halt dann doch eine bessere Situation zustande gekommen ist wo wir aus diesen Verhandlungen ...

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Beim Budget war das noch nicht klar.

VIZEBÜRGERMEISTER GERHARD BREMM:

Das war beim Budget noch nicht klar. Das Ergebnis der Finanzverhandlungen war noch nicht am Tisch. Das hat sich halt jetzt positiv niedergeschlagen aber eh nicht was weiß ich wie dramatisch. Also, die Budgetierung glaube ich ist vernünftig und ich bin auch immer ein Befürworter, dass die Vorsicht im Vordergrund steht. Sie haben es eh erwähnt, ich glaube, dass man vorsichtig budgetieren sollte und nicht zu euphorisch und hinten nach hat man dann ein Dilemma. Aber es zeigt natürlich insgesamt, dass die finanzielle Situation angespannt ist. Der Eichhübl Roman dramatisiert das zwar mehr. Wir werden natürlich gefordert sein, auch in der kommenden Zeit, für das nächste Budget, aber überhaupt für die nächsten Jahre, damit auch die Spielräume gegeben sind um Projekte zu realisieren die geplant sind. Wir haben die Mittelfristplanung auch jetzt im Finanz- und Rechtsausschuss gehabt und sie wird auch in der nächsten Zeit diskutiert und immer wieder erneuert, damit diese großen Projekte auch realisiert werden können. Also, wir werden da dementsprechend gefordert sein.

Kollege Apfelthaler, es wäre schön, wenn der Prozentsatz, der im Bereich Schulen, den du erwähnt hast, da jetzt abweichend vom Budget ist, wenn hier das tatsächlich so stimmen würde. Ich kann nur sagen, im Bereich Schulbudget und im Bereich Liegenschaft sind wir, bis vielleicht auf ganz minimale Bereiche, punktgenau am Budget. Dass ihr beim Budgetbeschluss im Dezember nicht dabei gewesen seid, das ist die eine Seite. Es hätte nämlich, wenn man jetzt im Schul- und Liegenschaftsbereich mehr Geld drinnen hätte, eine Kreditüberschreitung geben müssen, wenn das abweichend vom Budget wäre. Es sind nirgends Kreditüberschreitungen gemacht worden und auch nicht beschlossen worden. Wir sind nur im Ausgabenbereich genauso überrascht worden, die Schulerhaltsbeiträge, im Pflichtschulbereich, dass wir mehr ausgeben mussten als ursprünglich budgetiert gewesen war und was geplant war. Das ist halt auch ein Bereich, so wie der Sozialbereich, wo man nie genau budgetieren kann. Man weiß nie, wie viele Jugendliche in Heime eingewiesen werden, man weiß nie, wie viele Sozialhilfeempfänger wir haben, die kann man nicht genau festlegen, da kann man immer nur auf die Vorjahreswerte gehen. Das sind eben Schulerhaltsbeiträge, die wir zu bezahlen haben. In auswärtigen Schulen kann man das auch nicht im Vorhinein budgetieren, weil nämlich das Schuljahr abweichend ist vom Budgetjahr und dadurch sind hier Abweichungen. Insgesamt glaube ich ist aber doch im Budget und auch im Nachtragsvoranschlag zu sehen, ich habe es zuerst schon gesagt, dass eine finanzielle Anspannung gegeben ist und dass große Sprünge, wenn es uns nicht gelingt Spielräume zu schaffen, in den nächsten Jahren nicht möglich sein werden.

Beifallskundgebung verschiedener Mandatare

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:
Danke. Wünscht noch jemand das Wort? Kollegin Frech bitte.

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:

Geschätztes Präsidium, werte Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates, werte Gäste. Also, irgendwie ist die ganze Geschichte jedes Jahr in die Richtung, und jetzt bin ich doch schon acht Jahre da herinnen, dass ich mir denke, jedes Jahr tut man wieder so als würde man diese negative

Entwicklung nicht merken, fällt aus allen Wolken, alle sind natürlich so böse, das ist heute schon angesprochen worden, Bund, Land usw., nur Faktum ist, wenn Sie sich zurückerinnern, bei mir geht halt das Gedächtnis bis 1997, es geht sogar noch weiter, weil ich habe mir früher die Protokolle aus den Jahren vorher angesehen, die Finanzsituation der Stadt, dass sich die so trist entwickeln wird, das liegt seit Jahren auf dem Tisch. Nur was hat man immer gemacht? Man hat dieses Budget immer erstellt nach dem Motto, jetzt von der politischen Seite her, das ist jetzt kein Angriff gegen die Beamenschaft, die Beamenschaft macht das, was ihr die Politik vorgibt, so nach dem Motto „tarnen und täuschen“. Man kann mit Budgets halt wunderbar tricksen. Das was so gerne als kaufmännische Vorsicht dann herangezogen wird, ist nichts anderes gewesen, als dass man mitunter Projekte hineingegeben hat, Vorhaben hineingegeben hat ins ursprüngliche Budget, von dem man genau gewusst hat, man wird sie gar nicht realisieren. Damit hatte man wieder einen Finanzpolster und hat die Vorhaben ins nächste Jahr geschoben. Da ergeben sich halt bei den Nachtragsvoranschlägen dann ja mitunter diese Steigerungen bis zu 1000 Prozent. Aber das sind jetzt Zahlenspielerereien. Wenn der Kollege Bremm sagt, man würde uns in der Wirtschaft beneiden, wenn man das so hinkommt, aber er gibt natürlich zu, dass es im Betrieb nicht so leicht ist, ja da gebe ich ihm völlig Recht, was den zweiten Teil des Satzes anbelangt. Im Betrieb ist das nicht so leicht, dass alle immer tricksen und umschauflern und dass sie ihre Gebühren ständig erhöhen, weil in der Wirtschaft haben sie irgendwann einmal die Grenzen des Preises, dann haben sie keine Kunden mehr. Die Stadt erhöht ihre Gebühren ohne Ende und das wird die Bürger im nächsten Jahr sehr stark treffen, wenn nur ein Teil dieser Liste umgesetzt wird, die uns da vorgelegt worden ist im Finanz-, Rechts- und Wirtschaftsausschuss, dann wird das ein gewaltiger Griff in das Geldbörserl der Steuerzahler sein, nämlich der Steyrerinnen und Steyrer ganz direkt. Das können sie in der Privatwirtschaft nicht machen, da ist irgendwann dann einmal die Grenze. Diese finanziellen Spielräume, von denen gesprochen wurde, da kann ich mich erinnern, ich fordere die seit 1997. Ich kann mich erinnern der eine oder andere Kollege, der Kollege Mayrhofer z. B. auch mit der freien Finanzspitze, die wir immer wieder diskutieren. Nur jetzt auf einmal fallen alle aus den Wolken. Weil was hat man gemacht? In jenen Jahren wo es vielleicht noch möglich war etwas einzusparen oder wo es noch möglich war Rücklagen zu bilden, hat man zum Teil das Geld mit offenen Händen hinausgeworfen. Ich kann Ihnen auch genau sagen was. Ich habe es mir nie ausgerechnet. Es ist auch schwierig auszurechnen, weil man natürlich nicht genau an das Zahlenwerk herankommt, das ja auch keiner zugibt. Aber ich wage zu behaupten, früher war ich mir vielleicht so 60, 70 % sicher, dass meine These stimmt. Inzwischen bin ich mir zu einem sehr viel höheren Prozentsatz sicher, wenn nicht zu 99,9 Prozent. Wenn man all das Geld hernehmen würde, das in dieser Stadt für Fehlplanungen hinausgeht, nicht das Projekt infrage zu stellen, sondern dass sie fehlgeplant werden, dass sie, wir haben heute, ich weiß nicht, aber diese Geschichte mit dem Theater, mit dieser Bestuhlung ist für mich so ein Punkt, wenn das stimmen sollte, dass ich um den halben Preis die gleiche Qualität bekommen könnte. Also ich glaube schon, dass da mitunter einiges an Handlungsbedarf da wäre. Wie gesagt, man hat jahrelang getrickst, man hat das, was die Opposition als Warnung hingestellt hat, in den Raum gestellt hat nicht ernst genommen, hat, ich kann mich erinnern an Presseaussendungen, vor zwei Jahren glaube ich noch, wo verkündet worden ist, die Budgetentwicklung der Stadt Steyr ist so was von wunderbar und so toll und wir sind nicht nur im Plan sondern besser als der Plan und, und, und. Ja, im Kommunismus hat man das mitunter auch behauptet, wie toll man nicht alle Planwerte erreicht hat, aber die Wahrheit war eine andere.

Eines, und da möchte ich zur Ernsthaftigkeit dieses Nachtragsvoranschlags zurückkehren. Wenn jetzt schon die ganzen Einsparungen auf dem Tisch liegen, dann, werte Damen und Herren, frage ich mich wo bleiben eigentlich die zukunftsweisenden Projekte die in Stadtentwicklungsplänen beschlossen worden sind, drinnen stehen, weil für die haben wir dann überhaupt keinen Spielraum mehr. Da geht es nicht nur um die Straßensanierung, wo ich mir denke, da werden wir in der Zukunft viel mehr Geld in die Hand nehmen müssen, wenn man sich die Situation anschaut. Wir werden mehr für die Sanierung ausgeben müssen von gewissen Gebäuden, einfach weil wir ja gewisse Zeit ohne Sanierung aushalten und dann halt nicht mehr. Ob das die Schulen sind, ob das ein Alten- und Pflegeheim ist, ob das überhaupt drei weitere Alten- und Pflegeheime sind, die wir laut Bedarfs- und Entwicklungsplan des Landes brauchen, ob das die Parkgarage ist, der Steg über die Enns, was auch immer, das ist ja da überhaupt noch nicht berücksichtigt. D. h., de facto heißt das eines, die Projekte die längst beschlossen worden sind, von denen hat man sich anscheinend längst verabschiedet, hat sie nie wirklich vorgehabt zu realisieren, weil man seit Jahren sehen muss, aufgrund der Finanzentwicklung, dass das gar nicht geht. Und ganz im Gegenteil, wir schauen halt, dass wir die ganze Situation etwas bereinigen indem wir schön verkündigen wir sparen jetzt ein, wunderschöne Aussiedlung vom Magistrat, der Magistrat spart 2 Mio. Euro ein, wenn ich es richtig im Kopf habe. Nur einsparen tut man beim Bürger. Er zahlt mehr Gebühren. Einsparen tun wir bei Leistungen, indem wir dann z. B. einen Theaterbus einstellen oder indem wir diskutieren, dass plötzlich der Bus nur mehr im

Halbstundentakt fährt, oder im Vierstundentakt, das habe ich auch schon gehört auf bestimmten Linien. Aber das hat nichts mit wirklichem Einsparen zu tun, was man normalerweise darunter versteht. Wenn der Kollege Bremm sagt, das ist ja nur eine Zwischenbilanz. Ja, wir haben jetzt November und erstellt worden ist dieser Nachtragsvoranschlag, fertig gestellt worden ist er Ende Oktober. Hoffen wir jetzt noch auf ein Weihnachtswunder? Ich meine, heute sperrt zwar die Weihnachtsausstellung auf, aber auf ein Weihnachtswunder würde ich nicht hoffen, dass in den zwei Monaten die uns noch verbleiben noch etwas Tolles ändert.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Wünscht noch jemand das Wort? Das ist nicht der Fall. Schlusswort bitte.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Ja, meine Damen und Herren, es sind einige Vokabeln gefallen wo ich sagen muss, weit hergeholt, dass wir jetzt aus allen Wolken fallen, wie die Frau Frech berichtet hat, dass man jahrelang getrickst hat. Ich möchte nur festhalten, der Rechnungsabschluss wird es beweisen, wie die Stadt Steyr gewirtschaftet hat und wie wir entsprechend auch vorsichtig und gut gewirtschaftet haben. Wir sind jetzt bei einem Zwischenpunkt und wir werden beim Rechnungsabschluss mit Sicherheit, das kann man jetzt schon sagen, besser dastehen als diese vorsichtige Planung heute zeigt. Es ist einfach so. Ich kann auch nichts damit anfangen, wenn heute, ich glaube das war der Kollege Apfelthaler der gesagt hat es freuen sich bestimmte Bereiche, bestimmte Referenten über die größeren Geldmengen die zur Verfügung sind. Also ich muss sagen, die Frau Vizebürgermeisterin freut sich sicher nicht, wenn sie mehr ausgeben muss für Sozialleistungen. Der StR Oppl freut sich auch sicher nicht, wenn wir für die Jugendwohlfahrt viel Geld ausgeben. Das sind eben Sachen, die uns Sorgen bereiten, die wir sicher in Zukunft noch genauer betrachten müssen und wo man auch gegensteuern muss. Wir haben in der Vergangenheit einiges getan und wir haben einiges auf die Schiene gebracht, damit wir diese Einsparungen auch tatsächlich umsetzen. Es gibt ein Konsolidierungsprogramm, das gilt es jetzt umzusetzen und es werden weitere Schritte notwendig sein. Ich freue mich über eines, dass die wirtschaftliche Entwicklung in Steyr so positiv ist, dass wir Kommunalsteuereinnahmen haben die weit über das geplante, budgetierte Maß hinausgehen. Es ist auch angenehm, wenn vom Bund entsprechende Ertragsanteile in einer Höhe kommen, die nicht geplant waren bei der Budgeterstellung des vergangenen Jahres. Nichtsdestotrotz werden wir entsprechende Anstrengungen machen müssen, damit wir vernünftig budgetieren können und damit wir auch in Zukunft entsprechende Freiräume schaffen, damit Investitionen gemacht werden können, die wir auch in Zukunft für die Stadt unbedingt brauchen. Ich bitte diesem Nachtragsvoranschlag in dieser Form zuzustimmen.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Danke. Wir kommen zur Abstimmung. Wer dafür ist, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. SPÖ und 5 ÖVP (GR Braunsberger-Lechner, GR Hack, GR Gabath, GR Wührleitner und GR Lengauer). Wer ist dagegen? 3 Grüne. Wer enthält sich der Stimme? 4 (2 FPÖ, 1 Bürgerforum, 1 ÖVP – GR Altmann). Der Antrag wurde mit Mehrheit angenommen. Danke, nächster Punkt bitte.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Ich komme zu Punkt 2). Hier geht es um die Trauungskosten. Im Schloss Lamberg werden ja die Trauungen von uns durchgeführt und es gibt vergleichbare Trauungssäle in Oberösterreich, in Gmunden und in Salzburg, wo bereits ähnliche Summen verlangt werden. Ich bitte dem Antrag, pro Trauung 70 Euro zu verlangen, zuzustimmen.

2) Präs-609/05 Beitrag für besondere Aufwendungen (Trauungen).

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der FA für Personenstands- und Staatsbürgerschaftsangelegenheiten vom 12. 9. 2005 wird die Schaffung eines Beitrages für besondere Aufwendungen in der Höhe von € 70,- pro Trauung mit Wirkung vom 1. Jänner 2006 beschlossen. Dieser Beitrag ist auf der Haushaltsstelle 2/022000/817000 (Kostenbeitrag für sonstige Leistungen) zu verbuchen.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Danke. Gibt es dazu eine Wortmeldung? Frau GR Wührleitner.

GEMEINDERÄTIN EVA-MARIA WÜHRLEITNER:

Geschätztes Präsidium, liebe Kolleginnen und Kollegen, werte Gäste. Nachdem das der einzige Trauungssaal ist in dem in Steyr geheiratet werden kann, sehen wir nicht ein, dass es auch hier Belastungen geben kann. Wir würden hier deutlich an Kosten über den Umlandgemeinden liegen. Wir stimmen zu, wenn auswärtige Paare eine Gebühr für den Trauungssaal bezahlen müssen, wir sind aber dagegen, dass unsere eigenen Steyrerinnen und Steyrer da auch noch bezahlen müssen. Wir haben heute schon viel vom Sparen gesprochen, aber dies ist wieder nur eine zusätzliche Belastung für unsere eigenen Leute. Danke.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Danke. Herr Eichhübl bitte.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Wenn ich heirate, dann spielen doch 70 Euro keine Rolle.

GEMEINDERAT ROMAN EICHHÜBL:

Meine Damen und Herren des Gemeinderates, geschätztes Präsidium, zurück zum Ernst des Antrages, wir haben ein kurzes Zwischengespräch gehabt. Ich habe nur erwähnt, dass im Durchschnitt die Freiheitlichen dreimal im Leben heiraten und alle anderen einmal. An sich ist dieser Antrag durchaus gerechtfertigt. Ich sage das deshalb, weil sehr deutlich erkennbar ist, dass für die Miete und Betriebskosten im Jahr 44.000,-- Euro aufgewendet werden müssen und dass beispielsweise auch die Orgel Geld kostet, die Reparaturen Geld kosten und auch jemand beigelegt wird, der eben diese Orgel bedient. Wir sind grundsätzlich, das sage ich hier sehr deutlich, aus diesen Gründen, weil sie wirtschaftlich gerechtfertigt sind, für eine Gebühr. Die Frage erhebt sich aber tatsächlich, ob es möglich ist, wenn jemand diesen Saal nicht in Anspruch nimmt, meinetwegen im kleineren Kreis dann, auch eine Ehe vollziehen kann, in einem Büro meinetwegen.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Ja, das steht im Antrag.

GEMEINDERAT ROMAN EICHHÜBL:

Es steht nur von Salzburg drinnen. Von Steyr steht nichts drinnen.

MD-STV. PRÄSIDIALLIREKTOR DR. GERHARD ALPHASAMER:

Vollzogen wird die Ehe nicht am Standesamt.

GEMEINDERAT ROMAN EICHHÜBL:

Ach so, nachvollzogen wird sie dann später. Herr Dr. Alphasamer, so genau wollte ich nicht ins Detail gehen. Ich habe deswegen die Frage gestellt, weil wie gesagt ich wahrscheinlich nicht mehr die Gelegenheit haben werde das abzutesten. Aus persönlichen Gründen wird es mir nicht mehr gelingen in meinem fortgeschrittenen Alter.

Spaß beiseite, das müsste auch wirklich klargestellt werden, dass, wenn jemand, ich sage es noch einmal, diesen Saal eben für nicht notwendig erachtet, der sich diese Gebühr ersparen möchte, in kleinerem Kreis heiratet, kann er das trotzdem. Wenn das in Zukunft auch der Fall ist, dann werden wir diesem Antrag, wie ich vorhin bereits begründet habe, die Zustimmung geben.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Danke. Nächster zu Wort gemeldet ist der Herr Vzbgm. Bremm.

VIZEBÜRGERMEISTER GERHARD BREMM:

Meine sehr verehrten Damen und Herren, nur ganz kurz. Ich weiß von was ich rede, mein Sohn hat heuer geheiratet. Also ich glaube es ist in Wirklichkeit nicht einmal ein Anerkennungsbeitrag. Eine Hochzeit kostet heute so viel Geld, dass es da keine Rolle spielt. Aber es soll auch ein bisschen signalisieren, dass nicht alles kostenlos sein kann. Ich glaube schon, dass man das als Stadt damit rechtfertigen kann. Wir zahlen als Stadt Steyr für diese Räumlichkeiten Miete. Es ist nicht ein Haus das der Stadt Steyr gehört, sondern wir sind dort eingemietet und bezahlen Miete. Jetzt sagen wir, es sollen dort in diesem schönen Ambiente, in diesen schönen Räumlichkeiten, wenn einer das wünscht, dass er dort heiratet, und es ist nur empfehlenswert, dass das jeder tun soll, aber wenn er es nicht will, kann er auch natürlich im Büro seine Ehe schließen, das ist überhaupt kein Problem. Aber sonst ist das in Wirklichkeit nur ein symbolischer Betrag. Wenn man die Gesamtkosten dabei sieht, 70,-- Euro bei einer Hochzeit. Wir bezahlen Miete, wir bezahlen die Sanierungskosten, die Betriebskosten.

Also, da braucht man glaube ich kein schlechtes Gewissen haben da im Gemeinderat, wenn man sagt 70,-- Euro für eine wunderschöne Umgebung. Wenn man ins Kino geht, bezahlt man alleine für zwei Stunden dort den gleichen Betrag. Also, es ist sicherlich ...

Gelächter

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Sag lieber zur Zauberflöte.

VIZEBÜRGERMEISTER GERHARD BREMM:
Vielleicht ist es ein bisschen weniger.

Zum Antrag selbst, ich würde schon ersuchen, dass dieser Antrag von einer breiten Mehrheit die Zustimmung bekommt. Gerade in Anbetracht dessen was wir vorher diskutiert haben. Beim Budget und beim Nachtragsvoranschlag kritisieren wir maßlos und dann reden wir von 70,-- Euro und dann ist das schon nicht machbar. Wie sollen da große Dinge umgesetzt werden? Also, da bin ich dann schon sehr pessimistisch eigentlich.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:
Der Kollege Bremm hat ja geglaubt, und da hat er Recht, weil es sind ja mehrere Leute bei einer Hochzeit die alle nur 70,-- Euro bezahlen. Und wenn man ins Kino geht, geht auch eine Gruppe. So hat er das gemeint.

Gelächter

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:
Frau GR Frech bitte.

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:
Geschätztes Präsidium, werte Kolleginnen und Kollegen, ich finde es ja nett, wenn die Frau Vizebürgermeisterin Mach erklärt, was der Kollege Bremm gemeint hat. Ich nehme auch an, dass er weiß, dass zwei Kinokarten Gott sei Dank noch nicht 70 Euro kosten, weil sonst könnte sich das eh niemand mehr leisten.

Aber zurück zum Antrag. Ich denke mir es ist durchaus sinnvoll darüber zu diskutieren, dass man für diese Trauungssäle eine Gebühr einhebt. Eine Hochzeit ist eine sehr teure Angelegenheit und ich glaube nicht, dass es daran scheitert, ob man da jetzt 70 oder 80 Euro bezahlt. Allerdings ist für mich ein anderer Punkt maßgeblich. Also vom Inhalt her habe ich kein Problem damit. Ich habe aber sehr wohl ein Problem, dass diese Geschichte hier herinnen immer mehr einreißt, dass Dinge, die früher in einer Fraktionssitzung besprochen worden sind, in einer Fraktionsvorsitzendenkonferenz, und wir hatten doch einige in der letzten Zeit wo das möglich gewesen wäre, dass man sich einfach zusammengesetzt hat und gesagt hat, was hältst du davon, die einzelnen Fraktionen fragt, sollen wir das machen oder nicht, darüber diskutiert, durch die Diskussion nämlich einfach auch die Qualität der Meinungsbildung steigt, vielleicht auch die Folgen die möglicherweise damit entstehen usw. durchgegangen wären. Nein, was passiert? Es kommt einfach ein Antrag im Einvernehmen mit dem Bürgermeister und dann steht am Schluss, um Entscheidung des erforderlichen GR-Beschlusses im Wege des Stadtsenates wird gebeten. Es wird in keinem Ausschuss diskutiert, in keiner Fraktionsvorsitzendenkonferenz. Ich brauche ja nicht einmal eine Fraktionsvorsitzendenkonferenz. Es würde ja schon reichen, die Fraktionsvorsitzenden sehen einander doch sehr häufig, bei sehr, sehr vielen Gelegenheiten, wenn der Bürgermeister einmal hergehen würde, so zwischen Tür und Angel, und sagt, was haltet ihr davon. Dann kann man darüber nachdenken, dann kann man vielleicht auch vergleichen wie es in anderen Gemeinden aussieht. Aber es wird einfach so reingehaut. Man würde es eh am liebsten per Bürgermeisterverfügung machen. Aber es geht halt nicht, weil Tarife sind Sache des Gemeinderates. Aus dem Grund wäre ich im Prinzip dafür, dass man diesen Antrag von der Tagesordnung absetzt und zuweist dort wo er eigentlich hingehört, nämlich zum Finanz-, Rechts- und Wirtschaftsausschuss. Wenn man schon nicht die Gelegenheit nützt, das zumindest zwischen Tür und Angel zu machen, dann halt in den richtigen Ausschuss zu geben.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:
Der Antrag wird angenommen und steht zur Diskussion um Zuweisung in den Finanz-, Rechts- und Wirtschaftsausschuss. Wünscht dazu jemand das Wort? Wenn das nicht der Fall ist, dann stimmen

wir einmal über diesen Antrag ab. Wer dafür ist, für die Zuweisung in den Finanz-, Rechts- und Wirtschaftsausschuss, den ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand. 7 (1 Bürgerforum, 6 ÖVP). Wer ist dagegen? SPÖ, Grüne, FPÖ. Wer übt Stimmenthaltung? Niemand. Der Antrag ist abgelehnt.

Wir gehen wieder zum Hauptantrag zurück. Wünscht dazu noch jemand das Wort? Das ist nicht der Fall. Schlusswort bitte.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Ich glaube die Situation ist ziemlich klar und die Diskussion erübrigt sich. Wir haben doch erhebliche Kosten mit diesem Saal. Wir haben eine Miete zu bezahlen, wir haben dort Reparaturkosten, Instandhaltungskosten ect. Ich glaube, da brauchen wir nicht lange darüber diskutieren. Die Trauung sollte kostendeckend sein, so gut es geht und wenn ein bisschen was verdient wird dabei, dann ist das mit Sicherheit auch nicht schlecht. Ich bin hin und wieder einmal dabei gewesen bei einem Wirt, wenn er gerade mit den zukünftigen Eheleuten diskutiert hat oder mit deren Vätern, wenn sie diskutiert haben was z. B. ein Mahl kostet. Und wenn so ganz nebenbei der Wirt sagt und kann es das und das auch noch sein. Da hat sich der Schwiegervater nicht nein zu sagen getraut und das sind aber gleich einmal 100, 200 Euro die da verbraucht werden und da denkt sich keiner was dabei. Bei den 70 Euro die wir für einen wunderschönen, einen der schönsten Trauungssäle in Oberösterreich, wenn nicht in Österreich, ausgeben, ist das eine Ausgabe die wirklich, meiner Ansicht nach, voll vertretbar ist. Ich bitte um Abstimmung.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Danke. Wir kommen nun zur Abstimmung. Wer dafür ist, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. SPÖ, Grüne, FPÖ. Wer ist dagegen? 3 (1 Bürgerforum, 2 ÖVP). Wer übt Stimmenthaltung? 4 ÖVP. Der Antrag wurde mit Mehrheit angenommen. Danke, nächster Punkt.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Wir kommen jetzt zu Punkt 3), Geschäftsordnung des Gemeinderates der Stadt Steyr und seiner Ausschüsse. Ein Antrag, der ja bereits zum 3. Mal hier im Gemeinderat ist und der begründet ist mit einem Landesgesetz. Die Veränderungen gegenüber der letzten Geschäftsordnung sind im Antrag sehr genau erläutert. Ich möchte auch noch dazu erwähnen, dass diese Geschäftsordnung für den Gemeinderat der Stadt Steyr den vertretenen Fraktionsvorsitzenden mit Schreiben vom 7. März 2005 mit dem Ersuchen übermittelt wurde, diesen Entwurf vor Beschlussfassung einer Begutachtung zu unterziehen und allfällige Änderungen und Ergänzungsvorschläge bis spätestens 28. März 2005 dem Magistrat der Stadt Steyr zukommen zu lassen. Von diesen Ergänzungsvorschlägen haben von allen Fraktionen nur die ÖVP eine Änderung beantragt. Diese Anregung der ÖVP wurde auch eingearbeitet in das neue Stadtstatut der Statutarstädte. Sonst hat es keine Wünsche gegeben. Diese vom Land beschlossene Änderung der Statuten wurde jetzt umgearbeitet in eine Geschäftsordnung und ich bitte diesem Antrag die Zustimmung zu erteilen.

3) Präs-105/98 Geschäftsordnung des Gemeinderates der Stadt Steyr und seiner Ausschüsse (GOGR).

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der FA für öffentliche Rechtsangelegenheiten und Verfassungsdienst vom 10. Oktober 2005 wird die in der Anlage beigezeichnete Verordnung betreffend die Geschäftsordnung des Gemeinderates der Stadt Steyr und seiner Ausschüsse (GOGR) genehmigt.

Die Kundmachung dieser Verordnung hat durch zweiwöchigen Anschlag an den Amtstafeln der Stadt Steyr zu erfolgen. (Beilage).

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Zu Wort gemeldet hat sich Herr GR Eichhübl. Ich erteile es ihm.

GEMEINDERAT ROMAN EICHHÜBL:

Geschätztes Präsidium, meine sehr geehrten Damen und Herren des Gemeinderates, ich möchte vorerst auf die Berichterstattung des Herrn Bürgermeisters eingehen. Ich wiederhole mich, wenn ich sage, dass wir deswegen keine Änderungswünsche eingebracht haben, weil es ja im Grundsatz bereits einen Landtagsbeschluss gegeben hat, was die wesentlichen Punkte der Änderung der Statuten für den Gemeinderat der Stadt Steyr betrifft. Daher wäre das eine vergebliche Liebesmühe

gewesen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir haben aus Sicht der Freiheitlichen GR-Fraktion überhaupt keine

Veranlassung diesem neuerlichen Antrag, im Übrigen ist ja das der dritte Anlauf auf Änderung der Geschäftsordnung des Gemeinderates, heute die Zustimmung zu geben. Wir werden uns genauso verhalten wie bei den beiden vorangegangenen Abstimmungen und werden dagegen auftreten. Denn es hat sich ja nichts geändert. Mit Ausnahme dessen, dass es einen mehr oder weniger freundlichen Brief gegeben hat, von einem Landesbeamten, der uns, und andere Fraktionen die dagegen aufgetreten sind, mehr oder weniger auffordert, ein gewisses Stimmverhalten an den Tag zu legen. Ich halte das nicht nur für sehr eigenartig, sondern sogar für sehr bedenklich. Warum? Denn genau in dieser Geschäftsordnung, meine sehr verehrten Damen und Herren, und auch in der vorangegangenen, steht unter § 12 „Freies Mandat“, Folgendes drinnen: „Ein Gemeinderat der Stadt Steyr ist in Ausübung seines Mandates an keinen Auftrag gebunden.“ Daher halte ich das wirklich für sehr überzogen und auch bedenklich.

GEMEINDERAT GERALD HACKL:
Das Gelöbnis auch.

GEMEINDERAT ROMAN EICHHÜBL:

Das hat einen weiteren Hintergrund, meine sehr geehrten Damen und Herren, weil wir ja zur Kenntnis nehmen, dass uns vonseiten des Landes eine Statutenänderung auf das Auge gedrückt wird, die die kleinen Fraktionen massiv benachteiligt. Diese Regelung ist ja bereits seit 1. März dieses Jahres in Kraft und wir halten uns auch daran. Also kann uns niemand vorwerfen, dass wir uns nicht an Gesetze halten. Wir nehmen auch zur Kenntnis, meine sehr verehrten Damen und Herren, dass man sozusagen unter der Scheinheiligkeit hier demokratisch vorzugehen vonseiten des Landes, alle Fraktionen eingeladen hat eine Stellungnahme abzugeben bzw. ihre Wünsche aufgrund dieser geplanten Statutenänderung einzubringen. Wir nehmen aber auch zur Kenntnis, dass man diese Wünsche samt und sonders im Rundordner, im bekannten, deponiert hat. Auch die Wünsche der Mehrheitsfraktion dieses Hauses. Das darf ich auch in Erinnerung rufen. Wir haben daher, wie gesagt, keinerlei Veranlassung heute dieser Änderung der Geschäftsordnung die Zustimmung zu geben. Ich sage es nochmals sehr deutlich, wenn man schon vonseiten des Landes über die Köpfe der Gemeindemandatare in Steyr bestimmt, dann sollen diese auch gleich die Geschäftsordnung beschließen. Wir werden jedenfalls dagegen auftreten.

Beifallskundgebung verschiedener Mandatare

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:
Nächster zu Wort gemeldet ist Herr GR Schuster. Ich erteile es ihm.

GEMEINDERAT MAG. ERWIN SCHUSTER:

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, geschätztes Präsidium, geschätzte Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates. Dieser vom Kollegen Eichhübl angeschnittene Landesbeamte ist der Leiter der Abteilung Gemeinden beim Amt der OÖ Landesregierung, Hofrat Dr. Michael Gugler. Ein integrierter und hoch angesehener Jurist. Er hat in diesem Schreiben das „wir“ verwendet. Das „wir“ hat er nicht als Majestätsplural verwendet, sondern er hat gemeinsam mit LR Ackerl und LR Stockinger, die zuständig sind für die Gemeinden des Landes OÖ, geschrieben. Ich darf aus diesem Schreiben zitieren. Es ist auch schon in der Steyrer Rundschau gestanden. Ich möchte es aber auch für das Protokoll festhalten. Die drei Herren haben geschrieben: „Der Umstand, dass man allenfalls mit der Abänderung des Statutes der Stadt Steyr durch den OÖ Landtag nicht einverstanden ist, kann keine rechtliche Begründung, das Wort liegt auf rechtlich, dafür bieten, die bestehende Geschäftsordnung nicht an das Statut anzupassen. Es wird von uns erwartet, und eben nicht von Hofrat Gugler allein, sondern auch von den zuständigen Politikern, dass Sie und die Mitglieder Ihrer Fraktion bei der nächsten Sitzung der Abänderung der Geschäftsordnung Ihre Zustimmung geben.“ Danke vielmals.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:
Danke. Wünscht noch jemand das Wort? Frau GR Braunsberger.

GR Mag. Michaela Frech verlässt um 15.40 den Sitzungssaal.

GEMEINDERÄTIN DR. BIRGITTA BRAUNSBERGER-LECHNER:

Geschätztes Präsidium, sehr geehrte Damen und Herren Kollegen, werte Gäste. Also der Hinweis, dass wir uns auf das Gelöbnis erinnern sollen und dass wir die Verfassung einhalten sollen, der gefällt mir eigentlich. Denn es ist genau die Verfassung, warum wir der Geschäftsordnung nicht zustimmen. Auf was haben wir eigentlich gelobt? Ja, auf die Bundesverfassung. Aber wir haben nicht nur auf das Legalitätsprinzip, was uns vorgeworfen wird, gelobt, sondern wir haben auch auf das Recht des Volkes auf Mitwirkung in politischen Gremien gelobt, wir haben auch gelobt, dass das Grundrecht, das Recht auf das freie Wort, eingehalten wird. Und, die Statuten ermöglichen vieles nicht mehr. Im Kontrollausschuss haben kleine Fraktionen nicht mehr die Möglichkeit mitzustimmen. Wo ist da noch das Recht des Volkes auf Mitwirkung gewahrt? Wo ist das Recht auf das freie Wort gewahrt? Wo ist das Wort hier noch frei, wenn Dringlichkeitsanträge eigentlich zurückgeschmettert werden ohne dass man auf die Dringlichkeit eingeht, weil man einfach sagt, das ist nicht einmal gescheit begründet. Das ist so ähnlich wie eine Vorzensur. Ich muss schon ganz ehrlich sagen, dass die Drohung, uns unseres Amtes zu entheben, dass die Drohung den Gemeinderat aufzulösen, eigentlich eine unerhörte Aussage ist, Herr Vizebürgermeister Bremm.

GEMEINDERAT GERALD HACKL:

Das musst du aber dem Herrn Landeshauptmann sagen.

GEMEINDERÄTIN DR. BIRGITTA BRAUNSBERGER-LECHNER:

Es ist ja fast diktatorisch, wenn man so etwas vorwirft. Ich muss schon sagen, dass solche Aussagen, die getätigt werden, eigentlich derjenige sich an sein Gelöbnis erinnern sollte.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Die Gelöbnisformel steht aber im Bundes- und Landesgesetz drinnen.

Wünscht noch jemand das Wort? Das ist nicht der Fall. Ist ein Schlusswort gewünscht? Auch nicht. Wir kommen daher gleich zur Abstimmung. Wer dafür ist, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. SPÖ. Wer ist dagegen? FPÖ, ÖVP, Grüne. (GR Mag. Frech war bei der Abstimmung nicht anwesend). Haben wir jetzt die Zweidrittelmehrheit? Gut, der Antrag wurde mit Mehrheit angenommen. Danke.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Also, das was die Linzer geschafft haben, haben wir jetzt in Steyr auch geschafft. Grüß dich Michaela. Ich darf dich wieder in unserer Runde begrüßen.

GR Mag. Michaela Frech kommt um 15.45 wieder in den Sitzungssaal.

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:

Ich habe nur gerade den Moment genützt, eine politische Unklarheit zu klären mit dem Land OÖ und da gibt es unterschiedliche Auffassungen zwischen dem Land OÖ und der Magistratsabteilungen.

Ich nehme an, dass man geschaut hat, dass es keine Wortmeldung meinerseits mehr gibt, aber ich habe kein Problem damit.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Nein, nein, das haben wir nicht. Ganz im Gegenteil, wir haben noch zugewartet.

Ich komme zum Antrag Nr. 4), Ankauf einer Drehleiter mit Korb, „DLK“ genannt, für die Freiwillige Feuerwehr. Dies deshalb, weil bei bestimmten Häusern keine Rettung mehr möglich wäre. Ich bitte diesem Ankauf einer Drehleiter die Zustimmung zu geben.

4) FW-6/05 Ankauf einer Drehleiter mit Korb „DLK“ auf Fahrgestell Steyr 15 S 28 TGM für die Freiwillige Feuerwehr Steyr.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der Fachabteilung für Liegenschaftsverwaltung vom 3. 10. 2005 wird der Auftragsvergabe an den Bestbieter, Fa. Lohr-Magirus, Kainbach, zum Preis von Euro 748.382,16 inkl. USt. zugestimmt.

Zum genannten Zweck werden im Rechnungsjahr 2005 Mittel im Ausmaß von

€ 220.000,-- (zweihundertzwanzigtausend) bei der VA-Stelle 5/163000/040000 freigegeben.

In den Rechnungsjahren 2006 ist ein Betrag von Euro 220.000,-- und 2007 ein Betrag von Euro 308.382,16 in den Voranschlag aufzunehmen.

Zur Finanzierung dieser Ausgaben ist eine Darlehensaufnahme in der Höhe von Euro 167.600,-- notwendig, die hiermit grundsätzlich genehmigt wird. Über den Darlehensgeber und die Darlehenskonditionen wird, auf Basis einer vom GB für Finanzen durchzuführenden Ausschreibung, noch ein gesonderter Beschluss herbeigeführt werden.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Danke. Wünscht dazu jemand das Wort? Das ist nicht der Fall. Ist jemand dagegen?
Stimmenthaltung? Einstimmige Annahme.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Mein nächster Antrag beschäftigt sich mit dem Umbau bzw. der Aufrüstung der bestehenden Telefonanlage auf ein neueres, moderneres Telefonkommunikationssystem. Ich bitte auch diesem Antrag die Zustimmung zu erteilen.

5) GHJ1-7/05 Umbau bzw. Aufrüstung der bestehenden Telefonanlage auf ein neueres, moderneres Telefonkommunikationssystem.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des vorstehenden Amtsberichtes der Fachabteilung für Zentralverwaltung wird dem Abschluss eines Mietvertrages für den Umbau bzw. Aufrüstung der bestehenden Telefonanlage auf ein neueres, modernes Telefonkommunikationssystem HiPath 4000 mit der Fa. Siemens AG Österreich, NL Linz, 4020 Linz, Wolfgang-Pauli-Straße 2, entsprechend dem im Anhang beigegebenen Vertragsentwurf zugestimmt.

Weiters wird die Freigabe der erforderlichen Mittel für die Montagekosten bzw. Vertragsgebühren in Höhe von € 12.300,00 bei der VA-Stelle 1/012000/042000 bewilligt.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Danke. Wünscht dazu jemand das Wort? Das ist nicht der Fall. Ist jemand dagegen?
Stimmenthaltung? Einstimmige Annahme.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Bei meinem nächsten Antrag geht es um die Gründung einer OÖ Landesholding GmbH, Einbringung der Beteiligung der FH OÖ Management GmbH, OÖ Technologie- und Marketinggesellschaft mbH. Wie Sie ja vielleicht aus den Zeitungen wissen, wird eine Landesholding gegründet. Dazu ist es notwendig, dass diese Gesellschaften in diese Landesholding eingebracht werden. Ich bitte diesem Antrag die Zustimmung zu geben.

6) Ges-33/02 Gründung der OÖ. Landesholding GmbH; Einbringung der Beteiligten FH OÖ. Management GmbH, OÖ. Technologie- und Marketinggesellschaft mbH.

Antrag
des Stadtsenates an den Gemeinderat

Aufgrund des Amtsberichtes der Fachabteilung für öffentliche Rechtsangelegenheiten und Verfassungsdienst vom 19. September 2005 wird dem formellen Gesellschaftswechsel vom Land Oberösterreich zur OÖ Landesholding GmbH in der FH OÖ Management GmbH und der Oberösterreichischen Technologie- und Marketinggesellschaft m.b.H., deren Gesellschafterin u.a. die Stadt Steyr ist, zugestimmt.

Zu diesem Zweck hat die Stadt Steyr gemeinsam mit dem Land Oberösterreich, den Fachhochschul-Standortgemeinden Linz, Wels und Hagenberg die in der Beilage angeschlossenen Gesellschafterbeschlüsse, sowie die Zusatzvereinbarung zur jeweiligen Syndikatsvereinbarung abzuschließen, womit die bereits beschlossenen Syndikatsverträge abgeändert werden.

Wegen Dringlichkeit wird der Magistrat gem. § 47 Abs. 5 StS 1992 zum sofortigen Vollzug ermächtigt.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Wünscht dazu jemand das Wort? Das ist nicht der Fall. Ist jemand dagegen? Stimmenthaltung? Auch hier einstimmige Annahme.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Ich komme zu meinem letzten Punkt und da geht es um einen Antrag der Freiheitlichen GR-Fraktion. Es geht um die Einführung neuer Energieformen. Die Freiheitliche GR-Fraktion möchte aufgrund der gestiegenen Rohölpreise entsprechende energiesparende Techniken hier in Steyr einführen und hat dazu einen Antrag gestellt. Ich bitte diesen Antrag zu diskutieren.

7) Präs-743/05 Antrag der Freiheitlichen GR-Fraktion betreffend Versorgung stadteigener Objekte mit Alternativenergie; Versorgung der städt. Busse mit Wasserstoff-Technologie und Aufbau einer Infrastruktur zur Wasserstoffbetankung von Fahrzeugen.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Stadteigene Objekte, wie z. B. das Verwaltungs- und Ausstellungsgebäude „Reithoffer“ werden (nach den derz. Möglichkeiten) mit Alternativenergie versorgt.

Die Stadtwerke werden beauftragt (wie in Stuttgart) die Stadtbusse künftig mit Wasserstoff-Technologie zu betreiben, sowie mit der sich in Entstehung befindlichen Initiative „Hy up Austria“ (Wasserstoffcluster) zu kooperieren und am Aufbau einer Infrastruktur zur Wasserstoffbetankung von Fahrzeugen mitzuwirken.

Weiters sollen die Stadtwerke – als traditioneller Energieversorger – über die mögliche regenerative eigene Energieproduktion, wie z. B. durch Biogasanlagen, raschest Konzepte ausarbeiten.

Die Umsetzung von Energieversorgungskonzepten durch die Stadtwerke, sollen einer weiteren Beschlussfassung durch den Gemeinderat vorbehalten sein.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Danke. Wer wünscht dazu das Wort? Herr GR Zöttl.

GEMEINDERAT MAG. HELMUT ZÖTTL:

Sehr geehrte Damen und Herren, sehr geehrtes Präsidium. Für uns Freiheitliche ist die zukünftige Energieversorgung von Steyr ein zentrales Thema. Wie wir in der Vergangenheit gesehen haben, wie es der Herr Bürgermeister schon angesprochen hat, sind die, durch die Verknappung der Ressourcen, die Verteuerung der fossilen Brennstoffe usw. gestiegen. Steyr hat eigentlich noch keine Schritte gesetzt, um für alternative Versorgungen zu sorgen. Andere Gemeinde, Umlandgemeinden von Steyr, haben bereits da die Initiative ergriffen und dementsprechend agiert. Experten sehen die Zukunft der Energiegewinnung darin, dass es einen Mix aus verschiedenen Energien geben wird. Das ist Wasserkraft, Windenergie, Solarenergie und Biomasse. Das zukünftige Speichermedium wird Wasserstoff sein und das vor allem im mobilen Bereich. Ein erster Schritt wird aber darüber ergehen, dass wir zum Biogas wechseln bzw. auch verschiedene Möglichkeiten der Energieabhängigkeit uns herausuchen. Bei uns in Steyr wären Möglichkeiten mit Klärgas, Biogas aus Vergasungsanlagen, die auch schon in verschiedenen Vorträgen vorgestellt worden sind, zu nützen. Ebenso hätten wir in Steyr die glückliche Lage, dass wir Wasserkraftwerke einsetzen könnten, so wie das im Wehrgraben leider abgeteilt worden ist und das hätte natürlich für Steyr und die Region viele Vorteile. Einige davon wären: keine Umweltverschmutzung, weniger Energieimport und gleichzeitige Wertschöpfung in der Region was wiederum die Kaufkraft stärken würde. Gleichzeitig würden auch dadurch Arbeitsplätze geschaffen und möglicherweise könnten sich dadurch Betriebe ansiedeln und dieses Know-how nützen und auch weiterhin oder zusätzlich noch Arbeitsplätze schaffen. Mir wäre es wichtig, eine Unabhängigkeit und eine Preisstabilität im Thema Energie bzw. Energielieferung sicherzustellen. Ich würde das Ganze als Vorsorge und Investition in die Zukunft sehen, damit nächste Generationen dieselben Möglichkeiten auch finden, so wie wir sie auch gefunden haben. Danke.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Danke. Als Nächster zu Wort gemeldet hat sich GR Apfelthaler.

GEMEINDERAT KURT APFELTHALER:

Wertes Präsidium, meine Damen und Herren im Gemeinderat. Selten, dass einem ein Antrag so viel

Freude bereitet. Man muss auch ein bisschen darüber reden, wie das Ganze entstanden ist. Ich habe die Ehre gehabt, dass ich vor 1 ½ Jahren einen Arbeitskreis, „Steyr 2010“ war das, angehören durfte, der sich genau eben mit diesem Thema beschäftigt hat. Nur leider ist er dann sozusagen, und das war damals die Biogasanlage im PIK, im Stadtgut, genau mit diesem Thema haben wir uns damals beschäftigt. Da wäre auch inkludiert gewesen eine Wasserstofftankstelle für mögliche Betreiber dann, im Sinne dieses Antrages, auch für die Stadtbusse. Ich kann dem Antrag nur zustimmen. Ein Vokabular, das es bei uns nicht gibt, ist der Name Initiativantrag. Es trifft ja auf diesen Antrag insofern zu, dass auch, obwohl wir natürlich wissen, insgeheim, dass das nicht von heute auf morgen geht, das ist mir schon ganz klar, aber die Initiative aufrecht zu erhalten im Umweltbereich etwas weiter zu bringen, das ist alleine schon lobenswert. Ob wir die Busse in einem überschaubaren Zeitraum umrüsten können, denke ich mir, über das sollten wir uns nähere Gedanken machen, auch in den einzelnen Ausschüssen. Das kann mir nur recht sein. Denn immer wieder hinweisen auf dieses Thema finde ich auch wertvoll. Obwohl mich damals eine leichte Depression ereilt hat, wie es geheißen hat, na ja, in unserer Biogasanlage da sind die Förderungen nicht so groß, dass es sich in einen bestimmten Zeitraum rechnet. Man hat sich damals einfach mehr Geld von der Stadt erwartet. Und möglicherweise ist so ein Antrag auch wiederum ein Impuls in die richtige Richtung zu denken. Danke.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Wünscht noch jemand das Wort?

Herr GR Hack bitte.

GEMEINDERAT ING. WOLFGANG HACK:

Geschätztes Präsidium, Werte Kolleginnen und Kollegen. Ja, wir sind natürlich auch für die Verwendung und für die Einrichtung von Alternativenergie. Ich möchte aber daran erinnern, als die Stadthalle gebaut wurde, dass wir schon damals den Antrag gestellt haben, diese mit Alternativenergie auszustatten – Solarenergie oder Ähnliches. Das wurde damals von der Mehrheitsfraktion abgelehnt. Jetzt haben wir wieder einen Antrag, den wir sicher unterstützen können und es wäre wirklich wichtig, dass die Stadt Steyr gerade als Vorbild vorangeht und bei öffentlichen Gebäuden das bitte in Zukunft einbaut. Danke.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Wünscht noch jemand das Wort? Frau Mag. Frech.

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:

Geschätztes Präsidium, Werte Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates, Werte Gäste. Ich kann mich erinnern, es hat einmal auf Vorschlag der Opposition in diesem Haus das Thema Energiecontracting gegeben und es hat einmal geheißen, es wird dazu auch ein Arbeitskreis installiert, der sämtliche Möglichkeiten prüft, in diesem Bereich tätig zu sein, auch in Richtung Alternativenergien usw. gerade in Zeiten steigender Energiepreise und knapper werdender Budgets der Stadt. Allerdings ist der sanft entschlafen, einschlummert. Mich würde in diesem Zusammenhang interessieren, was ist tatsächlich geschehen in den letzten Jahren zum Thema Energiecontracting. Hat es diesen Arbeitskreis überhaupt gegeben? Ist da was passiert? Gibt es da überhaupt einen Verantwortlichen zu diesem Themenbereich? Ich würde Sie um Aufklärung bitten.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Danke. Wünscht noch jemand das Wort? Herr Vzbgm. Bremm bitte.

VIZEBÜRGERMEISTER GERHARD BREMM:

Meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen, nicht dass ich jetzt das letzte Wort haben möchte, aber ich werde dann einen Antrag zur Geschäftsordnung stellen und dann wäre keine Diskussion mehr möglich gewesen, darum ersuche ich um Verständnis, dass ich jetzt gewartet habe. Ich glaube, dass das Thema schon ein sehr interessantes und wichtiges Thema ist, weil man sich intensiv auseinandersetzen soll und wir wahrscheinlich auch gezwungen werden uns in Zukunft noch intensiver damit auseinander zu setzen. Gerade die Entwicklung am Energiesektor in den letzten Jahren wird aus wirtschaftlichen Überlegungen die Debatte interessanter werden lassen, weil in der Vergangenheit ist es immer so gewesen, dass halt alternative Energie meistens mit den herkömmlichen Energiequellen wirtschaftlich nicht mithalten konnte, wenn wir uns an die Solartechnologie und an verschiedene andere erinnern. Das wird unter einem anderen Gesichtspunkt zu sehen sein.

Wir haben uns als Stadt ja mit dem Thema Energiesparen, Energiecontracting schon beschäftigt. Wir

haben einen Arbeitskreis gehabt, aber nicht aus dem Titel heraus wie es so schön heißt, „wenn ich nicht mehr weiter weiß, bilde ich einen Arbeitskreis“, das ist nicht der Fall gewesen, sondern weil uns das Thema ein Anliegen gewesen ist. Unter der Leitung vom Herrn Finanzdirektor Mag. Lemmerer und Gergelyfi sind hier in unseren Objekten etliche Untersuchungen vorgenommen worden. Es ist eine Energiebuchhaltung aufgelegt worden, damit man auch Fakten und Daten hat und damit man auch sieht, wie sich der Energieverbrauch in unseren Häusern entwickelt. Aufgrund dieser Aktivitäten hat es auch hausintern Veränderungen und Sanierungen udgl. gegeben. Z. B. wie festgestellt worden ist, dass ja im Rathaus die Heizkörper und die Heizanlage erneuert worden ist, so wie in anderen Bereichen, das ist nicht, weil es gusseiserne Heizkörper waren, alte, sondern weil man halt weiß, dass die alten wesentlich mehr Energiebedarf gehabt haben. Also, es hat schon konkrete Ergebnisse und Maßnahmen dazu gegeben. Ich werde da die Gelegenheit nützen, das wieder einmal auflisten zu lassen, damit man das in einem geeigneten Rahmen, im Rahmen der Umweltausschusssitzung präsentiert. Was war denn da konkret der Fall? Ich habe jetzt nur die Heizung und die Isolierungen in den Schulen, die haben wir ja auch beschlossen, und das ist auch ein Ergebnis davon, dass wir zusätzliches Budget für die Schulen beschlossen haben, um Wärmedämmungen vorzunehmen, Isolierungen vorzunehmen, um eben im Energiebereich zu sparen. Aber es wird natürlich das kein Ende sein. Zum konkreten Antrag vom Kollegen Eichhübl, über das glaube ich sollten wir diskutieren. Wir haben auch, und es ist ein bisschen überraschend, aber der Antrag ist da, wir haben ja im Umweltausschuss, wo du ja der Vorsitzende bist, festgelegt, dass in der nächsten Umweltausschusssitzung der Kollege Ortner vom TIC kommen wird und einen Vortrag über neue Möglichkeiten Energie halten wird. Da hat sich ja auch das TIC mit einem Projekt beschäftigt und da werden wir uns damit auseinander setzen. Es wäre aber heute glaube ich verfrüht, wenn wir diesen Antrag beschließen und sagen, so muss das sein. Daher stelle ich zur Geschäftsordnung den Antrag, dass wir diesen Antrag in Ausschüsse zuweisen. Ausschüsse deswegen, weil wir glauben dass er geteilt gehört, dass jener Bereich, der sich da z. B. auch mit dem Reithofferwerk beschäftigt und Investitionen in Gebäuden, erneuerbare Energie in Gebäuden, dass dieser Teil dem Bauausschuss zugewiesen werden soll und der andere Teil, der sich mit den Bussen beschäftigt, welche Möglichkeiten es in Zukunft mit den Bussen gibt, welche Energie hier angewendet werden kann, ob Wasserstofftechnologie heute schon so weit ist, dass dieser Teil des Antrages in den Verwaltungsausschuss der Stadtwerke zugewiesen werden soll. Diese beiden Ausschüsse sollen sich dann vielleicht koordinierend, gemeinsam mit dem Umweltausschuss, dass dort die Diskussionen stattfinden und versucht wird, Lösungen für das Problem Energie erarbeitet werden soll. Also, ich stelle hiermit diesen Antrag.

VICEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Danke. Es gibt einen Antrag zur Geschäftsordnung. Jede Fraktion hat eine Wortmeldung. Wünscht dazu jemand das Wort? Gemeinderat Eichhübl.

GEMEINDERAT ROMAN EICHHÜBL:

Nachdem dies ein Geschäftsordnungsantrag ist und jede Fraktion eine Wortmeldung hat, muss ich direkt aufpassen, was ich jetzt zum Besten gebe, meine Damen und Herren des Gemeinderates, geschätztes Präsidium, aber ich kann Sie beruhigen, ich werde sehr kurz sein, weil das Wesentliche hat ja bereits mein Kollege Zöttl zum Ausdruck gebracht, was den Inhalt und den Grund dieses Antrages betrifft. Ich halte also fest, dass ein Antrag zur Geschäftsordnung vorliegt, vom Kollegen Bremm, der sinngemäß so lautet, dass man diesen Antrag aufteilt und entsprechend zuordnet, in Ausschüssen dann behandelt. Ich möchte dazu eines sagen, dass, obwohl sich die Mehrheit des Gemeinderates offensichtlich nicht zu einer Art Grundsatzbeschluss einigen kann, oder dem zustimmen kann, haben wir zumindest eines erreicht mit unserem Antrag, dass wir, wie ich hoffe, in Kürze in den Ausschüssen darüber diskutieren können und dass wir so eine Art Dornröschenschlaf durchbrochen haben, der tatsächlich im Bezug auf das Einsetzen von Alternativenenergien hier in Steyr herrscht. Es ist alles recht und schön, was der Kollege Bremm gesagt hat, dass man in allen möglichen Bereichen versucht hat Energie einzusparen, das ist in Ordnung, das kann ich nur unterstreichen, aber das ist eigentlich nicht Sinn und Inhalt dieses Antrages. Uns geht es um den Einsatz von Alternativenenergien und nicht nur um Einsparungsmaßnahmen, selbstverständlich auch, aber um den Einsatz von Alternativenenergien.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Auch wenn die Kosten höher sind?

GEMEINDERAT ROMAN EICHHÜBL:

Herr Bürgermeister, das ist natürlich jetzt die Frage. Es gibt sicherlich Bereiche, das wissen wir alle,

speziell wir, wo wir von der Technik kommen, wo man weiß, dass man noch in den Kinderschuhen steckt. Man weiß auch, was z. B. den Einsatz von Wasserstoff betrifft, dass zwar schon in einigen Bereichen dieser eingesetzt wird, ich erinnere, in Stuttgart gibt es anscheinend 150 Autobusse was das betanken betrifft. Dass das für den normalen Gebrauch noch Schwierigkeiten bereiten wird, das wissen wir, aber trotzdem sollten man den ersten Schritt setzen, sollte wirklich bemüht sein Alternativen einzusetzen, denn in den Umlandgemeinden, man braucht nur nach Behamberg schauen, gibt es bereits die zweite Biogasanlage. Gerade die Stadtwerke als Anbieter könnte Alternativen in den Bereich auch anbieten. Wir wissen, und wir kommen noch darauf, dass es im Bereich Gaswerk und Betriebsverbund Gas und Verkehr besondere Schwierigkeiten auch in Zukunft geben wird und daher wäre das auch eine neue Möglichkeit, ein neues Geschäftsfeld zu erschließen.

Mein sehr geehrten Damen und Herren, wir freuen uns, dass uns zumindest eines gelungen ist, dass der Gemeinderat, wie gesagt, nicht bereit ist einen Grundsatzbeschluss zu treffen, nehmen wir zur Kenntnis, aber bereit ist, dass man in den Ausschüssen entsprechend darüber diskutiert. Wir hoffen, dass über kurz oder lang dann tatsächlich der Einsatz, dort und da von Alternativen in Steyr, sowie anderen Gemeinden erfolgt. Ich möchte zum Abschluss nur noch eines sagen, weil ich das erst vor ein paar Tagen im Teletext gelesen habe, die Stadt Güssing im Burgenland ist mit dem Umweltoscar ausgezeichnet worden, weil sie auf allen Ebenen ihre Energie aus alternativen Energieträgern abdeckt und erstaunlicherweise, Herr Bürgermeister, eine Kostenreduktion dann von 50 % erzielt.

Beifallskundgebung verschiedener Mandatäre

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:
Wünscht noch jemand das Wort? Frau Mag. Frech.

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:

Geschätztes Präsidium, werte Kolleginnen und Kollegen, werte Gäste. Ich sehe diesen Antrag im Prinzip auch als einen Grundsatzbeschluss. Ich würde dem Kollegen Bremm Recht geben in Zuweisung zum Ausschuss und genauere Behandlung oder Zuweisung zu den Ausschüssen. Nur wenn man sich den wirklich genau durchliest, dann geht es eigentlich nur um ein Grundsatzbekenntnis dazu, alternative Energien in der Stadt verstärkt zu verwenden und um keine konkreten Maßnahmen wie das tatsächlich aussieht. Also, mir hätte es besser gefallen, daraus einen Grundsatzbeschluss zu machen. Ich fürchte eines, diese Zuweisung zu den Ausschüssen, vor allem wenn es dann gesplittet wird, kann ich mich in der Vergangenheit erinnern, dass dann manche Dinge versanden bzw. es dann immer heißt, dieses Thema haben wir ja bereits im Ausschuss so und so behandelt oder das wird im Ausschuss so und so behandelt, und behandelt wird es dann nirgendwo. Es zeigt es ja auch ganz deutlich, wie ich zuerst die Frage in den Raum gestellt habe, was ist aus diesem Arbeitskreis Energiecontracting geworden. Da schüttelt der Bürgermeister so den Kopf, als hätte er davon noch nie gehört und der Kollege Bremm erklärt mir gerade, da war eine rege Arbeitsgruppe und da gibt es irrsinnig viel, was passiert. Interessanterweise, wenn da so viel passiert ist, ich hoffe es, ich wünsche es mir, dann wird es dazu doch sicherlich einen Bericht geben. Dann frage ich mich, warum hat es diesen Bericht nicht schon lange im Umweltausschuss gegeben? Weil inzwischen sind ja einige Jahre vergangen und man hätte im Umweltausschuss schon einmal wirklich ganz konkret diese Maßnahmen treffen können.

VIZEBÜRGERMEISTER GERHARD BREMM:
Einen Zwischenruf gestattest du mir bitte.

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:
Ich gestatte dir alle Zwischenrufe der Welt.

Gelächter

VIZEBÜRGERMEISTER GERHARD BREMM:

Energiecontracting war über mehrere Ausschüsse, im Umweltausschuss, ein Thema und der Kollege Gergelyfi hat da immer darüber berichtet.

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:

Ja eben, aber es ist nicht fix weiter gegangen. Genau das ist der Punkt. Berichtet, berichtet, berichtet.

Wir produzieren Papier, Papier, Papier. Es sind manche Dinge vielleicht umgesetzt worden, aber wirklich so, dass man sagt ein Maßnahmenpaket mit Prioritäten versetzt, das hat es nicht gegeben. Ich wünsche mir eines, dass das tatsächlich passiert. Ich würde auch diesen Antrag ein bisschen ergänzen, dass es dazu auch eine Deadline gibt zu der ein Bericht vorliegen muss, welche Maßnahmen jetzt in welchem Ausschuss diskutiert worden sind, was umgesetzt wird, was finanziert wird. Und zwar mit einem Enddatum versehen, beispielsweise bis Ende des nächsten Jahres.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:
Gerhard bitte.

VIZEBÜRGERMEISTER GERHARD BREMM:
Ich möchte da nur dazu sagen, warum ich den Antrag auf Zuweisung gestellt habe und nicht den Grundsatzbeschluss. Es steht nämlich schon dezidiert in diesem Antrag herinnen. Wenn wir den so beschlossen hätte und würden, dann wäre es zu machen. „Die Stadtwerke werden beauftragt, die Stadtbusse künftig mit Wasserstofftechnologie zu betreiben.“ Also, das wäre ein konkreter Auftrag. Wenn wir das heute so beschließen, wir können noch gar nicht sagen ...

GEMEINDERAT ROMAN EICHHÜBL:
Gestatten Sie mir einen Zwischenruf. Sie müssen den letzten Satz lesen.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Na trotzdem. Das steht konkret so drinnen. Der Satz ist verpflichtend und darum können wir das nicht so machen.

VIZEBÜRGERMEISTER GERHARD BREMM:
Wenn wir heute die Stadtwerke beauftragen die Autobusse in Zukunft mit Wasserstoff zu betreiben, dann haben sie die Busse so zu betreiben. Dann kann ich nicht im letzten Absatz hineinschreiben, aber der Gemeinderat muss dann zustimmen. Dann muss er es eh tun, wenn wir es beschließen er muss das tun. Dann hätten wir das korrigieren müssen. Ich glaube, dass es sinnvoll ist, dass wir es in den Ausschüssen behandeln. Ich bin da auch bei der Kollegin Frech, dass wir uns da einen zeitlichen Rahmen vorgeben sollten, bis Jahresende 2006, dass zumindest von beiden Ausschüssen ein Bericht sein muss, was ist da herausgekommen, was ist da möglich und was ist da umsetzbar. Das wird dann eh in den Gremien zu beschließen sein.

GR Engelbert Lengauer verlässt um 16.05 Uhr die Sitzung.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:
Danke. Somit stimmen wir über den Antrag zur Geschäftsordnung ab. Zuweisung in den Umweltausschuss, Verwaltungsausschuss, Stadtwerke, Bauausschuss, Koordination mit dem Umweltausschuss, Zeitpunkt Ende 2006. Wer dafür ist, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. Ist jemand dagegen? Übt jemand Stimmenthaltung? Einstimmige Annahme.

Ich danke dem Bürgermeister, er ist mit seiner Berichterstattung fertig. Ich würde vorschlagen, dass wir jetzt eine ¼ Stunde Pause machen.

PAUSE VON 16.10 UHR bis 16.44 UHR

GR Walter Gabath und GR DI Christian Altmann verlassen um 16.44 Uhr die Sitzung.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir setzen unsere GR-Sitzung fort. Nächster Berichterstatter ist der Herr Vizebürgermeister Gerhard Bremm.

BE: VIZEBÜRGERMEISTER GERHARD BREMM:
Meine sehr verehrten Damen und Herren, in meinem ersten Antrag geht es um die Neueindeckung Museum, ennskaiseitig. Ich ersuche diesem Antrag die Zustimmung zu geben.

8) GHJ2-58/05 Neueindeckung Museum ennskaiseitig.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der FA für Liegenschaftsverwaltung vom 22. 09. 2005 wird der Auftragsvergabe zur Neueindeckung des Museums, einseitig, an die

Fa. Faatz, Steyr – Dachdecker- und Spenglerarbeiten

zugestimmt.

Es wird daher um Genehmigung einer Kreditübertragung im Betrag von

€ 6.000,00 inkl. USt. von der VA-Stelle 5/320000/010100 (Musikschule)
auf die VA-Stelle 5/360000/010000 (Museum – Instandhaltung von Gebäuden)

und um eine Mittelfreigabe von insgesamt

€ 42.000,00 inkl. USt. bei der VA-Stelle 5/360000/010000 (Museum – Instandhaltung von Gebäuden)

zugestimmt.

Zur Finanzierung dieser Ausgaben ist eine Darlehensaufnahme in Höhe von Euro 36.000,00 inkl. USt. notwendig, die hiermit grundsätzlich genehmigt wird. Über den Darlehensgeber und die Darlehenskonstruktion wird, auf Basis einer vom Geschäftsbereich für Finanzen durchzuführenden Ausschreibung, noch ein gesonderter Beschluss herbeigeführt werden.

Wegen Dringlichkeit wird der Magistrat gemäß § 47 Abs. 5 StS 1992 zum sofortigen Vollzug dieses Beschlusses ermächtigt.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Gibt es dazu eine Wortmeldung? Das ist nicht der Fall. Gibt es Gegenstimmen? Stimmenthaltungen? Einstimmige Annahme. Danke, nächster Punkt.

VIZEBÜRGERMEISTER GERHARD BREMM:

Im nächsten Punkt geht es um die Turmdacheindeckung Gärtnerei, im Schlosspark. Hier sind auch Erneuerungen notwendig. Im Amtsbericht ist das genau erläutert. Ich ersuche auch diesem Antrag die Zustimmung zu geben.

9) GHJ2-72/05 Turmdacheindeckung erneuern – Gärtnerei Schlosspark.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der FA für Liegenschaftsverwaltung vom 22. 09. 2005 wird der Auftragsvergabe zur Herstellung einer Neueindeckung des Turmes in der Stadtgärtnerei an die

Fa. Faatz, Steyr – Dachdecker

zugestimmt.

Es wird daher um Genehmigung einer Kreditübertragung im Betrag von

€ 9.000,-- inkl. USt. von der VA-Stelle 5/320000/010100 (Musikschule)
auf die VA-Stelle 5/860000/010000 (Stadtgärtnerei – Instandhaltung von Gebäuden)

und um Mittelfreigabe von € 9.000,-- inkl. USt. bei der VA-Stelle 5/860000/010000 (Volkshochschule – Instandhaltung von Gebäuden)

zugestimmt.

Wegen Dringlichkeit wird der Magistrat gem. § 47 Abs. 5 StS 1992 zum sofortigen Vollzug dieses Beschlusses ermächtigt.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Gibt es zur Turmdacheindeckung eine Wortmeldung? Das ist nicht der Fall. Gibt es Gegenstimmen? Stimmenthaltungen? Einstimmige Annahme. Danke, nächster Punkt.

VIZEBÜRGERMEISTER GERHARD BREMM:

Im nächsten Punkt geht es um die Verleihung von Sportehrenzeichen für Funktionäre und für Sportlerinnen und Sportler. Es sind eine Reihe wieder vorgeschlagen. Im Stadtsportausschuss wurde darüber beraten. Es wurde auch genau angeschaut, ob die Voraussetzungen entsprechend unseren Richtlinien gegeben sind. Es ist dies bei allen angeführten Funktionärinnen, Funktionären und Sportlern der Fall. Ich ersuche diesem Antrag die Zustimmung zu geben.

10) Sport-8/05 Sportehrenzeichenverleihung 2005

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der Fachabteilung für Schule und Sport vom 24. Oktober 2005 wird folgenden Personen, die durch hervorragende Leistungen im sportlichen Wettkampf das Ansehen der Stadt Steyr erhöht bzw. auf dem Sportsektor Außerordentliches geleistet oder sich Verdienste erworben haben, als Anerkennung das „Sportehrenzeichen der Stadt Steyr“ verliehen.

SPORTEHRENZEICHEN FÜR FUNKTIONÄRE IN GOLD:

Gemäß III B/1. und 2. der Richtlinien kommen für die Verleihung des Sportehrenzeichens der Stadt Steyr Frauen und Männer in Frage, die während einer 25jährigen ehrenamtlichen Tätigkeit ohne Unterbrechung in anerkannten Steyrer Sportvereinen oder -verbänden Außerordentliches für den Sport geleistet, das 50. Lebensjahr erreicht und in den letzten zehn Jahren eine oder mehrere maßgebliche Funktionen im Verein ehrenamtlich ausgeübt haben.

1. Gundi Albrecht, Jg. 1955 – Österr. Turn- und Sportunion Steyr
seit 1971 bis dato Trainerin (Diplompädagogin) in der Sektion „Damengymnastik“

2. Hedwig Seidl, Jg. 1939 – Österr. Turn- und Sportunion Steyr
seit 1972 bis dato Sektionsleiterin der Sektion „Damengymnastik“

3. Dir. Helmut Novak, Jg. 1939 – Kultur und Sportgemeinschaft GFM Steyr
seit 1980 bis dato Präsident der Kultur und Sportgemeinschaft GFM Steyr

4. Heinrich Felbauer, Jg. 1940 – Heeressportverein Steyr
seit 1978 bis dato Sektionsleiter Orientierungslauf

5. Wolfgang Gross, Jg. 1939 – Heeressportverein Steyr
1971 bis 1979 Schriftführer
1979 bis 1994 Geschäftsführender Obmann (Vorsitzender)
1994 bis dato Obmann (Vorsitzender)
seit 2004 bis dato Kassier

6. Erich Mayrhofer, Jg. 1935 – Schiklub Steyr Raiffeisen
seit 1979 bis dato Obmann
Vorstandsmitglied im LSV OÖ seit 1993

7. Mag. Günther Spruzina, Jg. 1952 – ATSV Eckelt Glas Steyr Tennis
seit 1980 bis dato Trainer
seit 1990 bis dato Jugendwart
von 1987 bis 1997 OÖTV-Regionstrainer
seit 1991 bis dato OÖTV-Ausbildungsleiter der Übungsleiterausbildung

SPORTEHRENZEICHEN FÜR SPORTLER IN GOLD:

Gemäß III A/1 der Richtlinien wird das Sportehrenzeichen der Stadt Steyr an Sportler in goldener Ausführung für die erfolgreiche Teilnahme an herausragenden sportlichen Ereignissen (Teilnahme an olympischen Spielen, Welt- und Europameisterschaften), für die fünfmalige Erringung eines österreichischen Staatsmeistertitels in einem Einzelbewerb, für außergewöhnliche sportliche Leistungen auf alpinistischen Gebiet, für die Erringung eines österreichischen Staatsmeistertitels in einem Mannschaftsbewerb, sofern dieser nicht auch als Einzelbewerb ausgeschrieben ist und für

aktive Mitglieder einer Mannschaft, die maßgeblich Anteil daran haben, dass die Mannschaft der höchsten Spielklasse Österreichs angehört, verliehen.

1. Günter Briedl, Jg. 1975 – Sportverein Forelle Teefix Steyr Kanu
10-facher Kanu Flachwasser Staatsmeister (5 x über 1000m – 2001, 2002, 2003, 2004, 2005, 4 x über 500m – 2002, 2003, 2004, 2005, 1x über 200m – 2005)
Staatsmeister Wildwasserregatta Kanu-Einzel 2001
Staatsmeister Wildwasser Kanu Sprint 2005
5-facher Mannschafts-Staatsmeister in der Wildwasserregatta 1994, 1995, 1996, 2001, 2003
8-fache Teilnahme an Weltmeisterschaften, 3mal Flachwasser und 5mal Wildwasser
6-fache Teilnahme an Europameisterschaften, 2mal Flachwasser, 4mal Wildwasser
Bereits über 50 Weltcuprennen, Mehrfacher Stadt- und Landesmeister

2. Helmut Oblinger Jg. 1973 - Sportverein Forelle Teefix Steyr Kanu
15-facher Staatsmeister im Kanu Slalom Wildwasser
3-facher Olympiateilnehmer – 1996 – Vorlauf
2000 – 4. Platz
2004 – 13. Platz
Weltmeisterschaften – 2003 – 3. Platz
2005 – 4. Platz Einzel
5. Platz mit Mannschaft
Europameisterschaften – 1996 – 3. Platz
2002 – 2. Platz – Vize-Europameister!
2005 – 1. Platz – Europameister !
37 x Top Ten-Plätze im Weltcup
Dzt. 1. Platz in der Weltrangliste !!

3. Violetta Oblinger Peters Jg. 1977 - Sportverein Forelle Teefix Steyr Kanu
10-fache Staatsmeisterin im Kanu Slalom Wildwasser
2-fache Olympiateilnehmerin – 2000 – 10. Platz
2004 – 12. Platz
4-fache Weltmeisterschaftsteilnehmerin – 2005 – 3. Platz mit Mannschaft
Europameisterschaften – 2003 – 4. Platz Einzel
1. Platz mit Mannschaft
2005 - 3. Platz mit Mannschaft
20 x Top Ten-Plätze im Weltcup

SPORTEHRENZEICHEN FÜR SPORTLER IN BRONZE:

Gemäß III A/3. der Richtlinien wird das Sportehrenzeichen der Stadt Steyr an Sportler in bronzener Ausführung für die Erringung eines österreichischen Staatsmeistertitels in einem Einzel- oder Mannschaftsbewerb, für die dreimalige Erringung eines Landesmeistertitels in einem Einzel- oder Mannschaftsbewerb sowie für die fünfmalige Erringung eines Stadtmeistertitels in einem Einzel- oder Mannschaftsbewerb verliehen.

1. Christian Essl, Jg. 1965 – SV Forelle Steyr Stocksport
7facher-Stadtmeister im Stocksport
- auf Asphalt 1993, 1994, 1996, 2005
- am Eis 2001, 2004, 2005

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Gibt es dazu eine Wortmeldung? Das ist auch nicht der Fall. Gibt es Gegenstimmen?
Stimmenthaltungen? Auch nicht. Einstimmige Annahme.

Ich danke dem Berichterstatter. Nächster Berichterstatter ist Vizebürgermeister Dietmar Spanring.

BE: VIZEBÜRGERMEISTER ING. DIETMAR SPANRING:

Wertes Präsidium, meine Damen und Herren des Gemeinderates, in meinem ersten Antrag geht es um die Änderung der Gehaltszulagen- und Nebengebührenverordnung 2002 für diplomiertes Pflegepersonal. Bis dato wurde diese Regelung nur bei jenen Kolleginnen und Kollegen angewendet, die sich im alten Besoldungsschema befinden. Im Hinblick auf die Gleichstellung und die gleiche Art der Tätigkeit wird beantragt, dass analog zum oben angeführten GR-Beschluss vom 17. 12. 1991

diese Zulage auch für jene diplomierten Kolleginnen und Kollegen wirksam wird, die sich im neuen Besoldungsschema befinden. Es wird daher vorgeschlagen, den Absatz 7 des § 9 Gehaltszulagen- und Nebengebührenverordnung entsprechend des vorliegenden Amtsberichtes neu zu formulieren. Ich ersuche von der Verlesung Abstand zu nehmen aufgrund meiner ausgezeichneten Stimmlage im Moment und ich ersuche um Beschlussfassung.

11) Präs-545/05 Änderung der Gehaltszulagen- und Nebengebührenverordnung 2002.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der FA Personalverwaltung vom 26. September 2005 wird die beiliegende Verordnung genehmigt.

Diese Verordnung tritt mit Ablauf des Tages ihrer Kundmachung in Kraft. Die Kundmachung dieser Verordnung hat durch zweiwöchigen Anschlag an den Amtstafeln der Stadt Steyr zu erfolgen.
(Beilage)

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Gibt es dazu eine Wortmeldung? Das ist nicht der Fall. Gibt es Gegenstimmen? Stimmenthaltungen. Das ist auch nicht der Fall. Einstimmige Annahme.

VIZEBÜRGERMEISTER ING. DIETMAR SPANRING:

In meinem nächsten Punkt geht es um die Anpassung der Betriebsvereinbarungen Pensionskassenvertrag für Beamte und Vertragsbedienstete der Stadt Steyr. Zum 1. Mai 2005 wurde diese Betriebsvereinbarung abgeschlossen. Es gab jedoch Einsprüche der konkurrenzierenden Pensionskassen, die jetzt endlich weggefallen sind und zum Abschluss gebracht wurden. Ich ersuche den entsprechenden Änderungen die daraus gegeben sind zuzustimmen.

12) Pers-763/99 Abschluss eines Pensionskassenvertrages für Beamte und Vertragsbedienstete der Stadt Steyr mit der APK-Pensionskasse Aktiengesellschaft 1031 Wien; Anpassung der Betriebsvereinbarung.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der FA Personalverwaltung vom 27. Oktober 2005 werden folgende Änderungen in der Betriebsvereinbarung für Beamte beschlossen:

Im § 7 Abs. 2 wird die Wortfolge „Vollendung des 60. Lebensjahres“ wie folgt geändert und lautet: „Erreichen des gesetzlichen Pensionsantrittsalters“

Im § 8 Abs. 1 wird die Wortfolge „Vollendung des 60. Lebensjahres gem. § 43 Abs. 1 StGBG i. d. F. LGBl. Nr. 60/1998“ wie folgt geändert und lautet: „Erreichen des gesetzlichen Pensionsantrittsalters gem. § 92 StGBG 2002 i. d. g. F.“

Im § 9 Abs. 1 wird die Wortfolge „LGBl. Nr. 94/99 wie folgt geändert und lautet: „LGBl. Nr. 152/2002“

Im § 10 Abs. 1 wird die Wortfolge „LGBl. Nr. 94/99 wie folgt geändert und lautet: „LGBl. Nr. 152/2002“

Im § 13 wird die Wortfolge „(Ausnahme: § 44a StGBG)“ wie folgt geändert und lautet: „(Ausnahme: § 94 StGBG 2002)“

Weiters werden folgende Änderungen in der Betriebsvereinbarung für Vertragsbedienstete beschlossen:

Im § 3 Abs. 7 wird die Wortfolge „noch gut“ wie folgt geändert und lautet „entsprechend bzw. zufriedenstellend“

Im § 8 Abs. 2 wird die Wortfolge „noch gut“ wie folgt geändert und lautet „entsprechend bzw. zufriedenstellend“

Der § 30 lautet neu:

„§ 30 Übergangsbestimmungen

(3) Bedienstete, die zum Zeitpunkt des Inkrafttretens dieser Pensionskassenregelung bereits mindestens fünf Jahre ununterbrochen beim Magistrat der Stadt Steyr beschäftigt waren, können unabhängig von ihrem Lebensalter (sofern sie das 60. Lebensjahr nicht vor dem 01. Mai 2005 vollenden) bis spätestens 30. Juni 2006 ihren Beitritt zu dieser Pensionskassenvereinbarung erklären.

(4) Der Beitritt zur Pensionskasse wird grundsätzlich mit dem der Beitrittserklärung folgenden Monatsersten wirksam. Abweichend davon wird der Beitritt zur Pensionskasse, wenn er im Zeitraum zwischen Inkrafttreten dieser Pensionskassenregelung und dem 30. Juni 2006 erklärt wird, jedenfalls mit dem Zeitpunkt des Inkrafttretens dieser Pensionskassenregelung wirksam.“

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Gibt es dazu eine Wortmeldung? Das ist nicht der Fall. Wir kommen gleich zur Abstimmung. Gibt es Gegenstimmen? Stimmenthaltungen? Einstimmige Annahme.

Ich danke dem Berichterstatter. Nächster Berichterstatter ist StR Willi Hauser.

BE: STADTRAT WILHELM HAUSER:

Geschätztes Präsidium, geschätzte Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates, werte Gäste. In meinem ersten Antrag geht es um die Wassergebührenänderung mit 1. 1. 2006. Wir haben wieder den Erlass des Amtes der OÖ Landesregierung bekommen und der regelt die Mindestanschlussgebühren und die Mindestgebühren für die Jahre 2006 bis 2010. Die Mindestanschlussgebühr beträgt 1.535,-- Euro und die Mindestanschlussgebühr 2006 würde dann 1.580,-- Euro betragen. Das ist ein Plus von 2,93 %. Die Wassergebühren sind einerseits kostendeckend zu berechnen nach diesen genormten Kalkulationsschemen und würde im Jahr 2006 eine kostendeckende Wassergebühr von 1,23 Euro ohne MWSt. ausmachen. Das ist eine Erhöhung um 3 Cent oder 2,5 %. In dieser Wassergebühr ist auch der Reinhaltungszuschlag für das Grundwasser im Brunnenfeld Dietach in der Höhe von 0,16 Euro unverändert pro Kubikmeter enthalten. Die Wasserzählerleihgebühr, kurz Wasserzählergebühr genannt, bleibt unverändert. Ich stelle den Antrag.

13) Stw-63/05 Städt. Wasserversorgung – Wassergebühren; Änderung zum 1. 1. 2006.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der Direktion der Stadtwerke vom 1. 9. 2005 wird der Erhöhung der Wasserleitungsanschlussgebühren und der Wasserbezugsgebühr entsprechend dem in der Beilage übermittelten Verordnungstext und der darin enthaltenen Gebührenhöhe zum 1. 1. 2006 zugestimmt.

Diese Verordnung tritt am 1. 1. 2006 in Kraft und wird gem. § 65 Abs. 1 StS 1992, LGBl. Nr. 9/1992, durch zweiwöchigen Anschlag an den Amtstafeln der Stadt Steyr kundgemacht. Gleichzeitig tritt die Vorgängerverordnung außer Kraft. (Beilage)

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Danke. Zu Wort gemeldet hat sich GR Roman Eichhübl.

GEMEINDERAT ROMAN EICHHÜBL:

Frau Vizebürgermeisterin, werte Herrn Bürgermeister, meine Damen und Herren des Gemeinderates, geschätzte Gäste. Tarif- und Gebührenerhöhungen auf allen Ebenen in allen Bereichen, auf Bundesebene, auf Landesebene, auf Gemeindeebene, so auch in der Stadt Steyr sind in den letzten Jahren an der Tagesordnung und belasten die Bevölkerung im zunehmenden Maße. Wir haben es bisher so gehalten und werden das auch in Zukunft so tun, dass wir jenen Tarifierhebungen die Zustimmungen nach wie vor geben, wir haben das heute ja bereits bewiesen, wo durch eine entsprechende Kalkulation die wirtschaftliche Notwendigkeit nachgewiesen wird. Das ist in diesem Fall eben nicht so. Ich möchte das etwas näher erläutern.

Zum einen liegt die jetzt vorgeschlagene Wassergebühr um 8,8 Cent über der vom Land vorgesehenen Mindestgebühr. Zum anderen ist es dem Wasserwerk, und ich sage dazu Gott sei

Dank, möglich, durch das gute Ergebnis, seine Wasserversorgung ständig auf dem neuesten Stand zu bringen und bestes Trinkwasser an ihre Kunden, an die Bevölkerung unserer Stadt, und darüber hinaus durch den Wasserversorgungsverband, zu liefern. Zusätzlich werden folgende Leistungen aus dem Wasserwerk erbracht: Kostenlose Trinkwasserabgabe an die Stadtfeuerwehr 2004, da liegen die Zahlen vor, ca. 20.000 Kubikmeter. Das entspricht ca. 24.000,-- Euro im Jahr. Die Verlustabdeckung beim Stadtbad und der Kunsteisbahn wird ebenfalls aus den Erträgen des Wasserwerks erbracht und macht im Jahr 2004 306.000,-- Euro aus. Wenn man dann im vorliegenden Geschäftsbericht, der ja heute noch zur Behandlung ansteht, Folgendes lesen muss, das ich Ihnen dann zitiere, dann sinkt die Bereitschaft der Freiheitlichen GR-Fraktion dieser Bezugsanhebung, die der StR Hauser vorgeschlagen hat, gleich auf Null. Es steht nämlich Folgendes drinnen:

„Im Bereich Eislaufplatz haben wir weiterhin keine Pachteinahmen und Werbeeinnahmen und tragen zu 100 % die Betriebskosten des Sommerbetriebes. Alleine die Stromkosten des Tennisvereines machen mehr als 2.000 Euro per anno aus. Veranstaltungen werden ebenso kostenlos abgewickelt. In 2004 wurde die Weiterverrechnung der Stromkosten an die Vereine eingeleitet. Für den größten Verbraucher, dem Tennisverein, musste die Rechnung, auf eine Bürgermeisterverfügung hin, zurückgezogen werden.“

Das ist schon sehr erstaunlich, denn andererseits verwendet man vonseiten des Wasserverkaufs und des Ertrages des Wasserwerkes 118.000 Euro um den Verlust in diesem Bereich der Kunsteisbahn abzudecken. Es besteht also wahrlich kein Grund dafür, dass man jetzt hergeht und die Bevölkerung in diesem Bereich noch weiter belastet indem man die Gebühren hinaufschraubt. Wir werden jedenfalls diesem Antrag aus den genannten Gründen die Zustimmung verweigern.

Beifallskundgebung verschiedener Mandatare

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Danke schön. Gibt es weitere Wortmeldungen? Das ist nicht der Fall. Schlusswort bitte.

STADTRAT WILHELM HAUSER:

Meine geschätzten Damen und Herren, der Antrag bleibt aufrecht. Es ist richtig, dass wir etwas darüber liegen über den Mindestgebühren. Auf der anderen Seite sind sie kalkulatorisch nach wie vor so berechnet, wie es eben vorgeschrieben ist. Zu der Anmerkung die der Herr GR Eichhübl gemacht hat wegen dem Eislaufplatz bzw. der Eiskunstbahn unten, kann ich ihm sagen, dass diese Angelegenheit der Betriebskosten eine Geschichte ist. Sie wird also natürlich weiterverrechnet werden dann in der Zukunft bzw. es soll eine Änderung geben der Energieversorgung dahingehend, dass diese Energieversorgung nicht mehr bei den Stadtwerken anhängig sein wird aufgrund eines Projektes des ATSV Steyr. Ich ersuche den Antrag zur Abstimmung zu bringen.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Wer diesem Antrag die Zustimmung erteilt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. SPÖ, 1 Grüne (GR Kupfer). Gibt es Gegenstimmen? 2 Gegenstimmen (FPÖ). Stimmenthaltungen? 4 (3 ÖVP, 1 Grüne – GR Fanta). Der Antrag wurde mit Mehrheit angenommen. Nächster Punkt.

STADTRAT WILHELM HAUSER:

Mein nächster Antrag beschäftigt sich mit den städt. Verkehrsbetrieben. Hier geht es um die Preisanpassung per 1. 1. 2006. Nachdem diese Preisanpassungen beim OÖ Verkehrsverbund ja mit im Verbund hängen, weil wir bei diesen Preisen beim Verbund mit dabei sind ist es so, dass aufgrund dieser Tarifierhöhungen es an und für sich bei den Einzelpreisen unverändert bleibt und bei ein paar im Amtsbericht angeführten Kartensysteme es zu Erhöhungen kommt. Vom Gemeinderat zu Genehmigen sind unsere Haustarife. Hier geht es nur um zwei Anpassungen die hier vorgeschlagen sind. Einerseits die übertragbare Jahreskarte von 348 auf 358 Euro und die Monatskarten für Senioren von 28,80 auf 29,40 Euro, wobei bisher eine Stützung dieses Tarifes durch die Stadt von 5 Euro erfolgt. Das sind jeweils gleiche Erhöhungswerte wie bei den Verbundpreisen. Alle übrigen Preise bleiben auch hier unverändert. Ich ersuche deswegen zuzustimmen, weil es einfach aufgrund des Treibstoffaufwandes alleine von 2003 auf 2004 eine Steigerung von 17 % gegeben hat und es heuer noch einmal höher sein wird und der Umsatz pro Fahrgast 51 Cent pro Beförderung gesunken ist. Ich ersuche daher diesem Antrag die Zustimmung zu geben.

14) Stw-64/05 Städt. Verkehrsbetrieb; Preisanpassung per 1. 1. 2006.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der Stadtwerke Steyr vom 1. 9. 2005 über die Preisanpassung für den städt. Verkehrsbetrieb mit Wirksamkeitsbeginn 1. 1. 2006 und zufolge des Beschlusses im Verwaltungsausschuss für die wirtschaftliche Unternehmung „Stadtwerke Steyr“ entsprechend der Beilage wird der Anwendung der neuen Beförderungspreise zum genannten Zeitpunkt zugestimmt. (Beilage)

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Gibt es dazu eine Wortmeldung? GR Hack bitte.

GEMEINDERAT ING. WOLFGANG HACK:
Geschätztes Präsidium, der Umgang der Stadtwerke mit Zahlen, Fakten und die Darstellung dieser ist manchmal schon sehr eigenartig. Es steht im Amtsbericht, den wir auch im Ausschuss hatten, „die letzte Preisveränderung beim Verbund erfolgte per Jänner 2005. Deshalb erfolgt in 2006 bei den Verbundfahrpreisen nur eine Erhöhung von drei Kartentypen – Wochenkarte, Monatskarte und Jahreskarte auf 338 Euro.“ Wenn man jetzt die Liste vom Verbund hernimmt, Euro Tariftafel OÖ Verkehrsverbund, dann verlangt der Verkehrsverbund bei der Steyr-Jahreskarte 344 Euro. Also, es stimmt irgendwie was nicht. Entweder stimmt der Amtsbericht nicht oder der Bericht des Verkehrsverbundes stimmt nicht, die Tariftafel. D. h., andere verlangen für unsere Leistungen mehr als wir selbst verlangen. Ich glaube, das kann eigentlich nicht Sinn und Zweck der Preisgestaltung sein. So kann man eigentlich einem unrichtigen Antrag nicht die Zustimmung geben. Danke.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Danke. Gibt es weitere Wortmeldungen? GR Frech bitte.

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:
Geschätztes Präsidium, werte Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates, werte Gäste. Ja, es häuft sich so ein bisschen gerade, im Zusammenhang mit den Stadtwerken was Zahlenmaterial anbelangt, so nach dem Motto, Zahlen sind irgendwie Schall und Rauch. Vielleicht war es ein Tippfehler, vielleicht hat man nicht richtig gerechnet, nicht richtig abgeschrieben. Aber ich nehme an, der Referent wird das ja sagen können, was jetzt wirklich Sache ist. Eine Bitte hätte ich auch an den Herrn Referenten, dem Stadtrat Willi Hauser, und zwar im Zusammenhang mit Tarifierhöhungen. Wenn jetzt diese Preisanpassung, so wie man das jetzt neumodern nennt, nicht mehr Preiserhöhung sondern Preisanpassung, durchführt beim Verkehrsbetrieb, möchte ich die Frage stellen, wie stehen Sie, ganz persönlich, als zuständiger Stadtrat, zu diesen Einsparungsvorschlägen, die gekommen sind in Richtung Reduktion des Taktes bei einzelnen Buslinien zu gewissen Zeiten nicht mehr viertelstündig zu fahren sondern nur halbstündig, gewisse Linien stark einzuschränken bzw. vielleicht ganz abzuschaffen. Welche Position nehmen Sie zu diesem Vorschlag der Stadtwerke ein? Das möchte ich hier ganz gerne von Ihnen heute beantwortet haben.

VIZEBÜRGERMEISTER GERHARD BREMM:
Das steht aber nicht im Antrag drinnen.

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:
Aber das hat einen Zusammenhang mit den Preiserhöhungen.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Gibt es weitere Wortmeldungen? Das ist nicht der Fall. Schlusswort bitte.

STADTRAT WILHELM HAUSER:
Also, das eine was ich nicht aufklären kann ist, warum es hier zu einer anderen Sache kommt. Ich kann mir das nicht erklären, weil ich habe ja lediglich den Amtsbericht gehabt der sozusagen hier auch vorliegt.

STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:
Sie als stadträtlicher Referent haben aber schon alle Unterlagen.

STADTRAT WILHELM HAUSER:
Moment, ich habe mir das gerade angesehen und es stehen diese 344 Euro da. Von Linz 321, Wels 344 und Steyr 344. Ich weiß nicht, wo das herkommt.

GEMEINDERÄTIN DR. BIRGITTA BRAUNSBERGER-LECHNER:

Dann lesen Sie sich halt den Akt durch.

STADTRAT WILHELM HAUSER:
Ich habe es ja eh gerade gesehen.

GEMEINDERÄTIN DR. BIRGITTA BRAUNSBERGER-LECHNER:
Den Amtsbericht, aber nicht den Akt. Dazu sind Sie ja da!

STADTRAT WILHELM HAUSER:
Ja! Liebe Frau Kollegin, ich habe gesagt, ich weiß nicht warum hier die Zahl 338 hineingeschrieben wurde. Ich habe es eh gesehen, dass 344 da steht. Das habe ich gerade gesagt. Ich weiß nicht, wo die Zahl 338 herkommt.

Das 2., was ich dazu sagen möchte, liebe Frau Kollegin Frech, es ist so, dass wir darüber diskutiert haben, ob das sinnvoll ist oder nicht und wir werden in den einzelnen Ausschüssen bzw. im Verwaltungsausschuss, weil der ist zuständig, auch beraten. Es ist lediglich so, dass die Erfahrungswerte des Betriebsleiters, des Herrn Anibas, so sind, dass also hier sich die Zahlen dementsprechend reduzieren die befördert werden. Wenn wir dann die Auswertungen haben, und wir hoffen, dass die demnächst jetzt dann auf allen Linien auch dementsprechend zu den unterschiedlichsten Monaten zur Verfügung stehen, aufgrund des Dilax-Zählsystems, werden wir uns diese anschauen und werden dann entscheiden was verändert wird bei diesen Intervallen bzw. wann es Sinn macht diese Intervalle zu verändern. Die Vorschläge die in dieser Liste drinnen stehen, das sind weder Beschlüsse noch sonst irgendetwas, sondern das sind Vorschläge über die man diskutieren wird. Persönlich stehe ich dazu, dass ich einfach sage, wenn man einen Betrieb hat wo ca. 1,6 Millionen Defizit gefahren wird, auch wenn es der öffentliche Verkehr ist, muss es erlaubt sein darüber nachzudenken was man tun kann dass dieses Defizit halbwegs vernünftig bleibt in einem Ausmaß das man sich auch noch leisten kann.

Beifallskundgebung verschiedener Mandatare

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Ja, zu den Änderungen noch einmal. Statt 338 steht dann 344 im Antrag. Ist das richtig?

STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:
Kommt jetzt ein Abänderungsantrag?

STADTRAT WILHELM HAUSER:
Nein, nein. Das beschließen nicht wir. Geschätzte Kolleginnen und Kollegen, schaut da hinein. Das steht drinnen, wir beschließen lediglich die zwei Anpassungen die die Haustarife sind. Die anderen Sachen haben wir nicht zu beschließen.

GEMEINDERAT ING. WOLFGANG HACK:
Wer weiß, ob die Zahlen stimmen.

STADTRAT WILHELM HAUSER:
Die stimmen, weil die Preisanpassung des OÖ Verkehrsverbundes passiert nämlich automatisch, weil wir beim Verkehrsverbund sind. Die brauchen wir nicht beschließen. Die zwei Haustarife die angepasst werden stehen da drinnen und die stimmen. Das ist 348 auf 358 und die 28,80 auf 29,40. Daher stimmt der Antrag der gestellt wird, weil wir beschließen keine OÖ Verkehrsverbundtarife.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Okay, dann kommen wir zur Abstimmung. Wer für den Antrag stimmt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. SPÖ, FPÖ, 2 Grüne.

Diskussion zwischen StR Hauser und GR Ing. Hack.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Wir stimmen schon ab.

STADTRAT WILHELM HAUSER:
Der Kollege Hack ist trotzdem falsch.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Wer ist dagegen? 3 ÖVP (GR Dr. Braunsberger-Lechner, GR Wührleitner und GR Ing. Hack).
Stimmenthaltung? 2 (GR Frech und 1 Grüne - GR Fanta). Der Antrag wurde mit Mehrheit
angenommen. Ich bitte um den nächsten Antrag.

STADTRAT WILHELM HAUSER:

Geschätzte Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates, der nächste Antrag beschäftigt sich zur
Genehmigung durch den Gemeinderat mit der Sanierung des Stadtbades Steyr. Wir haben den schon
einmal gehabt. Im Verwaltungsausschuss ist er mit Dringlichkeit beschlossen worden und liegt nun
hier vor. Wir haben hier in diesem Amtsbericht ja die Auflistung sozusagen aller ausgeschriebenen
Gewerke bzw. dass es um die Auftragsvergaben geht und in der Höhe von 1.162.554,98 Euro für
diese Sanierungsstufe. Damals wurde von mir schon gesagt, um das auch zu wiederholen was
andere sehr oft wiederholt haben, dass es ein bisschen ein Wunschkonzert dabei gegeben hat und
sich deswegen die Kosten nach oben geschraubt haben gegenüber dem Schätzpreis. Der
Schätzpreis ist natürlich ca. drei Jahre bevor es jetzt zu dieser Beschlussfassung gekommen ist
gemacht worden und es ist also festgestellt worden, jetzt überall, dass hier im Rahmen der
Diskussionen mit den Planern es offensichtlich dazu gekommen ist, einige Dinge hier mit zu
berücksichtigen. Die Angelegenheit wurde vom Kontrollamt und von den Hausjuristen geprüft und es
ist dann zu dem Beschluss gekommen die Aufträge zu vergeben. Der Baubeginn hat stattgefunden.
In diesen Juristenmeinungen ist unter anderem auch festgestellt worden, dass es ÖNORM-gerecht
ausgeschrieben wurde. Die ÖNORMEN auch dementsprechend zitiert worden sind, und dass z. B.
aufgrund der ÖNORM 2110 es durchaus möglich ist die ausgeschriebenen Summen hier bis zu einer
Größenordnung von ca. 20 % nach oben oder unten, je nach Notwendigkeiten, veränderbar zu halten.
In dem Sinne ist es dann auch noch dazu gekommen, dass es eine Dienstanweisung des Herrn
Magistratsdirektors und mir gegeben hat, dass einerseits die Kontrollabteilung in das gesamte
Bauvorhaben als begleitend mit eingebunden ist und dass also der Auftrag ergangen ist die Summe
sozusagen herunterzuschrauben die hier verbraucht werden soll. Ich kann also behaupten, dass wir
bei den ersten Baubesprechungen, die jetzt durchgeführt wurden, bereits auf einer Größenordnung
von 990.000 Euro in der derzeitigen Planungssituation sind und wir hoffen, dass sich das eine oder
andere noch machen lässt um hier die vorgenommene Einhaltung zu haben. Aufgrund der
Indexsteigerungen und so, sind wir in etwa bei einer Summe die letztlich hier auch verbaut werden
könnte von ca. 930.000 Euro. Ich ersuche diesen Antrag zu diskutieren und dann abstimmen zu
lassen.

15) BauH-3/00 Sanierung des Stadtbades Steyr; Freibad, Herbst 2005; Bauteil 1; Auftragsvergaben;
Version 2.

ANTRAG

des Verwaltungsausschusses für die wirtschaftliche Unternehmung „Stadtwerke Steyr“ an den
Gemeinderat

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der Direktion vom 26. 09. 2005 wird im Zusammenhang mit der
Sanierung des Stadtbades Steyr, Freibad, Bauteil 1, für 15 Gewerke, nachstehenden
Auftragsvergaben an die vorgeschlagenen Auftragnehmer zugestimmt:

1. Abbruch Objekt G (Gesamtabbruch des Garderoben- und Kabinengebäudes Objekt G im Freibad
inkl. fachgerechte Entsorgung des Abbruchmaterials)
exkl. USt., inkl. Rabatt, inkl. Skonto

Fa. Mayr Bau, Steyr € 16.135,95

2. Betoninstandsetzung (an den Garderobengebäuden Objekt C und D, Büfettgebäude Objekt E,
Kabinengebäude Objekt F, Vereinsgebäude)
exkl. USt., inkl. Rabatt, inkl. Skonto

Fa. Peiniger, Gratkorn € 71.178,60

3. Baumeisterarbeiten (Sanierung und Umbauarbeiten der best. Garderobengebäude, Neubau
Aufzugsschacht, Fundamente für Brücken auf Stahl)

exkl. USt., inkl. Rabatt, inkl. Skonto

Fa. Mayr-Bau, Steyr € 301.223,80

4. Elektroinstallation

exkl. USt., inkl. Rabatt, inkl. Skonto

Fa. VA Tech Elin EBG, Steyr € 82.469,82

5. Aufzugsanlage (mit zwei Haltestellen zur Förderung von behinderten Menschen und für den Büfettbetrieb)

exkl. USt., inkl. Rabatt, inkl. Skonto

Fa. KONE AG, Linz € 28.655,74

6. Solarabsorberanlage für die Badewassererwärmung des Freibades

Fa. AST Eis- und Solartechnik, Reute € 120.929,55

7. Heizungs- und Sanitärinstallation

exkl. USt., inkl. Rabatt, inkl. Skonto

Fa. Schloßgangl, Steyr € 59.018,68

8. Zimmermeisterarbeiten (Sanierung Objekt E und F mit Brettstapeldecke als neues Dach, Geräteschuppen neu Holzkonstruktion, Schattenpergola auf Büfett-Terrasse im Objekt E)

exkl. USt., inkl. Rabatt, inkl. Skonto

Fa. Fellner GesmbH, Ried € 77.850,26

9. Dachdecker – Spenglerarbeiten (Dachsanierung Objekt C und D, Dachreparatur Vereinsgebäude, Dacheindeckung Objekt E und F, Schwarzdeckerarbeiten Terrassen Vereinsgebäude, Büfett-Terrasse, Galerie Objekt F)

Fa. Edtbauer, Pasching € 46.740,25

10. Fliesenlegerarbeiten (Feinsteinzeug auf Böden für den Barfußbereich, Büfettküche usw., Wandfliesen in Sanitärräumen und Büfettküche)

exkl. USt., inkl. Rabatt, inkl. Skonto

Fa. Hirtl & Bauernfeind, Mauthausen € 51.727,19

11. Metallbauarbeiten (Schlosserarbeiten: Metallfenster-, -portal, Tore, Geländer Stahlbau: Stiegen- und Brückenkonstruktionen, Kunststofffensterkonstruktionen im Vereinsgebäude)

Fa. Jungwirth, Königswiesen € 156.859,46

12. Bau- und Möbeltischlerarbeiten (Innentürblätter, Wickeltisch, Sanitätsraumeinrichtung)

Fa. Hackl, Steyr € 38.467,76

13. Malerarbeiten (Anstriche und Beschichtungen auf Bestand und neuen Untergründen)

exkl. USt., inkl. Rabatt, inkl. Skonto

Fa. Seywaltner, Steyr € 14.216,32

14. Garderobenschränke, Mietkabinen, Wechselumkleiden, WC-Trennwände, Duschtrennwände, Wertdepots

exkl. USt., inkl. Rabatt, inkl. Skonto

Fa. Tschojer Melcher & Co, Matrei € 52.358,15

15. Büfettkücheneinrichtung (Büfettausgabe, Kühlzelle)

Fa. GTM Mayr GesmbH, Gmunden € 44.543,45

Gesamtsumme: € 1.162.554,98

Infolge Dringlichkeit wird die Direktion der Stadtwerke gem. § 5 Abs. 4 des Organisationsstatuts für die Unternehmung „Stadtwerke Steyr“ zum sofortigen Vollzug dieses Beschlusses ermächtigt.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Gibt es dazu eine Wortmeldung? StR Mayrhofer bitte.

STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:

Ja, meine sehr geehrten Damen und Herren, das ist eigentlich die Fortsetzung von dem was wir in der letzten GR-Sitzung gehabt haben. Das was wir da angesprochen haben hat sich ja eigentlich auch vollinhaltlich bestätigt. Es sind Dinge ausgeschrieben worden die so nicht genehmigt wurden. Ob das jetzt ein Wunschkonzert ist oder nicht, das entzieht sich meiner Kenntnis. Tatsache ist eines, dass die Verantwortlichen, die die Ausschreibung über gehabt haben, mehr ausgeschrieben haben als politisch beschlossen wurde. Das ist Faktum. Effektiv mehr von einer Indexanpassung, da liegen wir bei ungefähr 8 bis 9 %. 8 bis 9 % von 800.000 ist bitte noch nicht 1,163. D. h., da sind noch immer diese sogenannten Wunschkonzerte drinnen. Es ist vollkommen richtig, dass es nach der Bundesvergabeordnung des Gesetzes von 2002. ausgeschrieben wurde. Das passt schon. Aber es wurde mehr ausgeschrieben. Auch wenn Sie die Norm 2110 ansprechen, dann steht da ganz klar drinnen, dass Massen reduziert werden können in diesem Prozentaussatz. Aber Sie können nicht Positionen, die drinnen sind, streichen, weil es Ihnen jetzt nicht mehr gefällt. D. h., was ausgeschrieben worden ist muss gebaut werden. Sie können dann nur sagen, ich verwende nicht, ich sage jetzt nur was, 100 Kubikmeter Beton, sondern nur 80. Diese Reduktion, Herr Stadtrat, wird schwer möglich sein. Eines ist auch klar, gerade bei diesen Dinge sind ja auch einige Sachen passiert, die sehr wohl nicht konform mit der Bundesvergabeordnung sind. Da hat es ja schon mehrere Beschwerden gegeben. Auch die Wirtschaftskammer hat sich schon beschwert, dass ein Heizkesseltausch im Bereich Stadtbad passiert ist und dass hier ganz klar gegen die Bundesvergabeordnung verstoßen wurde. Wir haben daher, auch in Absprache mit dem Vorsitzenden des Kontrollausschusses, den Herrn Bürgermeister gebeten, dass er diese Vorgangsweise prüfen lässt vom Kontrollamt. Die Prüfung ist noch nicht abgeschlossen. Ich habe gerade heute mit dem Kontrollamt telefoniert, sie arbeiten daran, sie können derzeit noch keine Aussage treffen. Darum kann ich mir auch nicht vorstellen, dass man dem heute so die Zustimmung gibt. Es ist ein effektiver Schaden entstanden, weil wenn ich das vorher berücksichtigt hätte, hätten wir eine höhere Förderung vom Land bekommen.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Danke schön. Gibt es weitere Wortmeldungen? Das ist nicht der Fall. Schlusswort bitte.

STADTRAT WILHELM HAUSER:

Ja, geschätzte Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates, sehr geehrter Herr StR Mayrhofer, es wäre nicht schlecht, wenn man nicht Birnen mit Äpfeln verwechseln würde, denn das Projekt Heizkesseltausch ist ein eigenes, dass das Hallenbad betrifft, ist völlig gesondert und nicht in diesem Projekt enthalten. Daher kann die Prüfung durchaus passieren und es wird auch dementsprechend passieren. Das 2., was ich bemerken möchte, um einen kleinen Hinweis zu geben, sozusagen zu dem was Sie angesprochen haben bezüglich über die Beschwerde der Wirtschaftskammer, ist es aber schon so, dass der Herr Unternehmer, der sich hier betroffen fühlt, sozusagen die Möglichkeit gehabt hätte das Rechtsmittel des 14-tägigen Einspruches in Anspruch zu nehmen. Das hat er nicht gemacht.

STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:
Ist das jetzt gegen die Vergabeordnung? Ja oder nein?

STADTRAT WILHELM HAUSER:

Es ist Fakt, er hat das Recht nicht in Anspruch genommen. Er hat im Gegenteil dann dem Herrn Magistratsdirektor geschrieben. Dann ist das zu uns zur Stellungnahme gekommen, die Stellungnahme ist zurückgegangen und da ihm das offensichtlich nicht genug war, ist er dann, fast ein halbes Jahr später, weil die ganze Sache hat sich im April abgespielt, zur Wirtschaftskammer

gegangen. Ob das rechtens ist oder nicht, sage ich, werden die Juristen dementsprechend prüfen und dann wird man auch sehen, was letztlich dabei herauskommt. Es handelt sich aber nicht um das Projekt Sanierung des Stadtbades, sondern der Heizkesseltausch ist eindeutig eine Angelegenheit eines eigenen Projektes im Hallenbad. Ich ersuche den vorliegenden Antrag zu beschließen.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Wir kommen zur Abstimmung. Wer für diesen Antrag stimmt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. SPÖ, 1 Grüne (GR Kupfer). Wer ist dagegen? 3 ÖVP. Wer enthält sich der Stimme? 5 (2 FPÖ, 2 Grüne, Bürgerforum). Der Antrag wurde mit Mehrheit angenommen. Danke, nächster Punkt bitte.

STADTRAT WILHELM HAUSER:

Meine geschätzten Damen und Herren des Gemeinderates, es geht hier um eine Beschwerde die wir eingebracht haben bei den zuständigen Höchstgerichten zur Netzkostenverordnung 2005. Wir haben im Jahr 2004 bereits eine Vorschreibung erhalten einen Ersatz in diese Richtung an die E-Kontroll zu berappen von ca. 400.000 Euro. Dagegen haben wir Einspruch erhoben, gegen diese 400.000 Euro, und haben mittels Verwaltungsausschussbeschlusses sozusagen ein Büro in Wien, dass sich mit dieser Thematik beschäftigt, beauftragt. Mittlerweile sind wir von diesen 400.000 Euro schon auf 200.000 Euro herunter. Trotzdem nimmt die neue Verordnung 2005 wieder nicht auf die Zahlen, die wir eingebracht haben, Rücksicht. Um das Rechtsmittel nicht zu verlieren, haben wir im Verwaltungsausschuss beraten und letztlich auch mit Dringlichkeit beschlossen. Bisher wurden 22.000 Euro sozusagen für diese Maßnahmen des Einspruches ausgegeben durch die Stadtwerke. Wir hoffen natürlich noch ein Ergebnis unter den 100.000 Euro zu erzielen. In diesem Sinne ersuche ich um Diskussion dieses Antrages und um Beschluss.

16) Stw-78/05 Beschwerde bei den Höchstgerichten zur Netzkostenverordnung 2005.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der Direktion vom 31. 10. 2005 wird der Einleitung eines Beschwerdeverfahrens gegen die Verordnung der E-Kommission vom 25. 10. 2005 betreffend die Gassystemnutzungstarife beim zuständigen Höchstgericht zugestimmt.

Infolge Dringlichkeit wird die Direktion der Stadtwerke gem. § 5 Abs. 4 des Organisationsstatuts für die Unternehmung „Stadtwerke Steyr“ zum sofortigen Vollzug dieses Beschlusses ermächtigt.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Gibt es dazu eine Wortmeldung. Das ist nicht der Fall. Gibt es Gegenstimmen? Stimmenthaltungen? Auch nicht. Einstimmige Annahme. Danke, nächster Punkt.

STADTRAT WILHELM HAUSER:

Meine geschätzten Kolleginnen und Kollegen, nun zur Bilanz, Gewinn und Verlustrechnung der Stadtwerke für das Jahr 2004. Dieses Werk liegt nun vor. Es geht an und für sich darum, dass die Bilanzsumme 43.462.000 Euro betrifft. Der Umsatz 16.339.000 Euro, EGT minus 309.000 und das Bilanzergebnis plus 324.000 Euro beträgt.

STADTRAT WILHELM HAUSER:

Meine geschätzten Kolleginnen und Kollegen, nun zur Bilanz Gewinn- und Verlustrechnung der Stadtwerke für das Jahr 2004. Dieses Werk liegt nun vor und es geht darum, dass die Bilanzsumme € 43.462.000,-- beträgt, der Umsatz € 16.339.000,--, EGT minus € 309.000,-- und das Bilanzergebnis plus € 324.000,-- beträgt. Es ist also zu bemerken, dass die Erlöse um ca. 6 % im Gesamten zurückgegangen sind, wobei ca. 80 % des Erlösrückganges alleine aus dem Gasgeschäft kommen, aufgrund dessen, dass uns leider Gottes Großkunden durch die Liberalisierung am Gasmarkt abhanden gekommen sind. Auch beim Wasser gibt es einen Erlösrückgang aufgrund des Mengenrückganges, das hat auch etwas mit dem sehr schlechten Sommer zu tun. Leider Gottes auch erstmals seit langer Zeit im Bereich des Krematoriums, dass wir hier leichte Rückgänge gehabt haben. Im vergangenen Jahr haben wir eine Preiserhöhung, über alle Dinge drübergerechnet, von ca. 2 % gehabt und liegen damit auch wieder rund im Schnitt unter der Inflationsrate. Die Auswirkungen hier waren eine Mehreinnahme von ca. 312.000,-- Euro. Wir haben letztlich auch bei den Materialkosten eine Rückstellung gemacht von € 180.000,--, die sich daraus heraus resultiert, dass wir diese Rückstellung einfach aus Sicherheit gemacht haben, weil wir ja diese 400.000,-- Euro Vorschreibung von der E-Controll gehabt haben und wenn man diesen Zeitraum Juni 2004 bis Ende des Jahres berechnet, wird man auf € 180.000,-- von diesen 400.000,-- Euro Jahresgebühr kommen.

Beim Wasser ist es so, dass wir hier aufgrund der Wasserverluste, die wir letztlich auch gehabt haben, einen Instandsetzungsschwerpunkt durchgeführt haben, um das Rohrnetz für das Wasser instand zu halten und es ist uns hier gelungen, dass wir einmal ca. 15 % Wasserverlust gehabt haben und das haben wir jetzt aufgrund dieser Instandsetzungen auf ca. 8 % gesenkt. Bei den Stadtbussen ist zwar die Beförderungszahl gestiegen, das begründet sich, dass sich hier doch die Buslinienumstellung bemerkbar macht, dass es eben neuere, bessere Busse gibt, dass wir auch bei den Haltestellen einiges verbessert haben und dadurch offensichtlich der Bus auch besser angenommen wird. Bei der Schülerfreifahrt haben wir leider Gottes um ca. € 30.000,-- weniger zurückverrechnet bekommen, weil hier der Bund das Verrechnungssystem, vor allen Dingen für die Lehrlingsfreifahrten, verändert hat und die Feiertage, die vorher pauschal bezahlt wurden, nicht ausbezahlt hat und wieder zurückgerechnet hat. Im Ergebnis sind wir also hier bei plus € 324.000,-- im Gesamten und ich weise schon darauf hin, dass hier die Verluste, die einerseits bei der Kunsteisbahn, andererseits beim Stadtbad, drittens bei den Stadtbussen letztlich zu Buche schlagen, auch innerhalb dieses Betriebes abgedeckt wurden. Ich möchte mich für dieses Ergebnis daher bei allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Stadtwerke herzlich bedanken, denn gerade durch ihren Einsatz ist es letztlich möglich, einen Betrieb zu haben, der sich einerseits selbst erhält und letztlich dazu beiträgt, dass die Stadt aus dem Budget die Negativbilanz aus den anderen Betrieben nicht abdecken muss.

17) Stw-45/05 Bilanz und G & V Stadtwerke Steyr 2004.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Der beiliegende Jahresrechnungsabschluss 2004 der Stadtwerke Steyr wird im Sinne der § 4 Abs. 3, lit. b auf Antrag des Verwaltungsausschusses nach § 5 Abs. 5 des Organisationsstatutes für die Unternehmung Stadtwerke Steyr genehmigt. Gleichzeitig wird die Auflösung der Rücklagen mit insgesamt 236.000,-- Euro genehmigt.

Ebenso wird den stadtwerkeinternen Betriebskostenzuschüssen für Stadtbad, Eislaufplatz und Stadtbus zugestimmt.

Ich ersuche, diesen Geschäftsbericht zu diskutieren und dann zur Abstimmung zu bringen.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Herr Mayrhofer bitte.

STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:

Meine sehr geehrten Damen und Herren, geschätztes Präsidium, meine geschätzten Gäste. Ich darf mich den Worten meines Vorredners anschließen, den Verfassern dieses Berichtes ist zu gratulieren. Der Herr Bürgermeister hat ja, wie wir bei der Lesung mitbekommen haben, ein neues Lieblingsbuch. Ich muss nach der Lektüre sagen, ich habe auch eines, das ist der Geschäftsbericht 2004. Nachdem ich einige Seiten gelesen habe, habe ich mir ein Flascherl Wein aufgemacht, einen roten, es gibt auch gute „Rote“ und muss sagen, es war ein vergnüglicher Abend bei der Lektüre dieses Berichtes. Es hat sich das Betrübliche mit sehr Heiteren, Humorvollen abgewechselt und ich weiß nicht, ob das im Sinne des Verfassers war, aber es ist eine lesenswerte Lektüre, von der ich annehme, dass sie natürlich alle Anwesenden im Detail auch gelesen haben. Ich darf daraus ein bisschen zitieren, es sind nämlich wirklich hoch interessante Sachen drinnen: „Beim Arbeitsurlaubsvergleich der Länder liegt Österreich mit durchschnittlich 26,5 Tagen am oberen Ende der Skala, USA bei 12 Tagen, Japan bei 18 Tagen und bei der Jahresarbeitszeit liegt Österreich mit durchschnittlich 1.550 Stunden deutlich hinter den USA mit 1.792, oder Tschechien mit 1.972.“

Bei den näheren Betrachtungen hat man dann schon gesehen, dass die Kosten in diesem Bereich teilweise sehr exorbitant sind, teilweise nämlich Kosten, für die die Stadtwerke nicht einmal etwas dafür können, weil wenn man anschaut, dass bei dem Verwaltungskostenbeitrag ein Mitarbeiter mit € 58.209,-- pro Jahr verrechnet wird, dann muss ich sagen, haben wir tatsächlich eine sehr teure Verwaltung. Oder wenn ich sehe, dass für die Reinigung der WC pro Stunde € 34,20 verrechnet wird, dann muss ich sagen, schreckt mich das natürlich auch sehr. Der Kollege Eichhübl hat ja schon angeschnitten, wenn wir sogar die Betriebskosten von z. B. einem Tennisverein übernehmen müssen, wenn es also nicht nur darum geht, dass die keine Pacht bezahlen, sondern sogar das, was sie verursachen, müssen wir zahlen und wenn die Stadtwerke das verrechnen wollen, gibt es eine Bürgermeisterverfügung, ich glaube, dann müssen wir uns diesen Verein wirklich einmal im Detail anschauen, wer da drinnen ist, wer im Vorstand sitzt, wer da spielt, weil normal ist so eine Vorgangsweise mit Sicherheit nicht. Ich darf weiter ausführen, und zwar geht es hier um den Bereich Krematorium. Wir haben bei der Bestattung 40.000,-- Euro wegen schlechter Mengenentwicklung. Bei

dem Krematorium haben wir plus € 1.000,--, trotz schlechter Mengenentwicklung. Ich schätze, dass die Mengenentwicklung an der Anzahl der Einäscherungen oder Begräbnisse stattfinden wird. Wir haben bei der Bestattung, beim wirtschaftlichen Umfeld die Formulierung: „Der nun völlig liberalisierte Markt wird beeinflusst von der Bevölkerungsstruktur, dem Gesundheitsbewusstsein der Menschen, der Gesundheitsversorgung, der Altersstruktur und dem Klimaverlauf des Jahres.“ Das Geschäft ist auch schon schwierig geworden, wirklich wahr. „Ende 2004 ist das Werbeverbot innerhalb der Standesregeln der Bestatter aufgehoben worden. Die Reaktion der Stadtwerke auf diese Regeländerung ist in Überlegung. Die Bestattung bietet ein 7 Tage/24 Stunden Service, die angebotene Qualität ist marktkonform, wir haben praktisch keine Qualitätsreklamationen.“ Offensichtlich hat sich kein Verstorbener bisher beschwert. Beim Krematorium steht unter anderem: „Marketingmäßig sind die Möglichkeiten auf dem professionellen, pietätvollen Auftritt und professionelle Abwicklung beschränkt, die Mitarbeiter des Krematoriums und des Urnenfriedhofes erbringen weiterhin die Reinigungsleistungen der öffentlichen Toiletteanlage.“ In Klammer steht dann dabei – „Stadtwerke stellen Mitarbeiter pro Tag eine Stunde kostenlos zur Verfügung. Die Qualität und Technik des Krematoriums befindet sich auf dem letzten Stand und erfüllen damit auch alle Umweltstandards. Die Kremationsleistung selbst ist weitgehend automatisiert, sodass pro Kremationsfall nur ein Personaleinsatz von einer Stunde anfällt.“ Im Budget 2004 wurde wieder die Dachreparatur der Leichenhalle mit € 45.000,-- geplant, gesamt 46.500,--, investiert wurden nur € 2.400,-- in Werkzeuge. Na ja, immerhin etwas. Wir haben fast bei allen diesen Punkten einen Rückgang der Wertschöpfung pro Mitarbeiter zwischen 4 % bis 20 %. Wenn ich mir das Stadtbad anschau, da ist eine Formulierung, die auch sehr interessant ist: „Das Angebot ist im Freibad mit Sprungturm, Tauchgarten, Wasserrutsche, Beachvolleyballplatz gut, aber durch die natürliche Lage und die uns zugängliche Kundenstruktur begrenzt.“ Eine schöne Formulierung. Wir haben beim Eislaufplatz ...

Unverständlicher Zwischenruf

STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:

Das sind aber wirklich sehr interessante Geschichten. „... ein Schließen der Überdachung würde jedoch eine aufwendige Klima- und Belüftungsanlage notwendig machen.“ Dahinter versteckt sich, wenn man die Wand schließt, gegenüber den Nachbarn, damit nicht so ein Lärm entsteht, dann ist man der Meinung, das kann man nicht machen, weil dann brauchen wir bei der Eishalle eine Klima- und Belüftungsanlage, auch eine sehr schöne Geschichte, wenn man sich das anschaut.

Unverständlicher Zwischenruf

STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:

Das stimmt nicht, nein. Wir haben noch eine Geschichte, die durchaus sehr interessant ist und zwar geht es hier um das neue Besoldungsschema, das eingeführt wurde, die Mitarbeiter haben einen besseren Einstiegsbezug bei einer flacheren Lebensverdienstkurve, ist klar und dann steht: „Ebenso ist die Einführung einer Firmenpensionsregelung für Beamte in Bearbeitung, mit unklarer Auswirkung auf unsere Personalkosten.“ Weiters wird ausgeführt: „Andeutungen über mögliche Angebote oder Verkäufe von Teilbetrieben der Stadtwerke, wie schon in Gmunden und Wels, wollen nicht verstummen, werden aber vom Eigentümer nicht konkret angesprochen. Die Mittelfristfinanzplanung der Gemeinde anlässlich der Gespräche, bei denen auch die Stadtwerke ihre Vorstellungen dargestellt haben, wurde ein starkes Finanzierungsproblem der Gemeinde evident. Die Investitionsvorhaben der Stadtwerke könnten dadurch unmittelbar stark betroffen werden.“ Ich glaube, es ist wert, dass man sich das wirklich im Detail durchliest, das war nur ein kurzer Auszug von den Geschichten. Was ich vor allem den Referenten fragen möchte, wann werden die Gaspreise gesenkt? Wir haben in den Medien gerade eben die erfreuliche Mitteilung bekommen, dass in Oberösterreich mit 13,2 % die zweithöchste Senkung der Gaspreise passiert. Mich würde interessieren, ob wir auch in diesem Rahmen senken, oder was los ist, weil es kann nicht sein, dass wir Preise anheben, dass wir Gebühren anheben, um damit z. B. Tennisvereine zu unterstützen oder zu fördern.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Herr Roman Eichhübl bitte.

GEMEINDERAT ROMAN EICHHÜBL:

Sehr geschätztes Präsidium, meine Damen und Herren des Gemeinderates. Keine Angst, ich werde Sie jetzt nicht allzu sehr mit dem Geschäftsbericht 2004 belästigen, obwohl es verlockend wäre, es hat ja der Herr Mayrhofer bereits sehr viele Passagen daraus zitiert. Weil dieser Geschäftsbericht

wirklich streckenweise sehr interessant, um nicht zu sagen amüsant ist. Ich möchte aber vielmehr ein paar grundsätzliche Anmerkungen zur Bilanz des Jahres 2004 aus meiner Sicht darlegen.

Frau GR Ute Fanta verlässt um 17.33 Uhr die Sitzung

GEMEINDERAT ROMAN EICHHÜBL:

Es hat sich ja im Jahre 2004 einiges in den Stadtwerken geändert und einiges verändert. Nicht nur, dass de facto ab Jänner der bisherige technische Direktor, Herr Ing. Wein, in Pension gegangen ist, dem ich im Übrigen – ich habe es bereits gemacht, aber ich wiederhole es – für seine Tätigkeit danke, denn ich habe ja die Gelegenheit gehabt, über 12 Jahre lang als zuständiger Referent der Stadtwerke seine kompetenten Aktivitäten immer wieder mitzuverfolgen. Es hat sich auch noch etwas anderes geändert, nämlich die Ergebnisse der Stadtwerke gesamt und der Detailbetriebe haben sich verändert, sodass man feststellen kann, dass sich im Vergleich zum Vorjahr 2003 der Betriebserfolg aller Teilbereiche gesamt um € 923.000,-- vermindert hat. Die wesentlichen Einbußen, der Kollege Hauser hat bereits darauf hingewiesen, waren beim Wasserverkauf zu vermerken. Das ist richtig, da ist immer eine Schwankung drinnen, es kommt immer darauf an, ist es ein kühlerer Sommer, ist es ein wärmerer Sommer und daher ändern sich die Mengen ständig. Es hat aber auch noch andere Beeinflussungsfaktoren gegeben, der Herr Kollege Mayrhofer hat ebenfalls darauf hingewiesen, auf die neue Leistungsverrechnung in der Höhe von mehr als € 195.000,-- pro Jahr, die sich ja jetzt auf die Teilbetriebe aufschlüsseln. Es hat sich auch bemerkbar gemacht, das habe ich bereits bei einem anderen Antrag ausgeführt, die Verlustabdeckung Bäder und Kunsteisbahn. Beim Gasgeschäft, durch die höheren Einstandspreise, durch ständig steigende Rohölpreise – ich kann mich gut erinnern, dass wir vor einigen Jahren bei den Kalkulationen noch davon ausgegangen sind, dass wir bei etwa € 28,-- pro Barrel Rohöl gelegen sind - und dann sind wir auf weit über € 60,-- angestiegen, da muss man schon sagen, haben die Gaswerke, sprich Stadtwerke sehr lange diese Preisentwicklung aufgefangen. Das muss man auch sehr deutlich sagen, aber es hat sich auch im Gasgeschäft die Liberalisierung bemerkbar gemacht, dadurch dass eben sehr viele Kunden abgewandert sind. Ich mache auch heute wieder keinen Hehl daraus, dass ich diese Gasliberalisierung für absolut unnötig erachte, nicht nur unnötig erachte, sondern auch deutlich darauf hinweisen möchte, dass im Grunde genommen die kleineren und mittleren Gasabnehmer die Rechnung zu bezahlen haben, denn der Herr Bartenstein ist ja auf die Idee gekommen, die E-Controll zu gründen, damals noch um die Liberalisierung des Strommarktes einzuleiten und dieses „Unternehmen“ hat selber damals, da kann ich mich noch daran erinnern, einen Eigenbedarf von 7 bis 8 Mio. Schilling pro Jahr produziert, mit dem Ziel ein nahestehendes Klientel im Besonderen zu bevorzugen, so ist es nun einmal und daher halte ich es einfach für unverschämt, wenn man dann noch weiter hergeht und die ursprünglich vereinbarten Netzkostenbeiträge, die die Stadtwerke bekommen sollten, für die zur Verfügungstellung ihres Gasnetzes, das ja schlussendlich von den Kunden bzw. auch den Steuerzahlern mitfinanziert wurde, womöglich auch noch kostenlos zur Verfügung zu stellen. Da gibt es auch einen zweiten Bereich, der wurde ebenfalls bereits angesprochen, das sind diese sogenannten Ausgleichszahlungen für vorgelagerte Gasnetzstufen. Da hat man ursprünglich den Stadtwerken einen Betrag von € 400.000,-- vorgeschrieben. Das ist nicht schlecht, man soll also noch dafür zahlen, dass man seine Leitungen zur Verfügung stellt, die man ja schlussendlich auch entsprechend betreuen muss, das kommt ja auch noch dazu, die Instandsetzung bleibt ja beim Gaswerk und nicht bei der Stadt, um wie gesagt, ein gewisses Ziel zu verfolgen. Es ist ja bedauerlich, und das muss ich auch sehr deutlich sagen, dass dieser Preis bzw. diese Zahlung noch nicht fixiert ist, deshalb hat es ja vorhin diesen Antrag gegeben, wo man eben versucht, das abzuwenden, denn wenn das tatsächlich eintreten sollte, dass man jetzt 300.000,-- bis 400.000,-- Euro bezahlen muss, dann schaut es wirklich sehr schlecht im Bereich des Gaswerkes aus, denn man darf ja nicht vergessen, wir haben einen Betriebsverbund Gas und Verkehr, der damals vor Jahren nicht zum Nachteil, sondern zum Vorteil gegründet wurde, weil es ja die Möglichkeit geboten hat, steuerliche Vorteile aus dem Gasverkauf durch Gewinne nicht ans Finanzamt abzuliefern, sondern im Gegenzug dem Verkehrsbetrieb, der ja sehr gute Leistungen für die Bevölkerung der Stadt erbringt, zu unterstützen. Also, wie gesagt, es ist da eine Entwicklung abzusehen, die – und da komme ich noch darauf – einiges nach sich ziehen wird, und wo noch einige Klärungen zu machen sind. Beim Verkehrsbetrieb war durch einen höheren Aufwand ein Anstieg des Verlustes von € 1.684.655,-- auf € 1.867.126,-- zu vermerken und dieser Verlust konnte erstmals vonseiten des Betriebsverbundes mit dem Gaswerk nicht mehr völlig abgedeckt werden. Es erhebt sich also die Frage, wer wird in Zukunft diesen Verlust tragen. Die Frau Kollegin Frech hat ja eine Frage an den Kollegen Hauser gerichtet, wie es denn in Zukunft im Verkehrsbetrieb ausschauen wird. Aber jetzt muss ich ganz offen sagen, diese Frage wird der Kollege Hauser nicht beantworten können, denn dazu bedarf es einer politischen Entscheidung. Einer politischen Entscheidung, ob man in Zukunft bereit ist, vonseiten der Stadt diese guten Leistungen, die ich vorher angeführt habe, die der Bevölkerung geboten wird, entsprechend finanziell zu

unterstützen. Das wird hier die Frage sein und davon wird es auch abhängig sein, nicht vom Kollegen Hauser alleine, Frau Kollegin, um ihre Frage zu beantworten, wie man in Zukunft vorgeht. Kann man diesen Verlust vonseiten der Stadt abdecken, kann man diesen Betrieb weiter aufrecht erhalten, oder sind in Zukunft Leistungseinschränkungen zu erwarten. Der sonstige betriebliche Aufwand ist um 14 % angestiegen, maßgeblich beeinflusst durch die neue Leistungsverrechnung von etwas mehr als € 190.000,--. Wir haben es genau da stehen, € 195.000,--, der Kollege Hauser hat mich ja darauf hingewiesen; das Bilanzergebnis ist um € 567.000,-- geringer als im Vorjahr. Das schlechtere Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit wurde durch € 396.000,-- aus der Katastrophenhilfe von 2003 doch etwas abgemildert. Trotz dieser wirklich sehr schwierigen Situation und immer schwieriger werdenden Bedingungen ist es den Mitarbeitern der Stadtwerke durch ihren Einsatz doch gelungen schlussendlich einen Jahresgewinn von € 323.695,-- zu erwirtschaften. Dafür, der Kollege Hauser hat es ebenfalls bereits angeführt, ich wiederhole es, ist der Dank an die Mitarbeiter abzustatten, ich bitte, das weiterzuleiten.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Frau Michaela Frech bitte.

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:

Geschätztes Präsidium, werte Kolleginnen und Kollegen. Im Gegensatz zum Kollegen Mayrhofer habe ich keine Flasche Rotwein benötigt, um diesen Amtsbericht, bzw. diesen Geschäftsbericht amüsant zu finden, er ist es auch ohne Alkohol. Allerdings möchte ich auf das Thema nicht mehr genau eingehen, Sie haben selbst alle diesen Geschäftsbericht vor sich liegen und können diese heiteren Hoppalas und Details nachlesen. Aber einige Punkte bleiben trotzdem offen und die finde ich auch ein bisschen bedenklich. Der eine Punkt ist diese Bürgermeisterverfügung; ich finde es sehr nett und schön, wenn es eine Bürgermeisterverfügung gibt, die einen Verein entlastet, aber ich denke mir dann, im Sinne von Gleichbehandlung kann es nicht sein, dass einzelne Vereine zur Kasse gebeten werden und andere nicht. Genau im Geschäftsbericht ist eben zu lesen, dass einzelne Vereine sehr wohl zu 100 % die Stromkosten verrechnet bekamen und andere nicht. Da würde ich dann auch den Herrn Bürgermeister bitten zu erklären, warum es hier zu dieser Bürgermeisterverfügung gekommen ist bzw. warum andere Vereine nicht in den Genuss dieser Bürgermeisterverfügung gekommen sind. Ein anderer Punkt ist, wenn man sich das wirklich im Detail durchliest, kommt ein Thema vor – und ich habe jetzt extra den Herrn StR Hauser noch einmal gefragt, wann dieser Bericht in Druck gegangen ist bzw. erstellt worden ist, also irgendwann so Mitte Juli 2005 herum – und da lese ich, „heftige Diskussionen fanden um die Anweisung des APM auf Priorität der städtischen Bestattung statt.“ Da können wir uns ja noch erinnern, das war diese Geschichte, die durch die Medien gegangen ist, dass es anscheinend ein kleines Ungleichgewicht zwischen privaten Anbietern und städtischer Bestattung gibt. Da ist anscheinend eine Weisung im Raum gestanden, dass die städtische Bestattung zu beauftragen ist. Dann lese ich weiter: „Die Anweisung wirkte für uns positiv, mit einem hohen Abholanteil. Im Verhältnis APT hat sich trotz paralleler Anweisung bisher nichts geändert.“ Das heißt, ich habe etwas Neues dazu erfahren, dass nicht nur diese Anweisung für das APM gegolten hat, sondern auch für das APT, was ich bisher gar nicht wusste. So weit ich mich noch erinnern kann, hat es damals geheißen, das war beim APM und das war so ein bisschen das Vorpreschen der neuen Leiterin, die das auch nicht so gemeint hat usw. Jetzt lese ich aber da, parallele Anweisung im APT. Jetzt bin ich aber jemand, der nicht etwas Böses unterstellt, sondern da denke ich mir, das ist ja der Geschäftsbericht 2004, also vielleicht hat man das hineingeschrieben, wie es früher war. Ich weiß zumindest, auch früher gab es diese Anweisung im APT. Aber jetzt lese ich weiter im Zukunftsausblick auf Seite 42 und da steht auf einmal: „Positiv wird sich auswirken die Weisung der Priorisierung im APM und APT.“ Ich kann mich erinnern, dass uns Mandataren erklärt worden ist, dass das wie gesagt eine Art Versehen war, dass das nicht so gemeint war und dass man das selbstverständlich zurücknimmt. Da lese ich aber im Ausblick, das wird sich positiv auswirken, dass es diese Weisung der Priorisierung im APM und APT gibt. Da habe ich eine ganz simple Frage. Wer gibt diese Weisung und warum wird sie aufrechterhalten?

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Nächster Redner, Herr GR Apfelthaler bitte.

GEMEINDERAT KURT APFELTHALER:

Wertes Präsidium, meine Damen und Herren im Gemeinderatssaal. So einfach dürfte es in diesem Bericht eh nicht sein, wir haben eine humoristische Einlage vom Herrn StR Mayrhofer gehört, der nur mit einem Glas Wein beim Durchgehen dieser Lektüre über die Runden gekommen ist. Wir wissen natürlich, dass fast die Hälfte unserer Betriebe da oben laut ihrer eigenen Einschätzung, die da lautet: „Bonitäts- und Insolvenzfrühwarnsystem“ stark insolvenzgefährdet sind. Was irgendwie in der Natur

der Sache ist, dass halt manche Betriebe wie z. B. die Verkehrsbetriebe nicht so ohne weiters in die schwarzen Zahlen kommen. Aber andere Dinge, denke ich mir, gehören schon geändert, was alleine die Buchhaltung betrifft. Wir haben ja heute quasi so eine Art Buchhaltung vor uns liegen, dass nämlich seit geraumer Zeit, sicher schon seit 3 oder 4 Jahre, die Kontrollabteilung immer jammert, dass die Einsicht in die Buchhaltung insofern immer wieder erschwert wird, weil wörtlich: „Weil Teile der Bilanz und der Gewinn- und Verlustrechnung jährlich umgegliedert werden, wodurch aus dem Blickwinkel einer geforderten Bilanzkontinuität die Lesbarkeit und das Erkennen von Tendenzen schwer bis unmöglich erscheint.“ Das kann man ja noch ein bisschen als Marotte der Stadtwerke ansehen, was ich aber nicht einsehe ist das, dass z. B. das APM und das APT jährlich ihre Buchhaltung und Bilanzen von einem unabhängigen Wirtschaftsprüfer anschauen lassen, nur bislang die Stadtwerke sich geweigert haben, das zu tun, obwohl sie in ihrem Bericht schreiben, dass sie die Bilanzen immer von einem unabhängigen Wirtschaftsprüfer prüfen lassen, aber nur Teile davon und nicht als Ganzes. Ich glaube, dass es durchaus zur Professionalität eines so großen Betriebes wie die Stadtwerke da oben gehören würde, wenn sie sich auch einmal extern prüfen lassen würden. Ich glaube, dass das Geld dafür stehen würde, weil vielleicht manches mit anderen Augen betrachtet werden würde. Interessant ist auch im Geschäftsbericht, der Herr StR Mayrhofer hat ja schon ein paar Sachen herausgezogen, aber ein paar sind mir auch aufgefallen. Vor allen Dingen wie da lautet, auf Seite 28 ganz unten: „Aus der Vergabe des Büffetbetriebes entstehen keine Erlöse, da diese dem Eishockeyverein vertraglich zugesichert sind. Aber das Büffet befindet sich in einem kritischen Zustand, die Hygienevorschriften entsprechend, eine Investition des Vereines wird unumgänglich geschehen müssen.“ Also das verstehe ich ja noch, dass man einem Sportverein sozusagen kostenschonend die Möglichkeit gibt, einen Sport auszuüben, aber ich denke mir, auch im Sinne unserer eigenen Mitbewohner in Steyr sollte man auch trachten, den Sportverein ein bisschen anzuschieben und sagen, passt auf, wenn uns das schon selber auffällt, dann tut bitte in dieser Richtung etwas, damit wir zumindest bei den Hygienevorschriften entsprechen. Was die Werbeeinnahmen aus den Hallen und den Bandenwerbungen entspricht, gibt es da keine Einkünfte, weil es anscheinend einen alten Vertrag gibt, dass das dem Eishockeyverein zufließen soll. Welchen Stellenwert der Steyrer Eishockeyverein jetzt hat, weiß ich nicht genau, weil ich mich nicht so intensiv damit beschäftige, aber aus der Vergangenheit weiß ich, dass es einmal besser war.

Unverständlicher Zwischenruf von GR Gerald Hackl

Gelächter

GEMEINDERAT KURT APFELTHALER:

Aber ich kann mich nicht erinnern, dass wir jetzt das Ennsufer auf unsere Einnahmen verplakatieren dürfen. Aber es ist ja auch ein Unterschied, wir sind ja auch auf geschmolzenem Wasser unterwegs und nicht auf eingefrorenem. Wo wir gerade beim Wasser sind; das ist interessant und das sollten wir auch verfolgen: „Die Bebauung im Bereich des Stadtgutes schreitet voran, neue Betriebe wurden angesiedelt, das Risiko von Verschmutzung des Trinkwassers im erweiterten Wasserschongebiet und das Problem der Notversorgung erhält neue Aktualität.“ Wie wenn wir das nicht wüssten. Also das wissen wir ja, es fehlt eigentlich nur mehr die Aktualisierung des Flächenwidmungsplanes, da müssen wir uns ein wenig sputen, Herr Bürgermeister, dass wir da einmal was tun. So, was haben wir noch? Ja, da haben wir das mit den Jahresrechnungsabschlüssen, das habe ich schon erwähnt. Aber das Ärgste habe ich mir zum Schluss aufgehoben. Der Herr StR Mayrhofer hat ja den oberen Satz schon erwähnt, der da lautet: „Die Angebotsstruktur im Hallenbad und Sauna erscheint nach den Investitionen weitgehend marktkonform. Das Angebot ist im Freibad mit Sprungturm, Tauchgarten, Wasserrutsche etc. gut, aber durch die natürliche Lage der uns zugänglichen Grundstruktur begrenzt.“ Ja, das kann man ja noch irgendwie akzeptieren. Was ich absolut nicht akzeptiere und das sage ich jetzt wirklich allen Ernstes, ist die Blödheit die im nächsten Satz steht, weil ich weiß ja nicht, ob bei uns im Freibad schon die Apartheid ausgebrochen ist, weil da steht: „Das Freibad hat im Vergleich zu Garsten mit einem höheren Ausländeranteil ein nicht behebbares Imagedefizit, obwohl nun auch Garsten beginnende Probleme aufweist.“ Also ich weiß nicht, es wäre das Gleiche, wenn ich sagen würde, die Behamberger sind schmutzig und die Haidershofener haben Plattfüße, also was soll der Blödsinn da drinnen? Ganz ehrlich gesagt, ich habe mir gedacht, dass dieses Gedankengut, dass man Ausländern sozusagen die Schuld zuweist, in einem Betrieb von uns, wo wir jahrzehntelang nichts investiert haben und wahrscheinlich daraus resultierend eine Qualitätseinbuße gehabt haben, aber dass man denen die Schuld zuweist, dass nicht mehr baden gehen, das ist ja wirklich blöd.

GEMEINDERAT ROMAN EICHHÜBL:

Das ist aber aus der Sicht der Kunden, die dort hingehen.

GEMEINDERAT KURT APFELTHALER:

Ja, aber dann soll ich mich vielleicht noch herausstellen und die Kronen-Zeitung zitieren, oder was? Im Grunde genommen ist das eine Frechheit, was da herinnen steht. Ich habe geglaubt, gerade durch das Integrationszentrum und Bemühungen der Stadt Steyr, zumindest der aufgeklärteren Kreise, nicht den Ausländern ständig eine Schuld zuzuweisen, eine diffuse. Sondern wie Sie sagen, Herr Kollege Eichhübl, aber das sagen ja die Leute, aber nur bestimmte Leute, das muss man auch wieder dazusagen, die das als Ersatzproblemlösung sehen. Also, ich bitte dringendst darum, dem Verfasser dieses Schreibens einmal tief in die Augen zu schauen und ihm zu sagen, dass er künftig solche Äußerungen bitte unterlassen soll.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Kollege Bremm bitte.

VIZEBÜRGERMEISTER GERHARD BREMM:

Ich möchte eigentlich nur ein paar Bemerkungen machen. Die Debatte, die auf dieser Ebene, in dieser Form stattfindet, wird nur vom Verwaltungsausschuss jetzt in den Gemeinderat getragen, weil all jene, die im Verwaltungsausschuss sitzen, kennen diese Diskussion in dieser Form auch. Ich glaube, dass das nicht hierher gehören sollte.

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:

Das ist aber schon der Geschäftsbericht.

VIZEBÜRGERMEISTER GERHARD BREMM:

Diese Diskussion wird zu führen sein, ich bin auch mit einigen Formulierungen ...

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:

Wo?

VIZEBÜRGERMEISTER GERHARD BREMM:

Z. B. im Stadtwerkeausschuss. Dort im Verwaltungsausschuss der Stadtwerke, die ja aufgrund der Änderung auf die Ebene Stadtsenat, der Verwaltungsausschuss ist ja fast die Ebene Stadtsenat, und dort ist sicherlich die Diskussion zu führen und dort kann man sie auch führen. Ich glaube nicht, dass es unbedingt angesagt ist, ein Wirtschaftsunternehmen der Stadt doch im öffentlichen Bereich so zu zerreißen. Das ist nicht unbedingt sinnvoll und zweckmäßig und es dient niemanden. Ich bin auch einverstanden, dass doch einige Kritik an Formulierungen anzuführen sind. Ich glaube, dass auch in einem Geschäftsbericht nicht alles drinnen stehen muss, was Amerika für eine Entwicklung hat usw., das ist alles Blödsinn, wir sind ja kein internationaler Konzern, wo solche Entwicklungen eine Rolle spielen. Da sind wir schon zum Teil einer Meinung und das wird man auch der Geschäftsführung sehr deutlich nahe bringen und sagen, was gewünscht ist, was berichtet werden soll, was in einem Geschäftsbericht drinnen ist. Vielleicht mag das doch aus einer Zeit stammen, wo der Herr Zeilinger einem großen Konzern angehört hat und dort auch der kaufmännische Leiter war und dort natürlich auch Auslandsgesellschaften drinnen waren, es ist möglich, dass vielleicht diese Zeit in gewissen Formulierungen noch drinnen ist. Sonst muss man schon dazu sagen, was auch so inhaltlich ...

Diskussion verschiedener Mandatare

VIZEBÜRGERMEISTER GERHARD BREMM:

Kollege Eichhübl, ich habe dir auch zugehört, hast du das eh bemerkt?

GEMEINDERAT ROMAN EICHHÜBL:

Entschuldigung, aber die Dame hat mir eine Frage gestellt, und die muss ich zuerst beantworten.

VIZEBÜRGERMEISTER GERHARD BREMM:

Ich habe das nur gesagt, weil ich darauf warte, bis du mir wieder zuhörst.

GEMEINDERAT ROMAN EICHHÜBL:

Das möchte ich bitte im Protokoll vermerkt haben.

VIZEBÜRGERMEISTER GERHARD BREMM:

Zu bestimmten Kritiken, die inhaltlich angeführt worden sind, wir wissen alle ganz genau, dass sich die Stadtwerke mit allen Bereichen in einem wirtschaftlichen Spannungsfeld bewegen, das nicht im Einfluss der Geschäftsführung ist, das nicht im Einfluss der Stadt und auch nicht der politisch

Verantwortlichen der Stadt ist. Da gibt es viele Ursachen dazu und das werden wir auch in Zukunft nicht so sehr beeinflussen können. Zum Stadtbad, weil das auch immer wieder erwähnt worden ist; ich glaube, dass wir gerade in dem Bereich in den Jahren, auch in deinen Jahren, gewisse Nachwirkungen haben. Du kannst doch nicht sagen, dass sich jetzt innerhalb von 2 Jahren was weiß ich was geändert hat. Du warst ja lange Zeit dort Referent, 12 Jahre, wenn ich es jetzt richtig im Kopf habe. Viele Dinge, die du jetzt kritisierst, sind ja auch in deiner Zeit der Fall gewesen. Jetzt könnte ich polemisch sein und sagen, was hast du in den 12 Jahren getan?

GEMEINDERAT ROMAN EICHHÜBL:

Ich glaube, du hast mir nicht zugehört.

VIZEBÜRGERMEISTER GERHARD BREMM:

Es ist dort in den Jahren vieles geschehen, wir haben in dieser Zeit auch viel Geld investiert. Zu einem Punkt möchte ich schon auch noch etwas sagen, weil da die Sportvereine im Geschäftsbericht angeführt worden sind. Mit dieser Formulierung bin ich auch in keinster Weise einverstanden, wenn man das kritisch bemerkt. Die Hygienevorschriften, die werden dort eingehalten, da gibt es überhaupt keinen Anlass, da wehre ich mich massiv dagegen. Das ist eine Professionistin, die dieses Büffet betreibt und die hat die Auflagen und hält diese ein. Dass das Büffet nicht das schönste ist, was vielleicht sein könnte, das liegt nicht am Verein, das liegt nicht an der Person, die dieses Büffet betreibt, sondern das liegt an uns, weil wir bisher nicht in der Lage gewesen sind, ein Haus dort hinzustellen, ein Gebäude zu errichten, wo die Eisläufer, der Publikumslauf hineingeht. Das haben wir bisher nicht getan und wenn man das als Stadt nicht tut, dann haben auch alle zur Kenntnis zu nehmen, dass das dort nicht so schön ist. Die Hygienevorschriften werden dort auf jeden Fall bis ins Detail eingehalten, das möchte ich nur sagen. Wenn dort über die Werbeeinnahmen geklagt wird; na ja es gibt halt Vereinbarungen, zu denen man auch seitens der Politik stehen sollte, die Vereine müssen halt schauen, wie sie sich ihre Aufwendungen finanzieren, die nun mal sind, und Eishockey ist nun einmal kein billiger Sport, auch wenn man nicht mehr in den höchsten Ligen spielt. Der Eishockeysport ist ein sehr teurer Sport, die ganze Ausrüstung ist sehr aufwendig, das Umherfahren mit den Autobussen ist sehr aufwendig und da muss man halt schauen, dass da Möglichkeiten sind, dass sich die auch Geld machen können. Die Werbungen, die Transparente, die am Eislaufplatz angebracht sind, da gibt es eine Vereinbarung, da tragen die Stadtwerke eh nichts dazu bei, weil da müssen die Vereinsfunktionäre selber darum laufen und müssen sich die suchen, die dort Werbung machen. Die bereit sind, Werbung am Eislaufplatz zu machen, die machen es eh nicht wegen uns, wegen der Stadt und den Stadtwerken, sondern wegen dem Verein, die unterstützen den Verein. Das sollte man jetzt nicht kritisch beleuchten, sondern das ist einfach eine finanzielle Voraussetzung, damit man dort den Sport betreiben kann. Das wollte ich nur dazu gesagt haben und ich glaube, wir sollten uns auch dazu bekennen, dass das Umfeld und die Rahmenbedingungen für die Vereine passen. Egal ob das Paddler sind, zu denen habe ich mich bekannt, wie das Hochwasser war, dass wir da das wieder so herstellen, dass man dort dem Sport nachgehen kann, aber dasselbe muss auch für Eishockey und für alle Sportlerinnen und Sportler in der Stadt gelten.

GEMEINDERAT KURT APFELTHALER:

Darf man jetzt Werbeplakate aufhängen?

VIZEBÜRGERMEISTER GERHARD BREMM:

Da im Zentrum ist es natürlich schwierig, aber wenn sich die Paddler irgendwo auf einem Fußballplatz einmieten würden, ...

Gelächter

VIZEBÜRGERMEISTER GERHARD BREMM:

... denn drüben beim Paddlerhaus würden sie mit dem Kollegen Mayrhofer in Konflikt geraten, der verantwortlich und „Kaiserzuständig“ ist; das ist eine andere Geschichte. Sonst können alle Sportplätze, alle Vereine, unabhängig wo sie hinkönnen, ob das der LAC ist, ob das die Amateur ist, ob das die Vorwärts ist, ob das der ATSV ist, die Sportplätze bewerben. Das sollte auch in Zukunft so möglich sein, weil wenn wir ihnen das nehmen, weil wir da als Stadt vielleicht glauben, da müssen wir € 1.000,-- oder € 2000,-- damit gewinnen, dann werden wir die Vereinsaktivitäten dort umbringen. Ich habe es jetzt eh nicht in Richtung von dir gesagt, Roman, sondern ich habe das auch in Richtung Geschäftsführung der Stadtwerke gesagt und ich habe auch gesagt, dass ich mit einer Reihe von Formulierungen in diesem Geschäftsbericht nicht einverstanden bin und da gehört eben dieser Punkt, was die Vereine anbelangt, auch dazu.

GR Dr. Michael Schodermayr verlässt um 18.00 Uhr die Sitzung

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Danke schön. Michaela bitte.

GR Stephan Keiler verlässt um 18.00 Uhr die Sitzung.

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:

Geschätztes Präsidium, werte Kolleginnen und Kollegen. Ich verstehe schon, Herr Kollege Bremm, dass es Ihnen wahrscheinlich lieber wäre, wenn man diesen Geschäftsbericht nicht in der Öffentlichkeit diskutiert, das wäre wahrscheinlich den Stadtwerken auch lieber, darum steht auch hier bei jeder Fußzeile, auf allen über 100 Seiten, „vertraulich!!!“. Nur es ist halt so, in dem Moment, wo dieser Geschäftsbericht beschlossen wird – und das passiert eben im Gemeinderat - diskutieren wir eben auch hier im Gemeinderat, würde er im Stadtwerkeausschuss beschlossen werden, da gebe ich Ihnen Recht, würden wir dort die Diskussion führen, beschlossen wird er aber hier. Ich habe mir aber schon in all den Jahren gedacht, korrigieren Sie mich, wenn es nicht so ist, dass im Gemeinderat unter anderem etwas beschlossen wird und vorher wird darüber diskutiert. Wenn wir jetzt gar nicht mehr darüber diskutieren dürfen, dann sagen Sie uns das, dann nehmen wir das zur Kenntnis. Ich finde die Formulierung ja nett, Herr Kollege Bremm, wenn Sie sagen, ihnen gefällt das nicht, die Formulierung mit den Sportvereinen. Nur ich habe auf die Frage, warum behandelt man einzelne Sportvereine unterschiedlich, warum verrechnet man den einen etwas, den anderen nicht, noch immer keine Antwort. Nur einen Punkt noch, der Herr Kollege Mayrhofer hat die witzigen Dinge gebracht, der Kollege Apfelthaler hat ein paar Punkte in Richtung Ethik und Moral gebracht und ich bringe noch zahlenmäßige ins Spiel. Nämlich so ganz lapidar gibt es immerhin einen Geschäftsbericht, der etwas über 100 Seiten umfasst und dann liest man z. B., wortwörtlich, ich füge nichts hinzu und lasse auch nichts weg: „Die sonstigen Verbindlichkeiten der gesamten Stadtwerke steigen um € 3.076.000,--.“ In altem Geld immerhin 42 bis 43 Mio. Schilling, das ist kein Klacks. Und jetzt kommt es: „Durch eine eher zufällige Verrechnungssituation mit Finanzamt, Gebietskrankenkasse und anderen.“

STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:
Ha, ha, eher zufällig!

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:

„Durch eine eher zufällige Verrechnungssituation mit Finanzamt, Gebietskrankenkasse und anderen Abrechnungsstellen.“ Aus, da wird nicht erläutert, was das Besondere an dieser Verrechnungssituation ist, weil dann hätten wir vielleicht noch die Möglichkeit zu überlegen, wodurch entsteht das. In einem einzigen Satz geht es um 42 bis 43 Mio. Schilling.

Unverständlicher Zwischenruf

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:

Na ja, ich glaube, es ist nicht ganz gut, weil irgendwer wird irgendwann einmal für all diese Kosten aufkommen und ich glaube nicht, dass das der Gemeinderat ist.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Danke schön. Schlusswort bitte.

STADTRAT WILHELM HAUSER:

Geschätzte Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates. Ich wundere mich sehr, wie heute plötzlich der Geschäftsbericht beurteilt wird, weil ich wette mit Ihnen, dass sie 70 % der Formulierungen in den Geschäftsberichten des Herrn Wein finden, weil der Herr Zeilinger ist jetzt nicht hergegangen und hat gesagt, er entwirft 100 Seiten, das können Sie mir glauben. Plötzlich ist es in vielen Dingen so, dass es so aussieht, als wenn der gänzlich neu erfunden wäre.

Unverständlicher Zwischenruf

STADTRAT WILHELM HAUSER:

Nein, wir verschieben überhaupt keine Schuld, sondern es ist nur so, dass ich zur Kenntnis nehme, dass Sie halt in Zukunft das so nicht wollen, ich werde das an die Geschäftsführung weitergeben. Ich bin nur 100 % überzeugt, wenn ich mir den Geschäftsbericht des Jahres 2000 bis 2003 anschau, dass sich da nicht viel verändert, vielleicht dort und da eine Formulierung, das gebe ich schon zu.

Nun zu angesprochenen Punkten, die hier kritisiert wurden; einerseits zur Bürgermeisterverfügung. Ich habe das zuerst schon zitiert, dass die Geschichte in dem Sinn so ist, dass das nachgeholt wird, erstens die Verrechnung, weil es um die Gleichbehandlung geht, nur zu dem Zeitpunkt, wo der Herr Bürgermeister das damals verfügt hat, war nämlich noch immer die alte Vereinbarung aufrecht, dass aufgrund der Errichtung der Eishalle – und daher muss man auch die Geschichten kennen, die dazugehören – die gesamte Stromanlage, Stromsituation, Stromkosten etc. unter Eingang des Tennisplatzes verlegt werden musste und diese Kosten hat zur Gänze ATSV getragen. Das war sozusagen eine Vereinbarung zwischen dem damaligen Bürgermeister und dem ATSV Steyr, dass das so zu geschehen hat und nun wurde gesagt, dass diese Dinge schon längst sozusagen abgegolten sind und diese Dinge neu zu wirken beginnen. Damit ist hoffentlich diese Frage jetzt beantwortet, aber das hat man natürlich damals prüfen müssen, wie das so zustande gekommen ist und außerdem macht die ATSV – das habe ich auch zuerst schon erwähnt – jetzt ein Projekt, um sich gänzlich von dem abzunabeln und eigens diese Stromversorgung zu gestalten. Somit haben sie überhaupt nichts mehr mit den Stadtwerken zu tun und wird auch damit nicht mehr vorkommen. Die nächste Geschichte, Weisung der Bestattung. Es ist richtig, dass es damals von der Frau Kollegin Freidhager falsch verstanden wurde, das so hinauszugeben, wie sie es getan hat. Aber eines ist schon klar, dass wir als Stadtbetriebe unseren Bediensteten sagen, wenn es keinen gesonderten Wunsch gibt, wer die Abholung sozusagen durchführen soll, dass dann die städtischen Betriebe diese Abholung durchführen und das ist Fakt.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:
Ein Satz bitte dazu.

STADTRAT WILHELM HAUSER:
Bitte.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:
Da steht 2004, wir haben Dezember 2004 das Altersheim mit 70 Leuten eröffnet und die anderen sind im Jänner 2005 gekommen.

STADTRAT WILHELM HAUSER:
Darum hat er sich mit der Aussage ja auf das was 2005 gekommen ist bezogen.
So, nächste Geschichte, Werbung Eishockey ist schon gesagt worden. Die dritte Geschichte bezüglich dieser unglücklichen Formulierung wegen der Ausländer. Nur muss man fairerweise dazusagen, lieber Kurt, dass nach wie vor das Gerücht leider Gottes nicht aus der Welt zu schaffen ist, dass bei uns die Ausländer im Stadtbad angeblich freien Eintritt hätten und das kursiert nämlich überall und viele Leute kommen zu uns und sagen, dass sie aus diesem Grund das Stadtbad nicht besuchen.

GEMEINDERAT ANDREAS KUPFER:
Die zahlen selbstverständlich auch.

STADTRAT WILHELM HAUSER:
Natürlich zahlen sie, darum sage ich ja, dieses Gerücht besteht leider, es ist nicht aus der Luft geholt, es ist leider Gottes Fakt, dass es sehr zur Imageverschlechterung unserer Einrichtung Stadtbad beigetragen hat. Ich gebe zu, dass die Formulierung, die da drinnen steht, nicht hingehört und ich werde es weitergeben.
Nächste Geschichte, Gaspreissenkung, die der Herr StR Mayrhofer angesprochen hat. Herr Kollege Mayrhofer, die Kronen Zeitung hat berichtet, dass die Ferngas OÖ und Linz ihre Preise um 4 % senken. Ich mache darauf aufmerksam, dass sie mit 1. September um 9,89 % erhöht haben und jetzt eine 4 %ige Kostensenkung gemacht haben, aufgrund der neuen Netzkostenbeitragsverordnung. Da wir erst mit 1. November erhöht haben, und sicherheitshalber und vernünftigerweise auch gleich die 6 % genommen haben, werden Sie verstehen, dass ich nicht auch noch die 4 % runterstreiche.

STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:
13,2 % !

STADTRAT WILHELM HAUSER:
Ja, das sagt die Zeitung Ihnen. Ich kann Ihnen nur sagen, ...

STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:
Lügt die Zeitung?

STADTRAT WILHELM HAUSER:
Nein, das habe ich nicht behauptet.

Diskussion verschiedener Mandatare

STADTRAT WILHELM HAUSER:
Das müsste geprüft werden, denn dann müssten Sie mir erklären, warum die OÖ Ferngas und die Linz AG ihre Preise um 4 % senken, aufgrund des Netzkostenbeitrages und sonst keine Senkung durchführen. Sollte das überall so sein, dass wir auch um 13 % billiger einkaufen, sind wir gerne bereit, das sofort an den Kunden weiterzugeben, da können Sie mein Wort darauf haben. Die Ergebnisse haben sich verändert, hat der Kollege Eichhübl angesprochen. Völlig richtig, Wasserverkauf ist von der Jahreszeit abhängig. Gasverkauf, da haben wir das große Glück, dass wir Großkunden haben, die von unserem Zulieferer, der Ferngas OÖ, einen billigeren Preis bekommen als wir den bekommen. Das möchte ich schon einmal ganz klar dazusagen, mit bewussten Strategien fährt die Ferngas OÖ z. B. beim Krankenhaus, beim Interspar, bei Eckelt und Konsorten hinein und nimmt uns das Geschäft weg. Wir sind dann diejenigen, die also letztlich auch die Zeche zahlen, nämlich in dem Sinn die Zeche bezahlen, dass die Haushalte von dieser Liberalisierung des Gasmarktes überhaupt nichts haben, weil sonst täten sie es eh schon längst. Aber da macht sich nicht einmal einer den Weg zum Haushalt hin, dass er den bewegt, um bei ihm Gas liefern zu können.

STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:
Wird jetzt gerade gemacht.

STADTRAT WILHELM HAUSER:
Ja, das glaube ich Ihnen eh, das wird dann auch noch alles kommen, auf alle Fälle, die Nutznießer dieser ganzen Geschichten sind letztlich die französischen und deutschen Lieferanten, die hier ins Geschäft kommen bzw. die OÖ Ferngas und das ist Fakt. Leistungsverrechnung, da muss man fairerweise sagen, die € 195.000,--, geschätzte Kolleginnen und Kollegen, die hier verrechnet wurden, sind sozusagen eine Namensgebung für ein anderes Kind. Weil fairerweise muss man schon dazusagen, dass man die Gebrauchsabgabe, die eine Größenordnung von € 186.000,-- gehabt hat, letztlich gestrichen hat und auch die Stadtwerke angeboten haben, dafür die € 195.000,-- bzw. diese Leistungsverrechnung einzuführen.

STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:
Von € 110.000,-- auf € 195.000,--.

STADTRAT WILHELM HAUSER:
€ 186.000,-- war die Gebrauchsabgabe.

STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:
Die Gebrauchsabgabe beträgt für 2004 € 110.148,--.

GEMEINDERAT ROMAN EICHHÜBL:
Ab Mai.

STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:
Eine Erhöhung von € 85.000,-- ab Mai.

STADTRAT WILHELM HAUSER:
Ich sage Ihnen nur, dass das letztlich so gegenverrechnet wurde und auch im Beschluss des Verwaltungsausschusses so durchgeführt wurde. Zum Netzkostenbeitrag möchte ich letztlich auch noch sagen, und das hat ja auch der Kollege Eichhübl erwähnt, dass die Steyrerinnen und Steyrer dieses Netz bezahlt haben und dasselbe ist uns bitte bei der Post passiert. Alle Leitungen zu den Festnetztelefonen, alle Sendermasten wurden brav von der Post errichtet und dann haben sie alle möglichen genützt, die sozusagen dann in den Genuss gekommen sind das zu tun und machen fest und ordentlich Geschäfte damit. Ich behaupte, dass die E-Controll, die eine Behörde ist, die beim Herrn Bartenstein angesiedelt ist, ja letztlich hier satte Abgaben von uns allen kassiert und eine Behörde ist, die, wenn man sich das Ganze betrachtet, überflüssig wäre, wenn man sozusagen diese Liberalisierung in dem Sinne nicht durchgeführt hätte. Es ist letztlich ein Bedienen des freien Marktes dahingehend, dass man haben wollte, dass ein gewisses Klientel viel Geld verdient, aufgrund dessen

was die Steuerzahlerinnen und Steuerzahler vorher errichtet haben, nämlich das Gaszuleitungsnetz in der gesamten Stadt Steyr. Was dazu kommt ist, dass wir es nicht nur instandhalten und sanieren müssen, sondern wir sind natürlich auch daran interessiert, es auszubauen um das Ganze den Kunden in der Stadt Steyr und der Umgebung so angenehm wie möglich zu gestalten. Nun noch zu diesen Verbindlichkeiten, die die Frau Kollegin Frech angesprochen hat; es geht um eine Ultimogeschichte zum 31. 12. und da muss man halt ganz einfach dazu sagen, dass im Jänner bzw. im Februar diese Verbindlichkeiten in diesem Sinne auch wieder weg sind. Daher geht es nicht um eine Gesamtverschlechterung von 3 Mio. Euro, weil die müssten Sie mir zeigen, wo die stehen, wenn wir auf der anderen Seite € 324.000,-- plus machen.
In diesem Sinne ersuche ich um die Beschlussfassung dieses Geschäftsberichtes.

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:

Herr Kollege Hauser, genau das wäre der Punkt, gestatten Sie mir jetzt den Zwischenruf, dass man statt die Arbeitsproduktivität der USA und die Urlaubsfrage in Japan genau diese Punkte mit einem Zwischensatz hineinschreibt.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Danke schön. Wir kommen zur Abstimmung. Wer für diesen Antrag stimmt, den ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand. Dafür SPÖ, FPÖ, 1 Grüne – GR Kupfer. Wer ist dagegen? 1 Grüne – GR Apfelthaler. Stimmenthaltungen? 4, 3 ÖVP, 1 Bürgerforum. Der Antrag ist mit Mehrheit angenommen.

Ich danke dem Berichterstatter, nächster Berichterstatter ist der Herr StR Mayrhofer.

BE:STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:

Geschätzte Kolleginnen und Kollegen. Vielleicht können Sie sich noch erinnern, als ich mit solchen Stapeln an Papier gekommen bin. Herr Apfelthaler, leider sind hier wirklich die Auswirkungen des heurigen Budgets spürbar, ich habe kein Geld mehr, dass ich Straßen saniere. Das einzige was mir noch übrig bleibt, ist Ehrungen zu verleihen, das ist billiger, ob es sinnvoller ist ...

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Sollen wir es weglassen?

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Nein.

STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:

Wir haben daher den Antrag 3 Eigentümergruppen bzw. verdiente Persönlichkeiten mit dem Steyrer Panther auszuzeichnen. Das erste sind drei Wohnhausbesitzer in der Wehrgrabengasse, der zweite ist die Fa. Kleiderbauer und das dritte ist der Herr Wolfgang Bernhauer, der praktisch für sein Lebenswerk, nämlich die Aufarbeitung der Kleindenkmäler und die Führung des Steyrer Kripperls ausgezeichnet werden sollen.

18) K-1/05 Verleihung des Ehrenzeichens „Steyrer Panther 2004“; Auszeichnung der Stadt Steyr für besondere Verdienste in der Denkmalpflege.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der FA für Altstadterhaltung, Denkmalpflege und Stadterneuerung vom 7. November 2005 wird an folgende Personen, die sich besonders für die Pflege und Erhaltung von Baudenkmälern in der Stadt Steyr einsetzen und Außergewöhnliches für die Altstadterhaltung, Denkmalpflege und Stadterneuerung geleistet haben, als Anerkennung das Ehrenzeichen „Steyrer Panther“ verliehen.

Gemäß III Abs. 1 der Richtlinien werden genannt:

1. Ensembleeigentümer:

Fam. Elisabeth und Erich Zeindlhofer jun. und Herr Erich Zeindlhofer sen.,
Frau Adelheid Stangl,
Frau Gertrud Kovacs,

2. Herr Werner Graf, Firma Kleider Bauer

3. Herr Mag. pharm. Wolfgang Bernhauer

Ich ersuche, dem Antrag die Zustimmung zu geben.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Gibt es dazu eine Wortmeldung?

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:
Nur, nicht jammern bei den Straßen. Hätten wir soviel Geld ...

STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:
Sie sehen es eh, das sind Tatsachen.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Wir kommen zur Abstimmung. Wer ist gegen diesen Antrag? Stimmenthaltungen? Einstimmige Annahme.
Ich danke dem Berichterstatter, nächster Berichterstatter, Herr StR Walter Oppl.

BE:STADTRAT WALTER OPPL:
Sehr geehrter Herr Bürgermeister, wertres Präsidium, liebe Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates. Bei meinem heutigen Antrag geht es um die Beschlussfassung des Gesamtverkehrskonzeptes 2005 für die Stadt Steyr. Erlauben Sie mir, liebe Kolleginnen und Kollegen, vor der Verlesung meines Antrages einige grundsätzliche Bemerkungen dazu zu machen. Die Erstellung dieses Konzeptes war geprägt, so glaube ich, von einer beispielhaften Arbeitsweise von allen Beteiligten, die es verdient, in diesem Gremium besonders hervorgehoben zu werden. Entgegen der Vorgangsweise bei der Erstellung unseres Verkehrskonzeptes aus dem Jahre 1993, wo wir erst nach Vorliegen des Gesamtkonzeptes die darin enthaltenen Vorschläge zum Teil sehr kontroversiell diskutiert haben und es zur Beschlussfassung sogar einer Sondergemeinderatssitzung bedurfte, haben wir dieses Mal einen komplett anderen Weg gewählt. Es wurde nach unserem Beschluss, das Verkehrskonzept 1993 zu evaluieren und zu überarbeiten, im Verkehrsausschuss beschlossen, eine Arbeitsgruppe einzurichten, die gemeinsam mit der technischen Universität Graz, die nun vorliegenden Vorschläge und Maßnahmen erarbeitet hat und schlussendlich im Verkehrsausschuss diskutiert und zur Weiterleitung an den Gemeinderat beschlossen wurde. Die Arbeitsgruppe bestand unter meiner Vorsitzführung aus je einem Vertreter der im Gemeinderat vertretenen Fraktionen, der Wirtschafts- und der Arbeiterkammer, der Polizei, Fachbeamte aus dem Haus, sowie den Vertretern der technischen Universität Graz. Zu den einzelnen Arbeitsgruppensitzungen wurden jeweils nach Bedarf zusätzlich Fachleute wie z. B. von den ÖBB, oder unseren städtischen Betrieben hinzugezogen. Zwischen den Arbeitsgruppensitzungen und den Sitzungen des Verkehrsausschusses wurden die terminlichen Zeiträume so gewählt, dass die erarbeiteten Vorschläge auch in den einzelnen Fraktionen diskutiert werden konnten, um eventuelle Ergänzungen in die vorliegenden Vorschläge der Arbeitsgruppe aufzunehmen, was auch in der Praxis geschah. Durch diese Vorgangsweise, liebe Kolleginnen und Kollegen, dass alle Fraktionen und Institutionen bereits im Entstehungsprozess dieses Verkehrskonzeptes mit eingebunden waren, stehen wir somit heute vor der Situation, dass ich Ihnen berichten kann, und das freut mich ganz besonders, dass sämtliche Ergebnisse, die in diesem neuen Konzept enthalten sind, nicht nur von der Arbeitsgruppe sondern auch von den Mitgliedern des Verkehrsausschusses einstimmig zur Annahme an den Gemeinderat weitergeleitet werden konnten. Ich möchte mich bei dieser Gelegenheit bei allen Mitgliedern der Arbeitsgruppe und den Mitgliedern des Verkehrsausschusses, aber auch bei allen Beamten, allen voran dem Leiter der FA für Stadtentwicklung und Stadtplanung, Herrn DI Froschauer Thomas, für die konstruktive Zusammenarbeit in den letzten 2 Jahren wirklich recht herzlich bedanken. Auch wenn es in einzelnen Punkten unterschiedliche Meinungen gegeben hat, haben wir es immer geschafft, nach einer sachlichen Diskussion zu einem gemeinsamen Ergebnis zu kommen. Nicht zuletzt aber auch dadurch, dass die ganze Entstehung dieses neuen Verkehrskonzeptes äußerst professionell durch die TU Graz gelenkt wurde. Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich möchte nun aber zum eigentlichen Antrag überleiten.

Vizebgm. Ing. Dietmar Spanring verlässt um 18.20 Uhr die Sitzung.

STADTRAT WALTER OPPL:
Der Gemeinderat der Stadt Steyr hat am 3. Juli 2003 einstimmig den Beschluss gefasst, die Evaluierung und Überarbeitung des Verkehrskonzeptes von 1993 an die technische Universität Graz, Institut für Straßen- und Verkehrswesen zu vergeben. Im Zuge der Auftragsvergabe wurden die verkehrspolitischen Ziele der Stadt neu definiert und formuliert. Unter dem Gesichtspunkt des

Hauptzieles, nämlich der Sicherung einer auf Dauer tragbaren Mobilität von Personen und Gütern, damit

- die Lebens- und Umweltqualität verbessert wird,
- die wirtschaftliche Entwicklung positive Impulse erhält und
- das soziale Gefüge im Sinne der Gerechtigkeit, Sicherheit und des sozialen Zusammenhaltes gestärkt wird.

Unter dieser Formulierung kam es zu einer Konkretisierung der Ziele für die Stadt Steyr, die wie folgt lauten:

- Vermeidung unnötigen Verkehrs, da eine weitere Zunahme des motorisierten Individualverkehrs aus umweltpolitischen Gründen nicht erwünscht ist.
- Verlagerung von Verkehr auf umweltfreundliche Verkehrsmittel, um den Verkehr in möglichst umweltschonender Form abzuwickeln.
- Abwicklung des verbleibenden KFZ-Verkehrs in möglichst sozialverträglicher und umweltverträglicher Form.

Aufbauend auf dieser Formulierung hat die TU Graz in den letzten 2 Jahren das Verkehrskonzept von Dr. Stickler aus dem Jahr 1993 evaluiert und eine Problemanalyse mittels groß angelegter Bürgerbefragung und umfangreicher Verkehrszählung durchgeführt. Insgesamt wurden mehr als 1.400 Personenfragebögen ausgefüllt und über 1.600 Kritikpunkte und konkrete Lösungsvorschläge von der Bevölkerung in das Konzept eingebracht.

Diese Grundlagenforschung war Ausgangspunkt für die Erstellung von Maßnahmepaketen für Fußgänger- und Radfahrerverkehr, öffentlichen Verkehr und den motorisierten Individualverkehr. Neben dem bereits beschlossenen Modul Parkraumbedarf und Standortanalyse Parkgarage Innenstadt wurde auch ein eigenes kleinräumiges Verkehrskonzept für den Bereich Wehrgraben/Fachhochschule ausgearbeitet.

Die Hauptergebnisse wurden im Vorfeld unserer heutigen Sitzung in Kurzfassungen jeder Fraktion bereits übermittelt. Ich möchte diese wirklich nur ganz kurz erläutern und zwar:

Beim Modul Fußgänger und Radfahrer wurden 93 Einzelmaßnahmen zu 13 Maßnahmentypen wie z. B. Verbesserung der Fußwegachsen ins Zentrum, Entschärfung von großen Steigungen und Öffentlichkeitsarbeit und Marketing zusammengefasst.

Beim Modul öffentlicher Verkehr erfolgte eine Zusammenfassung der Einzelmaßnahmen zu 9 Maßnahmengruppen wie z. B. Beschleunigungsmaßnahmen, Fahrplanabstimmung bei Schnittstellen des öffentlichen Verkehrs und neue Linien.

Das Hauptmodul aber war eigentlich der motorisierte Individualverkehr. Neben den Hauptzielen Planung und Bau von Tabor-/Posthofknoten, sowie der Westspange soll längerfristig die Südspange und für künftige Generationen auch die Ostspange weiterverfolgt werden. Neben den großen Umsetzungsmaßnahmen gibt es eine Reihe von sogenannten Grundmaßnahmen, die unabhängig von kostenintensiven Bauvorhaben sofort durchgeführt werden sollten. Dies sind z. B. Parkraumbewirtschaftung und Parkraummanagement, flächenhafte Verkehrsberuhigung in den Wohngebieten und Überprüfung der Verkehrslichtsignalanlagen an ampelgeregelten Kreuzungen mit Beeinflussung. Gemeint ist damit eine verkehrsabhängige Besteuerung mit Beeinflussung durch öffentliche Verkehrsmittel bzw. eine Detailuntersuchung möglicher alternativer Kreuzungsformen wie z. B. Kreisverkehre. Wichtig dabei ist die Erkenntnis, dass nur mit Großbauvorhaben wie z. B. der Westspange, wie ich schon erwähnt habe, die innerstädtischen Verkehrsprobleme laut der Meinung der TU Graz nicht zu lösen sind.

Zum Modul kleinräumiges Verkehrskonzept Wehrgraben/Fachhochschule möchte ich berichten, dass wir im Verkehrsausschuss die Einführung einer Parkraumbewirtschaftung bzw. Kurzparkzone, sprich Bewohnerparken rund um das Fachhochschulareal als Instrument zur Verkehrsberuhigung bereits beschlossen haben. Die Umsetzung dieses Beschlusses erfolgt aber erst dann, wenn gleichzeitig Begleitmaßnahmen wie z. B. Ausweichparkplätze für die Fachhochschulstudenten umgesetzt werden können.

Diese Ergebnisse und Maßnahmen, meine sehr verehrten Damen und Herren, wurden aufbauend auf den zu Beginn des Verkehrskonzeptes aufgestellten und beschlossenen verkehrspolitischen Zielen der Stadt Steyr von der TU Graz erarbeitet und in insgesamt 8 Arbeitsgruppensitzungen in den Jahren 2003, 2004 und 2005, wie bereits erwähnt, einstimmig zur Weitergabe an den Verkehrsausschuss beschlossen. In 7 Verkehrsausschusssitzungen wurden die gemeinsam von der TU Graz und den Arbeitsgruppenmitgliedern ausgearbeiteten Vorschläge und Maßnahmen ohne Gegenstimme angenommen und als Empfehlung an den Gemeinderat weitergeleitet. Ausdrücklich betonen möchte ich, dass die im Verkehrskonzept vorliegenden einzelnen Maßnahmenpakete als Grundlage für die künftige Umsetzungs- und Baumaßnahmen in

verkehrspolitischen Fragen der Stadt Steyr dienen und keinesfalls, das möchte ich wirklich betonen, einen definitiven Umsetzungsbeschluss darstellen können. Wir werden jede Umsetzungsmaßnahme, so wie in der Vergangenheit praktiziert, in den dafür zuständigen Gremien diskutieren, beraten und einer Beschlussfassung zuführen. Dass für die Umsetzung der im Verkehrskonzept vorgeschlagenen Maßnahmen natürlich auch entsprechende Budgetmittel in den nächsten Jahren vorzusehen sind, steht glaube ich außer Diskussion. Diese Diskussion werden wir erstmals im Zuge des Budgets für das Jahr 2006 führen müssen, wobei ich überzeugt bin, dass wir hier zu einem akzeptablen Ergebnis kommen werden. Selbstverständlich steht nicht nur die Kurzfassung der einzelnen Module, sondern auch die nicht nur inhaltliche sondern auch im voluminösen Sinn sehr umfangreiche Endfassung des Verkehrskonzeptes nicht nur in schriftlicher sondern auch in digitalisierter Form zur Verfügung und sie sind jederzeit in der FA für Stadtentwicklung und Stadtplanung anforderbar. Außerdem steht natürlich auch der Herr DI Froschauer jederzeit für Auskünfte zur Verfügung.

In diesem Sinne möchte ich nun meinen Antrag um Herbeiführung eines gemeinderätlichen Grundsatzbeschlusses laut dem vorliegenden Amtsbericht der FA für Stadtentwicklung und Stadtplanung zur Verlesung bringen.

19) VerkR-1462/01 Gesamtverkehrskonzept Steyr 2005 – Evaluierung und Überarbeitung des Verkehrskonzeptes 1993; Beschlussfassung der von der TU Graz ausgearbeiteten Module 2, 3, 4, 5 und 7.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der Fachabteilung für Stadtentwicklung und Stadtplanung vom 25. Oktober 2005 wird das in der Anlage beigeschlossene Gesamtverkehrskonzept der Stadt Steyr (Modul 2 + 3 Fußgänger und Radverkehr, Modul 4 Öffentlicher Verkehr, Modul 5 Motorisierter Individualverkehr und Modul 7 Kleinräumiges Verkehrskonzept Steyr – Wehrgraben) genehmigt. Das Gesamtverkehrskonzept mit beiliegenden Maßnahmenpaketen ist Grundlage für alle künftigen verkehrsorganisatorischen und baulichen Maßnahmen in verkehrspolitischen Fragen und Entscheidungen.

Die sich daraus ergebenden Aufgaben und Maßnahmen sind in den dafür zuständigen Gremien zu beraten und nach Maßgabe der finanziellen Mittel umzusetzen.

Ich ersuche dich nun, Herr Bürgermeister, die Diskussion durchzuführen und den Antrag beschließen zu lassen.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Meine Damen und Herren, wir haben nun das Verkehrskonzept ausführlich gehört und es steht nun zur Diskussion. Roman, du bist der erste Redner zu dem Thema.

GEMEINDERAT ROMAN EICHHÜBL:

Meine sehr geehrten Damen und Herren des Gemeinderates, geschätztes Präsidium. Nachdem der Kollege Oppl sehr ausführlich diesen Antrag erläutert und erörtert hat, habe ich die Möglichkeit mich sehr kurz zu fassen. Er hat richtigerweise darauf hingewiesen, dass es einen Grundsatzbeschluss des Gemeinderates gibt, der gelautet hat oder lautet, dass das Verkehrskonzept 1993 entsprechend überarbeitet wird.

Herr StR Wilhelm Hauser verlässt um 18.30 Uhr die Sitzung.

GEMEINDERAT ROMAN EICHHÜBL:

Ich möchte aber doch eines hinzufügen, dass wir selbstverständlich nachdem wir A gesagt haben auch B sagen werden und diesem heutigen Antrag beitreten werden. Aber ich sage dazu, dass man in der Öffentlichkeit jetzt nicht den Eindruck erwecken sollte, dass in den nächsten Monaten, in den nächsten Jahren alle Probleme, die in diesem Bereich, was den Verkehr betrifft, den ruhenden Verkehr, den fließenden Verkehr und sonst noch alles, erledigen wird können. Das ist sicherlich nicht der Fall, denn da muss ich umgekehrt die Rückfrage stellen, was haben wir denn abgehackt und erledigt aus diesem Verkehrskonzept von Stickler aus dem Jahre 1993. Vieles konnte nicht erledigt werden, vieles wird auch auf Grund der Vorlage dieses umfangreichen überarbeiteten Verkehrskonzeptes nicht umsetzbar sein. Ich sage nur ein paar Beispiele; im größeren Bereich hängen viele Dinge davon ab, was Veränderungen positiver Art betrifft, dass man die Westspange errichtet. Da wird noch viel Wasser die Enns hinunterrinnen, bis das erledigt wird und daran hängen sehr viele Maßnahmen, die in diesem Verkehrskonzept drinnen stehen. Ein paar kleinere Bereich

spreche ich noch an, nachdem ich einmal oder zweimal als Vertretung im Ausschuss gewesen bin. Da ist unter anderem auch die Diskussion gewesen, die ich entfacht habe, da ist es konkret um die Bereitstellung von zusätzlichen Abstellflächen im öffentlichen Raum gegangen.

Diskussion verschiedener Mandatare

GEMEINDERAT ROMAN EICHHÜBL:

Ich bin gleich fertig, ...

Gelächter

GEMEINDERAT ROMAN EICHHÜBL:

... aber nachdem ich von Münchenholz bin, möchte ich schon etwas dazu sagen, denn es hat mich schon sehr verwundert, weil da habe ich eigentlich schon die Überzeugung gewonnen, dass diejenigen, die diese Vorschläge gemacht haben, sich das nicht angeschaut haben. Da ist doch z. B. tatsächlich allen Ernstes der Vorschlag gekommen, man möge in den Innenhöfen Parkraum schaffen. Da stehen doch eh schon so viele Autos, will man die übereinander stapeln, oder was will man denn da tun.

Unverständlicher Zwischenruf von Herrn Bgm. Ing. David Forstenlechner

GEMEINDERAT ROMAN EICHHÜBL:

Machen wir jetzt Hochgaragen in den Innenhöfen, na toll. Oder ich erinnere mich, was den öffentlichen Verkehr betrifft, eine Busführung in der Gablerstraße. Frau Kollegin Mach, das werden Sie wahrscheinlich bestätigen, nicht möglich sein, weil dann haben wir in Münchenholz einen Volksaufstand, denn da können wir jetzt schon nicht mehr mit den PKW's fahren.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Wir können jetzt schon nicht mehr fahren!

GEMEINDERAT ROMAN EICHHÜBL:

So ist es. Aber ich sage nur, wir werden diesem Antrag, und Herr Bürgermeister, damit komme ich dem Wunsch nahe, was du geäußert hast, dass ich jetzt aufhöre, natürlich die Zustimmung geben, in der Hoffnung, dass doch das eine oder andere umgesetzt wird.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Danke Roman. Michaela, auch deine Meinung ist gefragt.

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:

Geschätztes Präsidium, werte Kolleginnen und Kollegen. Ich werde mich kürzer fassen als der Kollege Eichhübl, aber ich möchte eines wirklich machen, im Zuge dieses Grundsatzbeschlusses und zwar mich beim zuständigen Referenten, dem Kollegen Oppl bedanken. Und zwar dafür, dass diese Arbeitsgruppensitzungen stattgefunden haben, in der Art und Weise wie sie stattgefunden haben und dass man dort drinnen wirklich den Eindruck gewonnen hat, dass es um die Sache geht, dass man daran interessiert ist, möglichst viele Meinungen zu bündeln und dass es z. B. auch möglich war – es muss nicht sein, aber es war dort möglich – dass man auch als Nichtmandatar jemanden als Vertretung entsenden kann, der kein Gemeinderatsmandat hat, wenn man verhindert ist bzw. wenn man einfach möchte, dass man die Basis verbreitert. Für diese konstruktive und wirklich belebende Atmosphäre im Ausschuss bzw. den Arbeitsgruppensitzungen möchte ich mich wirklich sehr herzlich beim Kollegen Oppl bedanken. Ich habe das als sehr angenehm und konstruktiv empfunden und wirklich vorbildhaft für andere Gremien. Was den Grundsatzbeschluss anbelangt, ist die Geschichte die, dass ich mir jetzt eines wünschen würde, und das habe ich auch im Ausschuss bzw. in der Arbeitsgruppensitzung so gesagt, dass es wirklich ehestens eine Prioritätenreihung geben wird, wo klar ist, welche Maßnahmen werden wann umgesetzt und wo sind die finanziellen Möglichkeiten dafür. Aber selbstverständlich werde ich dem Grundsatzbeschluss die Zustimmung geben und hoffe, dass möglichst viel davon umgesetzt wird.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Danke schön. Herr Mayrhofer bitte.

STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich habe es im Stadtsenat schon deponiert, wir haben uns

dann geeinigt, dass auch unsere Fraktion zustimmen wird. Ich möchte nur die Gelegenheit ergreifen, dass wir einfach auch noch einmal deponieren, wir sind also nicht vollinhaltlich mit dieser Vorlage einverstanden, vor allem das Stickler-Konzept ist in einigen Passage nicht so, dass wir der Meinung sind, das kann so 100%ig umgesetzt werden. Vor allem ist es mit Sicherheit notwendig, einen Zeitplan zu erstellen, eine Prioritätenplanung und natürlich auch die Kostenfrage gehört geklärt. Der Referent hat mir das zugestanden. Vor allem attestiere ich ihm wirklich sein Bemühen, dass hier ein breitestmöglicher Konsens erreicht wird und das ist auch wirklich eine schöne Qualität in der politischen Arbeit und darum stimmen wir auch zu.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Danke schön. Herr Kupfer bitte.

GEMEINDERAT ANDREAS KUPFER:

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Qualität der Zusammenarbeit ist das eine, das andere ist die Geduld die so ein Papier aushalten muss und das ist auch sozusagen meine leise Kritik bzw. meine Skepsis was dem Konzept gegenüber steht. Ich glaube wir haben ein sehr fundiertes Gesamtkonzept, jetzt zumindest die Module die vorliegen, erarbeitet. Aber genauso wie wir es beim sozialen Leitbild haben und wie wir es beim Gesamtverkehrskonzept haben und wie wir es höchstwahrscheinlich im kommenden Jahr beim Kulturentwicklungskonzept haben, sind ja sehr viele schöne Maßnahmen drinnen. Man kann nicht allem zustimmen. Grün natürlich auch, was den motorisierten Individualverkehr betrifft, gibt es einige Punkte die natürlich mit großer Skepsis zu betrachten sind. Aber angesichts der finanziellen Situation sind ja doch sehr viele Projekte drinnen, wo ich mir denke, da reicht ja der Begriff langfristig ja gar nicht aus, weil die sind so in die Zukunft geschrieben. Ich bin gespannt, wann dann die nächste Evaluierung dieses Konzeptes kommt. Interessant sind die, und es gibt ja nicht nur jetzt mittelfristige, kurzfristige und langfristige, es gibt ja jetzt eine neue Kategorie, die Sofortmaßnahmen, die festgeschrieben sind und da wird es schon interessant. Da betrifft es uns ja wirklich auch hier im Gemeinderat, und auch sozusagen in dieser Legislaturperiode. Da muss man sich schon anschauen was wir dann eigentlich machen wollen. Da stimme ich in den Chor meiner Vorredner natürlich ein, dass wir einen Phasenzeitplan ect. brauche. Aber alleine der Blick in das Budget des kommenden Jahres, den habe ich natürlich schon gemacht, zeigt, dass die Gelder für die Umsetzung des Verkehrskonzeptes bereits auf Null gestrichen sind, zumindest einmal im Voranschlag. Aber vielleicht kann der Bürgermeister dann dem Verkehrsstadtrat, oder den Vorschlägen der Grünen, genauso nachkommen wie ich jetzt sozusagen deinem Vorschlag nachgekommen bin, den Stadtrat Oppl zu loben.

Gelächter

GEMEINDERAT ANDREAS KUPFER:

Man wird sehen. Ich bezweifle es sehr, dass wir da im kommenden Jahr recht viel umsetzen werden. Die erste Entscheidung steht ja demnächst an nämlich die Frage der Parkraumbewirtschaftung bzw. der Parkgarage. Die haben wir heute nicht zur Diskussion, dieses Konzept ist ja bereits beschlossen, da haben wir auch einen GR-Beschluss für einen anderen Standort. Ich bin ja sehr gespannt, wie das ausgeht. Abschließend viel Papier. Ich bin gespannt, wie der Zeitplan aussieht und wie es budgetär veranschlagt wird. Das gilt auch für das Soziale Leitbild und auch für alle anderen Konzepte. Ich war immer Vertreter, dass man fundierte Grundlagen braucht für Entscheidungen. Ich bin gespannt, ob diese Projekte, die da drinnen sind, dann tatsächlich auch budgetwirksam sind. Ich bin eher skeptisch.

Beifallskundgebung verschiedener Mandatare

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Danke schön. Gibt es weitere Wortmeldungen? Das ist nicht der Fall. Ich möchte mich auch bei dir bedanken, Walter, das bin ich dir schuldig. Es hat selten so ein einhelliges Lob für ein Konzept gegeben als wie für dieses Verkehrskonzept. Also Voraussetzungen hätten wir offensichtlich die besten. Die Umsetzung, da gebe ich natürlich dem Andy Kupfer schon Recht, wird nicht so einfach sein, weil wir die budgetären Mittel nicht so in Hülle und Fülle haben. Trotzdem bin ich überzeugt, dass die nächsten Schritte passieren werden.

Ich bitte um dein Schlusswort.

STADTRAT WALTER OPPL:

Aufgrund des vielen Lobes bin ich so verlegen, dass ich mir jetzt gar nichts mehr sagen traue.

Gelächter

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Gut, dann kommen wir zur Abstimmung. Wer für dieses Verkehrskonzept stimmt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. Ich glaube, das hätte ich mir auch ersparen können. Einstimmige Annahme.

Ich danke dem Berichterstatter. Letzte Berichterstatterin ist die Stadträtin Weixlberger.

BE: STADTRÄTIN INGRID WEIXLBERGER:

Geschätztes Präsidium, liebe Kolleginnen und Kollegen, in meinem Antrag geht es um die Erlassung einer ortspolizeilichen Verordnung betreffend das Verbot des Campierens und Nächtigens am Schiffmeisterparkplatz. Ich denke mir, den Amtsbericht brauche ich nicht vorlesen, wir haben heute schon gehört, es hat sich eh ein jeder mit den Anträgen immer intensiv befasst. Ich bitte um Zustimmung zu meinem Antrag.

20) Pol-411/05 Erlassung einer ortspolizeilichen Verordnung betreffend das Verbot des Campierens und Nächtigens am Schiffmeisterparkplatz.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes des Geschäftsbereiches für Bezirksverwaltungsangelegenheiten vom 14. Oktober 2005 wird die in der Anlage beigezeichnete Verordnung, betreffend das Verbot des Campierens und Nächtigens am Schiffmeisterparkplatz, genehmigt.

Die Verordnung ist im Amtsblatt der Stadt Steyr kundzumachen und tritt mit Ablauf des Tages der Kundmachung in Kraft. (Beilage)

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Michaela hat sich als erste Rednerin gemeldet.

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:

Geschätztes Präsidium, werte Kolleginnen und Kollegen. Ja, dieser Antrag ist so irgendwie das Gegenteil zu dem, was wir zuerst gehabt haben, wo was ausführlich konstruktiv diskutiert wird, weil über diese ortspolizeiliche Verordnung ist meines Wissens in keinem Gremium diskutiert worden. Weder in einem Finanz-, Rechts- und Wirtschaftsausschuss, wo es, nehme ich an, hingehören würde, weil es eine Verordnung ist, noch im Verkehrsausschuss noch sonst wo, auch nicht in einer Fraktion. Muss nicht sein, ich sage es nur, was die Qualität der Entscheidung anbelangt. Ich habe mich natürlich mit dem Thema beschäftigt, wie jeder von Ihnen sicherlich, und habe einmal nachgefragt, wie schaut das eigentlich aus, wenn dieses Campierverbot in Kraft tritt laut Amtsbericht bzw. was sind die Folgen usw. Ich lese im Amtsbericht: „Derzeit existiert weder ein Campierverbot außerhalb von Campingplätzen noch ein generelles Bettelverbot.“ Dass es kein generelles Bettelverbot gibt, das war mir bewusst, weil da hatten wir ja schon einmal einen diesbezüglichen Antrag im Hause, der nicht die Mehrheit fand. Aber das mit dem Campierverbot war mir nicht klar. D. h., ich habe einmal recherchiert, wie schaut das aus, gibt es derzeit ein Campierverbot oder nicht. Da steht, es existiert keines. Aber die Behörde hat mir mitgeteilt, in ganz Steyr, weil das eine straßenpolizeiliche Angelegenheit ist die nichts mit der Stadt Steyr zu tun hat sondern wo die StVO zum Tragen kommt, existiert sowieso ein Verbot des Campierens und Nächtigens auf allen öffentlichen Flächen. Das ist automatisch. D. h., wenn das so ist, stimmt schlichtweg dieser Amtsbericht nicht. Zumindest dieser Satz nicht, „es existiert kein Campierverbot“, weil das stimmt nicht. Auf der Behörde gibt es in ganz Steyr ein Campierverbot. Allerdings eines, wo es Probleme gibt es zu exekutieren. Und zwar deshalb, die Polizei könnte kontrollieren, aber das Problem ist, wenn heute jemand in einem Auto nächtigt, dann kann zwar die Polizei sagen: „Sie dürfen das nicht!“ Aber wenn derjenige sagt er legt sich schlafen, weil er eben so müde ist und nicht mehr weiterfahren kann, dann muss ich ihn gewähren lassen. D. h., im Endeffekt müsste die Polizei alle paar Stunden schauen ob der noch immer dort ist und noch immer schläft, weil er nicht fahrtüchtig ist. Das ist aber nicht umsetzbar. Vor allem kann man auch schlecht sagen, Sie müssen jetzt weiterfahren obwohl er sich für verkehrsuntüchtig erklären. Es klingt sehr witzig, aber das war die Auskunft der Behörde. Dann habe ich mir gedacht, gut, wenn das ohnedies so ist, dass es dieses Verbot gibt, man es nicht exekutieren kann, was bringt es dann zusätzlich eine Verordnung zu machen die eigentlich schon existiert. Dann ist der nächste Punkt, dass man sich das einmal anschaut. Ich gehe davon auch aus, dass sich die zuständigen Referenten das angesehen haben. Wie ist dort überhaupt die Situation? Man konnte in der Presse lesen, dass

dort die Ratten schon sind und so weiter und so fort. Ich habe mir deshalb gedacht, gut, ich bin mutig, ich fürchte die Ratten nicht, sonst wäre ich nicht da herinnen.

Gelächter

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:

Nein, das war jetzt nicht auf Sie bezogen. Da braucht sich keiner angesprochen fühlen. Aber jedenfalls, interessanterweise schaue ich mir das an. Ich sehe, da sind ja schon Verbotstafeln. Da stehen ja schon Verbotstafeln. Ganz große Tafeln mit einem Zelt und das Zelt ist durchgestrichen und dann steht dort, „Campieren verboten“.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Die sind aber nicht von der Stadt Steyr.

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:

Lass mich ausführen, Herr Bürgermeister. „Campieren verboten“, „No camping“. Zwei Tafeln. Und zwar jetzt nicht, und da kehren wir zurück an den Anfang der heutigen GR-Sitzung, irgendwelche Zetteln oder Kärtchen, die einfach irgendwo aufgestellt werden, sondern richtige Verkehrsschilder. Verkehrsschilder die kein Privater so anbringt, sondern wirklich ...

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Die stehen schon wie lange?

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:

Richtig, jetzt kommt das Nächste. Ich habe mich über das wirklich geärgert, weil ich mir denke, da soll eine Verordnung beschlossen werden und da steht, diese Verordnung tritt mit Ablauf des Tages der Kundmachung im Amtsblatt der Stadt Steyr in Kraft und dann stehen dort schon Tafeln. Deshalb frage ich auch die zuständige Referentin, ob sie weiß, dass das schon so ist. Ich frage den Herrn Bürgermeister heute, während der laufenden Sitzung, ob er weiß, dass die Tafeln schon da stehen. Der Bürgermeister sagt: „Nein, das kann nicht sein, das geht doch nicht, wir haben ja noch gar keinen Beschluss.“ Die zuständige Referentin sagt: „Nein, nein, keine Ahnung, das kann doch nicht sein.“ Dann denke ich mir, na gut, irgendwer muss es ja gewesen sein. Der Geist war es wahrscheinlich nicht, also frage ich bei der Bezirksverwaltungsbehörde nach. Dann sagen die zu mir, ja, diese Schilder stehen. Ich frage: „Wer hat das angewiesen?“ Ja niemand. Dann sage ich: „Moment einmal, heute ist das ja erst auf der Tagesordnung“. Dann sagen sie, das hat ja damit gar nichts zu tun, die stehen ja schon seit Frühling. Da denke ich mir jetzt eines, wenn die schon seit Frühling stehen und keiner der Zuständigen aber weiß, dass die dort sind, dann heißt das, dass man sich die Situation vor Ort nicht einmal angeschaut hat, bevor man diesen Amtsbericht entworfen hat. Das ist für mich fast, ich weiß nicht ob es noch schlimmer ist, es ist schlimm genug was zu machen bevor es einen Beschluss gibt, aber sich etwas nicht einmal vor Ort anzuschauen, ...

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Das siehst du falsch.

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:

Ja, wahrscheinlich sehe ich es falsch, ist eh ganz klar, das geht gar nicht anders.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Das siehst du total falsch.

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:

Ist eh klar, das muss ja so sein.

Aus diesem Grund, meine Damen und Herren, ich finde es erstens einmal ziemlich schräg, weil im Endeffekt bedeutet es eines. Jene, die diesen Vorschlag gemacht haben, haben sich die Situation vor Ort nicht angesehen, sonst wüssten sie, dass die Tafeln dort stehen. Sie haben es nicht der Mühe wert befunden, das in einem Gremium zu diskutieren, weil dann wären wir nämlich drauf gekommen, dass das auch negative Folgen hat, dieses Campierverbot, wenn man es umsetzt, nämlich genau jene erwischt, die zu uns nach Steyr als Touristen kommen und ihr Wohnmobil außerhalb der Saison des Campingplatzes irgendwo abstellen möchten, weil im Winter hat der Campingplatz zu. Wenn sie auf der einen Seite das Verbot des Campierens wirklich durchziehen wollen, dann bedeutet das, dass jemand mit einem Wohnmobil nicht mehr dort stehen darf.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Dann steht er woanders.

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:
Dann steht er woanders, aber er darf ja eigentlich gar nicht irgendwo stehen, wenn das stimmt, was mir die Behörde mitgeteilt hat, dass es ja ohnedies in ganz Steyr ein Campierverbot gibt.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Dann darf er halt dort auch nicht stehen.

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:
Dann müsste ich aber eine Möglichkeit schaffen, wo diese Personengruppe legal stehen darf. Aber wie gesagt, den Tourismus hat man diesbezüglich nicht einmal befragt.

Aufgrund dieser ganzen Geschichte stelle ich hiermit den Antrag auf Absetzung dieses Tagesordnungspunktes von der laufenden Sitzung, bis all diese offenen Fragen geklärt sind, bis auch geklärt ist: Wer hat tatsächlich dieses Campierverbot beim Schiffmeisterparkplatz aufgestellt? In wessen Auftrag? Weil es war nur zu eruieren, ja, das hat man gemacht. Wer auch immer.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Die Polizei.

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:
Nein, die Polizei war es nicht. Laut Auskunft der Bezirksverwaltungsbehörde war es nicht die Polizei. Also, es war anscheinend wieder das Gespenst, das so manche Dinge macht. Wie gesagt, ich stelle den Antrag auf Absetzung dieses Punktes von der Tagesordnung, bevor das wirklich geklärt ist und dass man sich auch sinnvolle Alternativen überlegt.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
War das ein Antrag?

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:
Ja, das war ein Antrag zur Geschäftsordnung, Herr Bürgermeister.

Außerdem ist es ja so, das ist der nächste Aspekt, den ich da gar nicht näher ausführen, möchte. Der Schiffmeisterparkplatz ist ja auch ein Bereich wo der Sport Eybl seinen abgegrenzten Parkplatz hat mit den Schranken. Oder ist das auch eine öffentliche Fläche?

STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:
Nein, das ist ein eigener Parkplatz.

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:
Aber da steht dort als Schild „Parkplatz Schiffmeisterplatz“. D. h., da muss man sich auch über die Definition einigen, was ist jetzt Schiffmeisterparkplatz. Aber wie gesagt, mein Antrag ist auf Absetzung von der Tagesordnung.

Vizebürgermeisterin Friederike Mach verlässt um 18.45 Uhr die Sitzung.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
So, zur Geschäftsordnung hat jetzt jede Partei eine Wortmeldung. SPÖ? Gerhard bitte.

VIZEBÜRGERMEISTER GERHARD BREMM:
Also, ich glaube, dass man das sehr überbewertet, wenn man dort sagt, dass das Campen dort nicht erlaubt ist. Ich weiß selbst wovon ich als Camper rede. Das ist eine übliche Vorgangsweise in den Städten in Österreich, weit über unsere Grenzen hinaus. Indem dort ein Problem vorhanden ist, sind wir nicht dafür, dass wir das heute von der Tagesordnung absetzen, sondern dass wir da einen Beschluss herbeiführen. Es passiert überhaupt nichts. Ich kann nur vielleicht zur Aufklärung sagen, es hat die Forelle, die ja im Auftrag der Stadt den Campingplatz führt, vor zwei Jahren versucht und das Projekt gemacht, den Campingplatz ganzjährig zu betreiben, auch in den Wintermonaten, mit dem Ergebnis, dass im Winter keine Camper nach Steyr gekommen sind. Dann haben sie das wieder

aufgehört. Es war wirtschaftlich komplett uninteressant. Im Sommer ist der Campingplatz offen, da haben die Leute eh die Möglichkeit zu campen. Es gibt darüber hinaus auch noch Ausweichmöglichkeiten auf anderen Plätzen der Stadt, die nicht öffentliches Gut sind, dort können die sehr wohl stehen bleiben. Indem wir ja ein kleines Städtchen sind und nicht so groß wie Wien, glaube ich ist das sicherlich kein Problem. Wir lösen dort, wir versuchen, ich bin eh nicht überzeugt ob wir das Problem richtig lösen können, aber zumindest ist es ein Ansatz, dass wir dort drüben zu geordneten Verhältnissen kommen. Ich bin nicht dafür, dass wir das von der Tagesordnung absetzen.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Zur Geschäftsordnung. ÖVP? Herr StR Mayrhofer.

STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:

Ja, meine sehr geschätzten Damen und Herren, zum Großteil hat meine Kollegin Frech natürlich Recht. Der Antrag ist einmal falsch, weil es steht drinnen, dass es kein so ein Campierverbot gibt. Tatsache ist, es existiert. Das ist einmal so. D. h., so können wir den Antrag sowieso nicht stehen lassen. Wenn, dann müssten wir einen Abänderungsantrag stellen, weil er einfach nicht stimmt. 2., die Tafeln stehen natürlich tatsächlich. Nicht seit dem Frühjahr, sondern erst seit Kurzem, aber sie stehen. In vorauseilendem Gehorsam, wahrscheinlich so wie die drei Schilder „Bus fährt nicht“, „Bus fährt, fährt nicht“, „Campen verboten, nicht verboten“ oder was ist los. Ich frage mich schön langsam wirklich zu was sitzen wir do, bewusst volkstümlich ausgedrückt, zu was sitzen wir do? Eigentlich für nix, weil es wird eh gemacht, vorher schon. Man braucht ganz offensichtlich die Entscheidung des Gemeinderates nicht. Wir sitzen hier, um die Zeit tot zu schlagen. Oder warum? So kann es ja auch nicht passieren, dass einfach etwas vorweggenommen wird, ohne zu wissen, ob der Beschluss überhaupt herbeigeführt wird. D. h., ich schließe mich wirklich an, so kann man dem Antrag nicht die Zustimmung geben und würde vorschlagen, dass wir ihn ersatzlos nehmen, weil das Campierverbot existiert, die Tafeln stehen, wir brauchen das Ganze nicht.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Danke. Grüne?

GEMEINDERAT KURT APFELTHALER:

Wertes Präsidium, meine Damen und Herren, ich denke mir, es ist eh schon erschöpfend irgendwie darüber gesprochen worden. Ich glaube auch, dass wir das Problem, falls es überhaupt so ein riesiges Problem ist, ja nur anderwärtig verschieben. Dann werden sie vielleicht woanders campieren. Das mit den Ratten verstehe ich, sage ich jetzt einmal als Grüner, nicht ganz, weil die Ratten an und für sich ganz possierlich sind und einer der saubersten Tiere überhaupt.

Gelächter

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Das kann man von den Schweinen auch behaupten.

GEMEINDERAT KURT APFELTHALER:

Aber eines muss man sich schon überlegen. Wenn man so eine Diktion verwendet, die Überschrift, ich weiß nicht in welcher Zeitung, mit den Ratten und gleichzeitig mit den Ausländern usw., das ist schon ein bisschen bedenklich, was da herauskommt. Ich wäre auch dafür, dass wir den absetzen und nochmals genauestens prüfen. Wir stellen herinnen einen Antrag für was, was ohnehin schon existiert. Ich verstehe das auch nicht ganz. Danke.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
FPÖ?

GEMEINDERAT ROMAN EICHHÜBL:

Herr Bürgermeister, meine Damen und Herren des Gemeinderates, ich muss die Situation doch etwas aus dem Lächerlichen herausziehen, denn es ist in der Tat mehr als peinlich, wenn man hier feststellen muss, dass seit geraumer Zeit, wie lange auch immer, bereits Verbotstafeln am angeführten Ort Schiffmeisterplatz stehen, und heute erst der Gemeinderat einen Beschluss darüber zu fassen hat.

STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:
Gültig sollen sie werden nach dem Amtsblatt.

GEMEINDERAT ROMAN EICHHÜBL:

Meine Damen und Herren, ich halte das deswegen, und ich sage das sehr deutlich, als ungehörig, weil das eine Bevormundung des gesamten Gemeinderates ist. Es ist ja wirklich so.

Beifallskundgebung verschiedener Mandatare

GEMEINDERAT ROMAN EICHHÜBL:

Man muss sich schön langsam wirklich fragen, was nehmen sich, und es sind ja sehr viele Berufstätige, ganz gleich von welcher Fraktion, hier anwesend, frei, um hier zu sitzen, einer GR-Sitzung beizuwohnen, einen Antrag zu unterstützen oder nicht zu unterstützen, und dann kommt man tatsächlich drauf, dass das alles schon erledigt ist. Also, das ist wirklich mehr als ungehörig. Ich hoffe, dass die Frau Referentin das auch erklären kann, warum das so passiert ist. Aber ich stehe nicht an, dennoch zu erklären, dass wir dafür sind, dass dort ein Campingverbot ausgesprochen wird, wann auch immer das in Kraft tritt.

STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:

Das ist es schon.

GEMEINDERAT ROMAN EICHHÜBL:

Es ist die Frage des Inkrafttretens noch zu klären. Und zwar darf ich Ihnen sagen, warum wir dafür sind, weil wir ja bereits vor etwa zwei Jahren in diesem Zusammenhang, hier in diesem Gemeinderat, einen Antrag gestellt haben auf Betteleiverbot im innerstädtischen Bereich, weil das hängt ja unmittelbar damit zusammen. Denn es ist ein Großteil jener, die am Stadtplatz betteln, und alle die dazu gehören, die aus dem Ausland kommen, es tut mir Leid, aber es ist so, es ist auch in der Presse so berichtet worden aus den angrenzenden östlichen Ländern, und dort eben nächtigen, wo es zu entsprechendem Unmut der Bevölkerung und vor allen Dingen zu unhygienischen Zuständen kommt. Ich sage, und wiederhole das, das ist auch bereits ausführlich in der Presse beurteilt und bekundet worden, dass es sich dabei nicht um arme Menschen handelt, die da betteln. Arm sind vielleicht die, die dort sitzen und das Geld abliefern, das mag schon sein. Aber dahinter stehen ganz andere Leute. Da steht eine Organisation dahinter, die Millionen abkassiert.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Das ist die BZÖ.

Gelächter

GEMEINDERAT ROMAN EICHHÜBL:

Herr Bürgermeister, ich finde das nicht so lächerlich. Ich finde das wirklich nicht lächerlich, aber ich werde das gerne in der Presse weiterverbreiten, Herr Bürgermeister, dass Sie das lächerlich finden, weil ich kann Ihnen schon eines sagen. Ich habe heute auch wieder zahlreiche Anrufe bekommen, von Menschen die ich nicht persönlich kenne. Ich habe es auf dem Anrufbeantworter, ich spiele es Ihnen vor. Da hat z. B. eine Dame angerufen, sie war vor einigen Tagen wieder am Stadtplatz, nachdem sie Besuch aus Australien bekommen hat. Sie sagt, es ist beschämend, wenn hier am Stadtplatz in der Stadt Steyr der Eindruck entsteht, weil die wissen ja nicht von wo die Leute herkommen, dass Menschen betteln gehen müssen um sich ihren Lebensunterhalt zu verdienen. Das ist es, meine sehr geehrten Damen und Herren.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Die war noch nie in der Stadt. Das gibt es in jeder Stadt.

Diskussion verschiedener Mandatare

GEMEINDERAT ROMAN EICHHÜBL:

Ich kann schon einige Zwischenrufe noch beantworten, nur wird halt dann meine Rede etwas länger. Aber es ist so, dass sich wirklich viele Bürger gestört fühlen, weil wir, ich betone das, wir haben ja eine Stadt mit guten Sozialleistungen. Das ist ja unumstritten, das kann man natürlich immer wieder verbessern. Es entsteht tatsächlich der Eindruck, dass man in der Stadt Steyr betteln gehen muss, um sich den Lebensunterhalt zu verdienen. Das ist so. Daher sehe ich das so, dass ich keineswegs bereit bin, solche Organisationen zu unterstützen, die zur Gewinnerzielung sich hier solcher Methoden bedienen, um hier den sozialen Eindruck zu erwecken, dass das notwendig ist. Dagegen bin ich und das sage ich auch sehr laut und deutlich. Daher, Frau Referentin, darf ich Sie höflichst ersuchen, in dieser Sache weiter tätig zu sein und auch in Zukunft ein Betteleiverbot am Stadtplatz zu

erwirken. Denn was wird dann passieren? Es wird Folgendes passieren. Wenn man dort tatsächlich nicht mehr parken bzw. übernachten kann, Campingfahrzeuge nicht mehr abstellen kann, dann werden die in andere Stadtteile ausweichen. Das wird passieren. Daher kann das nur der erste Schritt sein. Der zweite Schritt muss sein, ein Bettelverbot am Stadtplatz zu erwirken.

Beifallskundgebung verschiedener Mandatare

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Danke. Bürgerforum.

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:
Darf ich noch einmal?

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Zur Geschäftsordnung. Ja.

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:
Ehrlich gesagt, ich bleibe natürlich bei meinem Antrag zur Absetzung dieses Tagesordnungspunktes. Erstens, weil er inhaltlich falsch ist. Nämlich nicht nur einmal sondern das muss man einmal schaffen, auf zwei Seiten zweimal oder dreimal inhaltlich falsch zu sein. Das eine ist die Behauptung mit dem Campierverbot, was so nicht existiert und der zweite Punkt ist, dass man sich in diesem Amtsbericht gleich widerspricht indem man im ersten Satz schreibt: „In der Hauptsache handelt es sich bei den betreffenden Personen, die eben den Schiffmeisterparkplatz als Schlafplatz nutzen, um ausländische Staatsbürger.“ Dann schreibt man aber am Schluss hinein: „Da es sich bei den Bettlern fast ausschließlich um Personen aus dem EU-Raum handelt, können keine fremdenrechtlichen Maßnahmen getroffen werden.“ Ich glaube inzwischen sollte sich herumgesprochen haben, dass EU-Bürger keine Ausländer sind.

Zwischenruf: Was sind sie denn?

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:
EU-Bürger.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
So, wir kommen jetzt zur Abstimmung über die Absetzung dieses Punktes. Wer für diese Absetzung ist, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. 6 (3 ÖVP, 1 Bürgerforum, 2 Grüne). Wer ist dagegen. SPÖ und FPÖ. Der Antrag wurde mit Mehrheit abgelehnt.
Schlusswort Frau Referentin.

STADTRÄTIN INGRID WEIXLBERGER:
Derzeit sind Hinweistafeln aufgrund von Beschwerden der Anrainer angebracht, bereits seit dem Frühjahr. Nur diese Hinweistafeln sind rechtlich von der Polizei nicht exekutierbar. Daher müssen wir den Antrag beschließen und eine entsprechende Verlautbarung machen und erst dann kann die Polizei rechtlich gegen Personen auftreten, die dort unberechtigt campieren.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Ich kann das nur bestätigen. Die Frauen, die dort wohnen, waren bei mir im Büro und haben sich beschwert über die Ratten und die ganze Plage dort, über die Exkremente, über die Belästigung durch Leute die dort urinieren. Alles haben sie mir erzählt. Ich habe mit der Frau Kolar-Starzer und mit der Polizei über das Thema gesprochen. Es gibt nur die Möglichkeit, die wir jetzt durchziehen, dass wir dort ein offizielles Campierverbot aussprechen, weil dann können sich nämlich die Frauen bei der Polizei beschweren und dann kommt sie auch hin. Jetzt kommt nämlich die Polizei nicht hin.

STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:
Herr Bürgermeister, es existiert bereits.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Die Polizei sagt, sie kommt nicht hin. Sie wird nicht kommen, weil es für sie nicht existiert, sondern das ist so wie ein allgemeines Verbot dass es überall in der Stadt gibt. Wenn das ausgesprochen wird, dann wird die Polizei auch auf Anruf erscheinen.

STADTRÄTIN INGRID WEIXLBERGER:

Diese Verordnung passiert im Einvernehmen mit der Polizei.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Ja, ganz genau so ist es.

GEMEINDERÄTIN DR. BIRGITTA BRAUNSBERGER-LECHNER:
Wenn ich anrufe, muss die Polizei kommen.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Nein, die tut jetzt nichts, die kann es jetzt nicht machen.

STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:
Die wird auch dann nichts tun.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Die sind dann verpflichtet, dass sie kommen, wenn das angezeigt wird. So ist das, ganz einfach.
Ich bitte jetzt, dass wir über diesen Antrag abstimmen. Wer für diesen Antrag stimmt, den bitte ich um
ein Zeichen mit der Hand. SPÖ und FPÖ. Wer ist dagegen? 6 (3 ÖVP, 2 Grüne, 1 Bürgerforum).
Stimmenthaltung? Niemand. Der Antrag wurde mit Mehrheit angenommen.
Ich danke der Berichterstatterin.

Wir haben heute Verhandlungsgegenstände von insgesamt 1,445.850,-- Euro beschlossen. Die
Sitzung ist damit geschlossen. Danke schön.

ENDE DER SITZUNG: 19.10 UHR

DER VORSITZENDE:
Bürgermeister Ing. David Forstenlechner eh.

DIE PROTOKOLLFÜHRER:
Christian Aichmayr eh.
Gabriele Obermair eh.

DIE PROTOKOLLPRÜFER:
GR Mag. Stephan Keiler LL.M. eh.
GR Roman Eichhübl eh.